

# Stenographisches Protokoll

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 29. Oktober 1954

### Inhalt

#### 1. Personalien

- a) Krankmeldungen (S. 2063)
- b) Entschuldigungen (S. 2063)

#### 2. Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 210  
(S. 2063)

#### 3. Immunitätsangelegenheiten

- a) Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Voithofer (389 d. B.)  
Berichterstatte: Appel (S. 2101)  
Annahme des Ausschußantrages (S. 2102)
- b) Bericht des Immunitätsausschusses über zwei Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Polcar (390 und 391 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Withalm (S. 2102)

Annahme der Ausschußanträge (S. 2102)

#### 4. Verhandlungen

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1955  
(385 d. B.)

Erste Lesung

Redner: Honner (S. 2063), Dr. Koref (S. 2072), Dr. Kraus (S. 2080), Prinke (S. 2084), Steiner (S. 2094), Dipl.-Ing. Hartmann (S. 2097) und Proksch (S. 2101)  
Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 2101)

#### Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Dr. Reimann u. G. (210/A. B. zu 175/J)

### Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes,  
Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Hartleb.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Guth, Dr. Rupert Roth, Lola Solar und Dipl.-Ing. Rapatz.

Entschuldigt haben sich die Abg. Griebner, Dr. Josef Fink, Dr. Koren, Dr. Reisetbauer, Mackowitz, Reich, Rainer, Doktor Tončić, Wührer, Pötsch, Pölzer, Preußler, Schneeberger, Strasser, Zechtl, Dr. Gredler, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch und Zeillinger.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage Nr. 175 der Abg. Dr. Reimann und Genossen, betreffend die verfassungsrechtliche Stellung des Rundfunkwesens in Österreich, wurde den Antragstellern übermittelt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1955 (385 d. B.).

Zum Wort gemeldet hat sich als Kontraredner der Herr Abg. Honner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Honner:** Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget, das der Herr Finanzminister vorgestern dem Nationalrat vorgelegt hat, hat seine Geschichte, die es verdient, von dieser Tribüne aus in Erinnerung gerufen zu werden.

Genau vier Wochen vor der Wahl, an der beinahe zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung teilnahmen, wurde die Öffentlichkeit durch die Mitteilung überrascht, daß sich die beiden Regierungsparteien, wie sie selbst erklärten, erstaunlich rasch geeinigt haben. Das war zu der Zeit, wo die beiden Regierungsparteien einander von den Plakatwänden, in Versammlungsreden und in der Presse aller Todsünden anklagten, der Wiener Bürgermeister Jonas die ÖVP eine Schieberpartei nannte und die Wahredner der ÖVP nicht mit harten Worten gegen die andere Regierungspartei sparten.

Diese Regierungsparteien haben also nicht gewartet, bis die Wählerschaft gesprochen hatte, hingegen haben sie den Herrn Finanzminister nach Washington geschickt, offenbar um das Budget zunächst dort bewilligen zu lassen, während sie das Volk nicht fragten. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß während der Budgetdebatte hier im Hause von den beiden Regierungsparteien Schaukämpfe ausgetragen werden. Aber die Bedeutung dieser Kämpfe wird nicht größer sein als die der Freistilringer auf dem Heumarkt (*Heiterkeit*), denn es ist ohnedies schon alles ausgehandelt und vereinbart. (*Zwischenrufe*.)

In seiner Rede am Mittwoch hat uns der Herr Finanzminister den Inhalt dieser Vereinbarungen bekanntgegeben. Er hat mit Eigenlob und großen Worten nicht gespart. Er hat vom großartigen Aufschwung der Wirtschaft, von einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur gesprochen und ganz besonders die Steigerung der Ausfuhr und die Hebung der Produktion im allgemeinen unterstrichen.

Was die Ausfuhr betrifft, hat er allerdings sorgfältig vermieden, an einige Erscheinungen der allerjüngsten Zeit zu erinnern, auf die auch die Arbeiterkammer wiederholt mit Recht hingewiesen hat. Es ist eine Tatsache, daß die Zusammensetzung der österreichischen Ausfuhr heute keineswegs zufriedenstellend ist, daß der Anteil der Rohstoffe und Halbfabrikate an dieser Ausfuhr unverhältnismäßig groß ist; jedenfalls ungleich größer, als er je in Österreich war. Ein typisches Beispiel hierfür ist die außerordentlich gestiegene Holzausfuhr. Das bedeutet nicht nur einen unerhörten Raubbau an unserem Wald mit all seinen katastrophalen Folgen, sondern auch Schwierigkeiten für einen unserer wichtigsten Industriezweige, der auf einem österreichischen Rohstoff aufbaut und der in seiner Konkurrenzfähigkeit und Entwicklung bedroht ist. Diese Exportpolitik bringt wohl für einen Teil der Kapitalisten vermehrte Profite, für die Arbeiter jedoch keinerlei Nutzen und Schwierigkeiten in der Holzverarbeitenden Industrie.

Die lobenden Worte über die Umsatzsteuer-rückvergütungen für Warenausfuhr hätte sich der Herr Finanzminister ersparen können. Es sitzen ja bereits 58 dieser „Exporteure“, die dutzende Millionen Schilling Umsatzsteuer-rückvergütungen für die Ausfuhr von Luft und Sägespänen erhalten haben. (*Abg. Wallner: Mit den falschen Fakturen der USIA!*) In der Ausfuhrstatistik, auf die sich der Herr Finanzminister beruft und stützt, figurieren diese Schwindelexporteure aber unter den Gutpunkten der Politik der Koalitionsregierung.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Bericht die Steigerung der industriellen Produktion besonders hervorgehoben. Er hat ferner gesagt, daß im zweiten Quartal dieses Jahres das Brutto-Nationalprodukt um 11 Prozent höher gewesen ist als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Ich will diese Ziffern nicht bestreiten. Es ist ja bekannt, daß die Produktion in der Industrie heute doppelt so hoch ist wie 1937; der Herr Finanzminister hat es in seiner Budgetrede ja auch bestätigt. Aber auch die Produktivität der Arbeit in Österreich ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Jeder einzelne Arbeiter und Angestellte leistet heute mehr als früher. Hier entsteht sofort die Frage, wie sich diese Entwicklung auf die Gestaltung der Löhne und Gehälter, auf der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen auswirkt.

Der Herr Finanzminister behauptet, daß die Reallöhne gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent gestiegen sind, und er will das mit den Ziffern nachweisen, die das Wirt-

schaftsforschungsinstitut errechnet hat. Interessanterweise nimmt er die Angaben über den Nettolohn eines kinderlosen Arbeiters, dessen Lebenshaltungskosten natürlich wesentlich geringer sind als die eines Familienerhalters, zur Grundlage seiner Berechnungen.

Über den Wert der Ziffern, die Dr. Kamitz verwendete, hat sich das Organ des Arbeiterkammertages und des ÖGB, „Arbeit und Wirtschaft“, in seiner März-Nummer dieses Jahres sehr klar ausgesprochen. Dort heißt es: „Das Institut für Wirtschaftsforschung wird von dem geradezu unwahrscheinlichen Glück verfolgt, stets genau das wissenschaftlich zu beweisen, was der Bundeswirtschaftskammer in den Kram paßt.“ Aber sogar diese im Interesse der Unternehmer frisierten Angaben zeigen bei genauer Überprüfung, daß von einer Steigerung des Reallohnes keine Rede sein kann. Die letzten Angaben des Instituts, die sich auf Juli dieses Jahres beziehen, zeigen, daß die Arbeiternettoverdienste gegenüber Juli des Vorjahres um 2,2 Prozent gestiegen sind. Der Lebenshaltungskostenindex des gleichen Instituts weist aber für dieselbe Zeit eine Steigerung um 5,7 Prozent aus. Die Reallöhne sind also sogar nach diesen frisierten Angaben keineswegs gestiegen, sondern um 3,5 Prozent gesunken.

Infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität um 10 Prozent in demselben Zeitraum kann man also auf Grund der Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung ein Zurückbleiben des Nettoverdienstes bei steigenden Preisen und steigender Arbeitsleistung um rund 12 Prozent feststellen. Das bedeutet ferner, daß heute für die Förderung jeder Tonne Kohle und Erz, für die Erzeugung einer Maschine, eines Gewebes oder eines Paares Strümpfe weniger Lohn bezahlt wird als vor einem oder vor zwei Jahren; das bedeutet, daß somit der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt, dessen Höhe der Herr Finanzminister mit 85 Milliarden Schilling angegeben hat, gesunken ist, während der Anteil der Unternehmer, der Profit der Kapitalisten ungeheuer gestiegen ist.

Dafür nur einige Beispiele: Den Herren Mautner Markhof hat allein einer ihrer Familienbetriebe, die Schwechater Brauerei, im Geschäftsjahr 1952/53 für jede 100 S-Aktie einen Gewinn von 18 S ausbezahlt. Die Veitscher Magnesitwerke, die seinerzeit auf Wunsch der Amerikaner nicht verstaatlicht wurden, haben bei einem Aktienkapital von 12 Millionen Schilling nicht nur 12 Prozent Dividende ausbezahlt, sondern aus ihren Profiten noch 142 Millionen Schilling an Reserven und Rückstellungen herauschinden können. Die acht führenden Unternehmungen der

Papierindustrie haben — Reingewinn, Zinszahlungen und Rückzahlungen und Rücklagen zusammengerechnet — im Jahre 1952 einen Profit von beinahe 51 Millionen Schilling bei einem Aktienkapital von nur 48,3 Millionen Schilling eingeheimst.

Aber wie sieht es nun auf Seite der Arbeiter aus? Eine Statistik, die die Krankenkassen über das Einkommen von 770.000 Arbeitern und Arbeiterinnen veröffentlicht haben, die im Februar 1954 in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt waren, zeigt, daß nur 56.000 von diesen 770.000, das sind etwas über 7 Prozent, ein Einkommen von mehr als 1700 S im Monat hatten, während 58 Prozent der durch diese Statistik erfaßten Arbeiter, das sind rund 453.000, ein Bruttoeinkommen zwischen 600 und 1200 S im Monat hatten. Bei den übrigen 263.000 Arbeitern lag das Einkommen zwischen 1200 und 1700 S im Monat. Eine Erhebung des Statistischen Amtes der Stadt Graz ergab, daß von 13.000 Arbeitern, die Hauptmieter sind, 9500 mehr als 800 S netto im Monat verdienen. Das Einkommen von neun Zehnteln der durch diese Grazer Statistik erfaßten 13.000 Arbeiter lag unter 1300 S im Monat. Und das nennt man dann das sogenannte „österreichische Wirtschaftswunder“!

Der Finanzminister Kamitz hat vor einem internationalen Publikum in Alpbach diesen Zustand folgendermaßen gerechtfertigt. Er hat gesagt: In Österreich und in Deutschland fordern weite Kreise der Arbeitnehmerschaft einen erhöhten Anteil am Sozialprodukt. Würde man aber die Nominallöhne erhöhen, so würden naturgemäß die Preise steigen. Die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften sind auf diese Argumentation, wie sie der Herr Prof. Kamitz gebrauchte, nicht hineingefallen, denn eine solche Darstellung bedeutet ja nichts anderes, als daß die Löhne niedrig bleiben müssen, damit die Kapitalisten noch mehr verdienen können, als es jetzt schon der Fall ist.

Die Härte, mit der die Regierung die Auffassungen des Herrn Dr. Kamitz gegen die Arbeiter und Angestellten durchführt, wirkt dadurch besonders aufreizend, daß die Regierung in der Frage der amtlichen Preisregulierung nicht einmal von jenen Mitteln Gebrauch macht, die ihr die mangelhafte Preisgesetzgebung an die Hand gibt. Da hat uns vor einigen Tagen die „Neue Wiener Tageszeitung“, ein Organ der ÖVP, vorgerechnet, daß zahlreiche Waren seit dem Vorjahr billiger geworden sind. Besonders hervorzuheben sei, schrieb das Blatt, die Verbilligung bei Sardinen, Backhühnern und

dergleichen. Backhühner kosten derzeit 27 bis 30 S, Nußkerne (*Abg. Altenburger: Die „Russen“ sind billiger!*) — ja, der Herr Finanzminister hat davon gesprochen —, Mandeln und Rosinen sind auch billiger geworden! Ich möchte die Arbeiterfrau sehen, die aus diesen billiger gewordenen Waren eine sättigende Mahlzeit zusammenstellen kann, ohne das teurere Kraut, die teureren Erdäpfel und das noch teurere Fleisch dazuzunehmen. Es ist eine Verhöhnung sondergleichen, den Menschen, von denen selbst das Kapitalistenblatt „Der Volkswirt“ schreibt, daß ihr Lebensmittelverbrauch nur bescheidenen Ansprüchen entspricht, die billigeren Backhendln anzupreisen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung selbst hat dazu festgestellt — ich zitiere die Monatsberichte dieses Instituts vom April dieses Jahres —: „Die Verbilligung von Haushaltsmaschinen, Kühlschränken, Autos, Motorrädern und Motorrollern, Benzin, Porzellan, Photoapparaten, Südfrüchten, Gewürzen u. a. ist für minderbemittelte Bevölkerungsschichten sicher kein ausreichender Ersatz für die Verteuerung von Fleisch, Gemüse, Zigaretten, Bier, Kaffee, Seife und Eisenbahnfahrten.“ Die Preispolitik, wie sie auch im neuen Budget ihren Niederschlag findet, steht im Widerspruch zu den Interessen des arbeitenden Volkes.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, schiebt der Innenminister als Leiter der obersten Preisbehörde die Schuld an der Teuerung auf den Landwirtschaftsminister, aber diese Manöver sind völlig uninteressant, denn entscheidend ist nicht, wer etwas tut, sondern daß etwas geschieht zur Bekämpfung der Preistreiberei, daß etwas geschieht gegen die aufreizenden Riesenprofite weniger Großkapitalisten und zur Erleichterung des Loses der arbeitenden Menschen, unserer Alten und Rentner und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das „Wirtschaftswunder“ der Regierung Raab besteht also in einer verstärkten Ausbeutung der arbeitenden Menschen, deren Leistungen gestiegen sind, aber keineswegs entsprechend abgegolten werden. (*Abg. Prinke: Von welchem Land sprechen Sie? — Heiterkeit.*) Sie müssen zuhören, oder wenn Sie das nicht wollen, dann machen Sie keine Zwischenrufe, Herr Abg. Prinke! Daß Sie, obwohl dem Arbeiter- und Angestelltenbund angehörend, einer der prominentesten Vertreter der Interessen der Großkapitalisten sind, ist schon längst bekannt. (*Abg. Altenburger: Und Sie der Stachanow-Arbeit! — Abg. E. Fischer: Prinke war mit seinen „Wahlwohnungen“ beschäftigt!*)

Die Lohnsteuersenkung vom 1. Jänner dieses Jahres hat wohl eine gewisse Entlastung für einen Teil der Arbeiter und Angestellten gebracht, aber durch die Einbeziehung einer Reihe von Zuschlägen zum Grundlohn in die Beitragsbemessung für die Sozialversicherung und durch die Hinaufsetzung der Beitragsbemessungsgrundlage für die Sozialversicherung ist ein großer Teil dieser Steuerbegünstigungen wieder aufgezehrt worden, und infolge der Verteuerung der ausschlaggebenden Lebensmittel, wie Fleisch und Gemüse, ist mehr als der durch die Lohnsteuersenkung verbliebene Rest daraufgegangen. Wenn der Herr Finanzminister Dr. Kamitz von günstigen Chancen für die Entwicklung der Wirtschaft spricht, so meint er damit wohl günstige Chancen für die Kapitalisten und nicht für die arbeitenden Menschen.

Der Finanzminister spricht sich auch in seiner Rede zum Budget gegen Preisregelungen zugunsten der Verbraucher und gegen jede Preiskontrolle aus, zugleich aber ist er kategorisch gegen Lohnerhöhungen, die für ihn wie für jeden Anwalt der Kapitalisten verfehlte wirtschaftspolitische Maßnahmen sind. Trotzdem werden die Unternehmer und die Regierung um allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen zum Ausgleich für die herrschende Teuerung und zur Abgeltung der Mehrleistungen nicht herumkommen können. Da Doktor Kamitz diese Rede nicht im eigenen Namen, sondern im Namen der Regierung gehalten hat, bedeutet sie nicht allein eine Erklärung der Unternehmerpartei, der ÖVP, der Doktor Kamitz angehört, sondern der gesamten Regierung einschließlich der sozialistischen Minister.

Zum Budget selbst, das uns nunmehr vorliegt, wird ja noch Gelegenheit sein, in der zweiten Lesung eingehend Stellung zu nehmen. Ich möchte hier nur feststellen: Das Budget soll — Dr. Kamitz hat es ja ausdrücklich gesagt — dazu dienen, jede berechnete Forderung nach einem zusätzlichen Aufwand und nach einer Erweiterung des jetzigen Budgetrahmens mit dem Hinweis auf das bestehende 2,6-Milliarden-Defizit abzuwürgen. Aber wir wissen aus der Erfahrung, daß diese Defizite, wie sie noch bei jedem Budget bestanden, nur scheinbare sind; auch im Jahre 1954 wird sich ja eine Mehreinnahme gegenüber den veranschlagten Budgetansätzen um zirka 1,7 Milliarden Schilling ergeben.

Dr. Kamitz sagte in seiner Budgetrede, daß der Abgang von 2,6 Milliarden Schilling, den das vorliegende Budget aufweist, neben anderem auch durch die für das Jahr 1955 zu erwartenden Mehreingänge aus den allgemeinen öffentlichen Abgaben gedeckt werden soll. Obwohl also auch heuer im Budget

ein Defizit ausgewiesen wird, rechnet man im vorhinein schon wieder mit Mehreingängen. Den Gemeinden und Ländern wird trotzdem auch im nächsten Jahr das verhaßte Notopfer, das sogenannte Bundespräzipium, in der bisherigen Höhe von 700 Millionen Schilling abgeknöpft werden. Die Last der Massensteuern wird im wesentlichen erhalten bleiben. Wenn die Lohnsteuer für die Kleinen um Groschen gesenkt werden soll, wie es angekündigt wurde, so wird das wieder, wie immer, mit Steuergeschenken an die Großen, die in viele Tausende gehen, verbunden werden.

Den einzigen Fortschritt dieses Budgets sehen wir in der Steigerung des Aufwandes für Zwecke der Kultur, die wohl noch ungenügend ist, aber ganz klar zeigt, daß die eindrucksvolle Straßenkundgebung von Kunst und Wissenschaft im Frühjahr dieses Jahres nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die Regierung hat keinen Grund, auf diese Erhöhung stolz zu sein, weil ja die Träger der größten Namen des geistigen Österreich an der Spitze von Tausenden erst auf die Straße gehen mußten, um eine Rücksichtnahme der Regierung auf die elementarsten Bedürfnisse von Wissenschaft, Kunst und Kultur zu erzwingen.

Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede auch der Meinung Ausdruck gegeben, das gegenwärtige System der Arbeitslosenversicherung, besonders das System der Kostenaufbringung, sei äußerst bedenklich, weil, wie er meint, nur ungefähr die Hälfte des Aufwandes der Arbeitslosenversicherung durch die Beiträge der Arbeiter und Unternehmer gedeckt sei. Er hat behauptet, daß in der Zeit von 1949 bis 1955, also einschließlich des jetzt erst zu beschließenden Budgets, 2400 Millionen Schilling aus Staatsmitteln in die Arbeitslosenversicherung zugeschossen werden mußten. Aus dieser vom Finanzminister besonders hervorgehobenen Feststellung kann man nur die Absicht entnehmen, die Arbeitslosenunterstützung in naher Zukunft weiter zu verschlechtern, statt sie, wie es mit Recht gefordert wird, zu verbessern. Die Arbeiterschaft aber wird einen solchen Anschlag nicht widerspruchslos hinnehmen, umsomehr als die ziffernmäßigen Angaben des Herrn Finanzministers in Widerspruch zu den Tatsachen stehen.

Es fällt auf, daß er bei seinen statistischen Experimenten die Gebärungsergebnisse erst seit 1949 in Betracht zieht. Der Grund dafür ist sehr einfach: In den Jahren von 1946 bis 1949 hat nämlich die Arbeitslosenversicherung gewaltige Überschüsse ergeben, haben also die Arbeiter und Angestellten unter dem Titel der Arbeitslosenversicherung einen Bei-

trag zur Staatskasse geleistet, der niemals für die Arbeitslosen verwendet worden ist. Eine Zusammenfassung der von 1946 bis 1955 geleisteten beziehungsweise vorgesehenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ergibt, verglichen mit den tatsächlich ausbezahlten beziehungsweise vorgesehenen Arbeitslosen- und Notstandsunterstützungen, einen Abgang von knapp 175 Millionen Schilling in zehn Jahren. Es ist kaum zu glauben und wohl kaum anzunehmen, daß der Finanzminister diese 175 Millionen Schilling Defizit in zehn Jahren als Vorwand für die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und für die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung benützen will. Solange die Arbeitslosenversicherung jährliche Überschüsse von Dutzenden Millionen Schilling ergab, hat kein Finanzminister davon geredet, daß man da etwas ändern müßte; aber wenn sie in zehn Jahren einen Ausfall ergibt, der nicht einmal ein ganzes Prozent des Jahresbudget ist, dann wird Lärm geschlagen.

Wenn der Staat mehr Geld für die Arbeitslosenversicherung zur Auszahlung der Unterstützung an die nicht durch eigene Schuld arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten braucht, dann kann er es nur und soll er es nur von den Kapitalisten nehmen. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung müßten ja nach jedem vernünftigen Ermessen von den Kapitalisten getragen werden, denn diese Einrichtung ermöglicht es ihnen, risikolose Riesenprofite anzuhäufen, die sie heute erzielen, und dabei die Löhne niedrig zu halten.

Wir sind der Auffassung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht, wie etwa beabsichtigt, verschlechtert werden darf, sondern wesentlich verbessert werden muß. Es ist kein Zufall, daß der Herr Finanzminister gerade diesen Punkt in seinem Bericht so hervorgehoben hat; denn wir wissen sehr wohl, daß die Kapitalisten am liebsten alle sozialen Lasten auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen würden und daß es der gesamten reaktionären Finanzpolitik nur entsprechen würde, nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter noch mehr als bisher für die Arbeitslosenversicherung bezahlen zu lassen. Der angekündigte Anschlag auf die Arbeitslosenversicherung charakterisiert ein übriges Mal die ganze reaktionäre Finanzpolitik, wie sie schon vor den Wahlen von den beiden Regierungsparteien einvernehmlich festgelegt worden ist.

Es ist wiederholt behauptet worden, das Wahlergebnis vom 17. Oktober sei eine Bestätigung der Koalitions politik durch die Wähler gewesen. Zum Beweis dafür wird immer wieder die Mandatsverteilung angeführt, die aber nicht der unmittelbare Ausdruck des Willens der Wähler ist, sondern vielmehr

durch Wahlgeometrie und insbesondere durch die undemokratische Wahlordnung in Wien gründlich verfälscht worden ist. Die SPÖ hat in einer ihrer Wahlzeitungen, die an alle Wiener Haushalte verteilt wurde, die Losung ausgegeben, die Kommunisten aus dem Wiener Gemeinderat und Landtag hinauszuwählen. Beide Regierungsparteien haben alles getan, um die Wähler davor abzuschrecken, für die Kandidaten der Österreichischen Volksopposition zu stimmen.

Alle diese Versuche sind aber bei den Wahlen am 17. Oktober zunichte gemacht worden. In diesem Punkt haben die Wahlspekulationen der Regierungsparteien Schiffbruch erlitten. Das Zwei-Parteien-Parlament, von dem die „Arbeiter-Zeitung“ träumt, ist nichts als ein Traum. Die Tätigkeit der Regierung ist und bleibt unter der ständigen wachsamsten Kontrolle der Volksopposition (*Heiterkeit bei der SPÖ*), die jeden Anschlag gegen die Rechte des Volkes, jeden Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen und jeden Vorstoß der Reaktion scharf und unerbittlich bekämpfte und weiter bekämpfen wird. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Der zweite Fall, in dem die Wahlen anders ausgefallen sind, als in den Rechnungen der Regierungskoalition stand, ist die massenhafte Stimmenthaltung bei diesen Wahlen. Es ist eine Tatsache, daß die massenhafte Stimmenthaltung sich insbesondere unter der bisherigen Wählerschaft der Sozialistischen Partei ausgewirkt hat. Ein Organ dieser Partei, die „Welt der Arbeit“, hat sich dazu eine eigene Theorie gemacht und geschrieben, daß viele Arbeiter deshalb nicht zur Wahl gegangen seien, weil es ihnen zu gut gehe. So etwas zu behaupten, ist nichts anderes als eine grobe Verhöhnung unserer Arbeiter. Die massenhafte Stimmenthaltung ist ein deutliches, ein eindeutiges Zeichen des sinkenden Vertrauens vieler Wähler in die Politik der Zwei-Parteien-Koalition, des Mißtrauens demokratisch gesinnter Österreicher gegen eine Regierung, in der die offenen Verfechter der Reaktion, die offenen Vertreter der kapitalistischen Interessen die erste Geige spielen.

Das hervorstechendste Merkmal dieser Wahlen ist jedoch die vernichtende Niederlage des VdU, des offenen Trägers der Anschlußpropaganda, des offenen Vertreters des deutschen Militarismus und seines Revanchegeistes, des offenen Agenten des westdeutschen Großkapitals in Österreich. (*Abg. Dr. Kraus: „Kriegshetzer“ haben Sie vergessen zu sagen!*) Die Volksopposition hat mit ihrem unermüdlichen Kampf gegen die faschistische Gefahr und alle Erscheinungen des Neofaschismus wesentlich zu dieser Niederlage beigetragen. (*Zwischenrufe bei der WdU.*)

Aber diese Niederlage haben nicht nur die Bataillone des Obersten Stendebach erlitten, sie trifft vielmehr unmittelbar beide Regierungsparteien. Die „dritte Kraft“, wie man den VdU so gerne genannt hat, ist ja schließlich nicht von selbst entstanden, sondern ein Kind der Koalition gewesen. Innenminister Helmer war es, der es aus der Taufe gehoben hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Wer war die Mutter? — Heiterkeit.*) Die Führungen beider Koalitionsparteien haben diese sogenannte „dritte Kraft“ nur zu oft und nur zu gern zu kleinen Manövern gegen den eigenen Koalitionspartner benützt. So zum Beispiel die ÖVP bei den Kärntner Gemeinderatswahlen, der Linzer Bürgermeister Dr. Koref gelegentlich gegen den anderen Koalitionspartner, um nur einige Beispiele, die man noch beliebig vermehren könnte, aufzuzeigen und zu erwähnen. Und jetzt ist das Ganze zu Ende. Die Anziehungskraft der verlogenen Parolen dieser Partei der Reaktion und des Großkapitals ist nicht mehr vorhanden, und mit dem Kräfteschwund des VdU haben auch seine geistigen und materiellen Nährväter einen schweren Schlag erlitten. (*Zwischenrufe.*)

Unmittelbar nach den Wahlen vom 17. Oktober ist in der Presse der Regierungskoalition behauptet worden, jetzt nach der Niederlage des VdU könne niemand mehr von einer Anschlußgefahr sprechen. (*Abg. Dr. Gorbach: Nur die Kommunisten!*) Sie kommen auch noch dran! (*Heiterkeit.*) Aber schon während des Wahlkampfes hat es sich deutlich gezeigt, daß führende Männer der ÖVP, zum Beispiel auch der Herr Dr. Gorbach (*Abg. Dr. Gorbach: Danke sehr!*) die Rolle des VdU übernehmen werden. Sie haben davon gesprochen, daß sie mit 1945 aufräumen werden. Was darunter verstanden wird, ist sehr eindeutig. Sie haben von einer Wiedergutmachung für die sogenannten Opfer der Befreiung gesprochen, worunter sie die Kriegsverbrecher und Wirtschaftsführer aus der Hitler-Zeit verstehen.

Die ÖVP, die die härtesten Bestimmungen des Nationalsozialistengesetzes — denken wir zum Beispiel an die schwere Bestrafung der sogenannten Illegalen — den anderen Parteien 1945 geradezu aufgezwungen hatte (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), hat jetzt die unentwegten Kämpfer für „Führer und Reich“ auf den Schild gehoben. (*Lebhaftes Zwischenrufen bei ÖVP und VO.*) Zugleich beteiligten sich während des Wahlkampfes führende Männer der ÖVP, darunter ein Mitglied dieses Hauses, der Abgeordnete Mackowitz, an frechen Kundgebungen für das Haus Habsburg, dessen Sproß Otto im amerikanischen Auftrag von Bayern her eine Propaganda gegen die Unabhängigkeit Österreichs betreibt.

Der Staatssekretär Graf, der sich in der Öffentlichkeit als oberster Befehlshaber der österreichischen Exekutive vorgestellt hat, steht an der Spitze jener, die unter dem heuchlerischen Vorwand des Totengedenkens die ehemaligen Frontsoldaten unter den Parolen von Goebbels und Hitler gegen den Osten und gegen den Kommunismus aufzuputtschen versuchen. Während des Wahlkampfes hat Herr Graf offen das Erbe des Obersten Stendebach und seiner Gefolgschaft angetreten und auf sogenannten Kriegerkundgebungen dazu aufgerufen, unser Land in eine geballte Faust gegen den Osten zu verwandeln. Vor Beamten der Exekutive hat er die Leistungen der Österreicher in der Hitler-Armee in den Himmel gehoben und damit diese Beamten geradezu angeeifert, den Dienst in der Hitler-Armee gegen Österreich höher zu werten als die Erfüllung ihrer beschworenen Pflicht, ihres Eides gegenüber unserem Lande. Aus jeder Rede, aus jedem Wort des Staatssekretärs im Innenministerium Graf spricht der Geist der Hitler-Generäle, spricht der Geist jener Kräfte, die in Westdeutschland zum Kriege schüren und aus Österreich das erste Opfer dieses Krieges machen möchten. Der extrem-reaktionäre Flügel der ÖVP ist der würdige Erbe des VdU, der Träger einer tödlichen Gefahr für das arbeitende Volk unseres Landes.

Aber was Graf in groben Worten sagte, das bildet auch den Inhalt der politischen Erklärungen anderer Sprecher der ÖVP. Am 12. Oktober — also knapp eine Woche vor der Wahl — ist in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview mit dem Bundeskanzler Raab erschienen. In diesem Interview sagte der Bundeskanzler, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß der von deutschen Staatsangehörigen vor 1938 redlich erworbene Privatbesitz, gleichgültig wie groß er ist, zurückgegeben werden muß. Auch die ehemaligen deutschen Aktionäre, sagte Herr Raab weiter, sollen abgefunden werden.

Wer sind denn aber diese „redlichen“ deutschen Privatbesitzer und Aktionäre? Es sind die Krupp und Stinnes und die anderen Großkapitalisten an der Ruhr und am Rhein, die die Schrittmacher der Hitler-Horden gewesen sind und die den Anschluß Österreichs an Deutschland vorbereitet haben. Was Herr Raab in seinem Interview ankündigt, bedeutet also neuerliche Auslieferung der größten Reichtümer Österreichs, der entscheidenden österreichischen Großbetriebe, darunter der Alpine, der Böhlerwerke und vieler anderer, an das westdeutsche Kapital. Im Namen der Verteidigung des „heiligen“ Privateigentums will also Herr Bundeskanzler Raab genau dasselbe wie Adenauer oder Stendebach. (*Abg. Stendebach: Das Privateigentum!*) Aber jedem Ein-

sichtigen ist es bewußt, daß die Verstärkung des Einflusses des westdeutschen Kapitals auf Österreich eine Gefährdung unserer Unabhängigkeit bedeutet.

Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, der Abg. Dr. Tončić, hat den Standpunkt seines Parteiobmannes gewissermaßen theoretisch untermauert. Er hat in einer längeren Darlegung die Behauptung aufgestellt, daß das Anschlußverbot im Friedensvertrag von St. Germain völkerrechtswidrig sei. Damit will der Herr Dr. Tončić offenbar dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß alles beseitigt werden soll, was dem Anschluß Österreichs an Westdeutschland noch im Wege steht.

Den reaktionären Äußerungen führender Männer der ÖVP entspricht aber durchaus auch die Praxis der Politik der Koalitionsregierung. Ich erinnere hier an den gegen unsere Stimmen gefaßten Beschluß über die Rückgabe des beschlagnahmten Vermögens an Kriegsverbrecher, einen Beschluß, den alle vier Besatzungsmächte abgelehnt haben. Ich erinnere weiter an die Rückgabe der Starhemberg-Güter, vorbereitet durch einen verfassungswidrigen Parlamentsbeschluß, der nur den Zweck hatte, die Verantwortung von der Mehrheit dieses Hauses auf den Verfassungsgerichtshof abzuwälzen. Gerade diese Wiedergutmachung an den Hochverräter Starhemberg war es, die die Anhänger der Habsburger in der ÖVP ermutigt hat, die Aufhebung der Habsburger-Gesetze zu verlangen.

Zu Verteidigern der Rückgabe der Güter an Starhemberg haben sich leider auch die Sprecher der SPÖ gemacht. In einem Brief, der die Unterschrift des Vizekanzlers Dr. Schärf, des Innenministers Helmer und des Klubvorsitzenden der SPÖ, Dr. Pittermann, trägt, wird die Behauptung aufgestellt, daß es „keine Handhabe“ gebe, gegen Starhemberg einzuschreiten, und daß die Beschuldigungen von ein paar kommunistischen Journalisten nicht genügen, Starhemberg zu verurteilen.

Gegen den Heimwehrfürsten soll es keine Handhabe geben? Wie kann man überhaupt nur wagen, für österreichische Arbeiter so etwas zu schreiben? Es gibt keine Stadt und keinen Betrieb in Österreich, wo nicht dutzende und hunderte Arbeiter die Verbrechen des Heimwehrfürsten Starhemberg in lebhafter Erinnerung haben. Fragen Sie die Steyr-Arbeiter, fragen Sie die Arbeiter und die Bewohner des Karl Marx-Hofes, des Goethe-Hofes und andere mehr! Hunderte Male hat auch die Presse der SPÖ diese Verbrechen in Erinnerung gerufen, insbesondere im Zusammenhang mit der Starhemberg-Debatte vor mehr als zwei Jahren hier im Hause und auch außerhalb. Handhaben gegen Starhemberg gibt es mehr als genug,

wenn man nur will. Aber den Heimwehrbrüdern des Hochverrätters zuliebe wird jetzt das Gegenteil behauptet. Sozialistische Arbeiter mögen viele Einwände gegen die Volksdemokratie haben, aber eines wissen sie: Dort ist ein für allemal Hochverrättern vom Schlage Starhembergs das Handwerk gelegt worden! Es ist kein Ruhmesblatt für die Regierungskoalition, daß hier gegen Starhemberg nichts unternommen wurde.

Die Herren Dr. Schärf, Helmer und Doktor Pittermann meinten, diese Gelegenheit zu einem Angriff auf den Vorsitzenden der Volksopposition, Professor Dr. Dobretsberger, benutzen zu können. (*Zwischenrufe. — Abg. Horn: Der hat auch das Hüll getragen!*) Die Vergangenheit des Herrn Dobretsberger ist kein Geheimnis, aber man kann ihm ebensowenig einen Vorwurf daraus machen, daß er vor zwanzig Jahren anders dachte als heute, wie man es Victor Adler niemals vorgeworfen hat, daß er Deutschnationaler gewesen ist, bevor er Sozialdemokrat wurde. (*Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Das kann man doch nicht vergleichen! — Abg. Horn: Dobretsberger mit Adler zu vergleichen, das ist eine Gemeinheit! Schämen Sie sich! — Abg. Koplenig: Die mit Raab zusammen packeln, sollen überhaupt den Mund halten! — Andauernde Zwischenrufe.*) Und man könnte dieses Beispiel auf die Gegenwart variieren und sagen, daß es niemandem in der Regierungskoalition noch eingefallen ist ... (*Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Koplenig: Dobretsberger war in derselben Regierung wie Raab, und ihr packelt mit Raab!*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich muß die Herren Abgeordneten ersuchen, keine Zwischenreden in den Bänken zu halten! Ich ersuche nochmals, auch bei der Budgetdebatte daran festzuhalten, daß zwar Zwischenrufe möglich sind, nicht aber Zwischenreden. Wir haben genug Zeit zur Verfügung. Wer etwas mehr als einen Zwischenruf zu sagen hat, möge sich hier in die Rednerliste eintragen lassen und von hier aus das sagen, was er zu sagen hat.

**Abg. Honner** (*fortsetzend*): Man könnte das Beispiel, das ich soeben anführte, variieren und sagen, daß es von der Regierungskoalition bis heute noch niemandem eingefallen ist, manchem Prominenten in beiden Regierungsparteien deswegen einen Vorwurf zu machen, weil er vor nicht sehr langer Zeit noch einem anderen Regime gehuldigt hat, an prominenter Stelle des vergangenen Naziregimes gestanden ist. Also, meine Herren, seien Sie in der Zukunft etwas vorsichtiger, auch in unseren Akten gibt es noch Material (*Zwischenrufe bei den Sozialisten*), das den Regierungsparteien unangenehm werden dürfte.

Professor Dobretsberger wird nicht deshalb angegriffen, weil er Mitglied einer autoritären Regierung war (*Abg. Weikhart: Einer faschistischen!*), sondern weil er nicht mit den früheren Heimwehrführern, die heute in der Regierung sitzen, mit den Herren Raab und Graf, zu den würdigen Verbündeten des Vizekanzlers und des Innenministers gehört. Nicht sein Eintreten für ein autoritäres Regime in der Vergangenheit, sondern seine Gegnerschaft zu Hitler-Deutschland, seine Opposition zur Koalitions politik sind die Ursachen der Angriffe gegen ihn. (*Abg. Lackner: Er hat sich aus dem Staub gemacht! — Lebhaftige Gegenrufe des Abg. Koplenig. — Abg. Lackner: Er war genau so feig wie ihr!*) Aber mit solchen Mitteln wird man die Stimmen der Arbeiter nicht zum Schweigen bringen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und VO.*) Das trifft auch auf eine ganze Menge von euch zu! Ich wiederhole: Nicht sein Eintreten für ein autoritäres System in der Vergangenheit, sondern seine Gegnerschaft zu Hitler-Deutschland, seine Opposition zur Koalitions politik sind die Ursachen der Angriffe gegen Professor Dr. Dobretsberger. Aber mit solchen Mitteln wird man die Stimmen der Arbeiter nicht zum Schweigen bringen, die immer gebieterischer verlangen, daß die Vermögensrückgabe an Starhemberg durch ein Verfassungsgesetz verhindert wird.

Der reaktionäre Kurs, der bereits vor den Wahlen klar zum Ausdruck kam, ist durch die Wahlen keineswegs geschwächt, sondern nur gestärkt worden. Er wird so lange gestärkt werden, als die SPÖ in Regierung und Parlament diesen Kurs unterstützt und jeden Protest der Arbeiter gegen diesen reaktionären Kurs zu unterdrücken sucht. Das Überhandnehmen des reaktionären Kurses der gegenwärtigen Koalitionsregierung setzt diese in zunehmenden Widerspruch zur Stimmung unseres Volkes.

Die Außenpolitik, für die dieses Budget ebenfalls die Grundlage bildet, entspricht ebenso keineswegs dem, was Österreich braucht. Vor einigen Tagen hat der Herr Bundespräsident in einer Rede vor Schülern gesagt, daß Österreich ein Land des Friedens ist und das österreichische Volk den Frieden will. Das ist vollkommen richtig. Aber entspricht die Politik der Regierungskoalition diesem vom Bundespräsidenten festgestellten Willen unseres Volkes? Nein! Die Worte und die Taten der Regierung und der Abgeordneten der Koalition im Parlament widerlegen das. Als in diesem Sommer in diesem Saal auf der Tagung der Interparlamentarischen Union die Stimmen für die internationale Verständigung, für das friedliche Zusammenleben

von West und Ost laut und deutlich zum Ausdruck kamen, waren es Sprecher der beiden Regierungsparteien, die sich gegen ein solches friedliches Zusammenleben aussprachen. Als die Sowjetunion einen konkreten und praktischen Vorschlag zur Aufnahme der Staatsvertragsverhandlungen unter Hinzuziehung eines österreichischen Vertreters machte, stellte sich die Regierung stumm und taub, bis sie von den Westmächten die gnädige Erlaubnis bekommen hatte, eine unverbindliche Antwort zu geben.

Wie der Vogel Strauß, der bei Gefahr den Kopf in den Sand steckt, will die Regierung nichts davon wissen, was heute in der Welt vor sich geht. Sie bekennt sich nach wie vor zur amerikanischen „Politik der Stärke“ und will es nicht wahrhaben, daß Österreich nur von einer Verständigung, nicht aber von einer Entzweiung der Großmächte profitieren kann. Man muß sich wirklich fragen: Kann es denn heute in der Welt einen Politiker geben, der darüber hinweggeht, daß durch Verhandlungen zwischen den Großmächten in Südostasien der Friede geschaffen wurde, daß die führenden Männer der englischen Arbeiterpartei die Sowjetunion und China besuchten, daß die beiden großen Völker Asiens, Indien und China, sowie Burma und Indonesien eine feste Plattform der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz und zur Sicherung des Friedens geschaffen haben? Ja, solche Politiker gibt es. Sie sitzen nicht in einer Ausstellung von Andenken einer fernen Vergangenheit, sondern in der gegenwärtigen Regierungskoalition.

Besonders in einer Frage zeigen sie, wie wenig sie die Entwicklung unserer Zeit verstehen oder verstehen wollen. Das ist in der deutschen Frage. Welches Interesse, so frage ich, kann Österreich haben, daß in Westdeutschland die Hitler-Generale Kesselring, Speidl und Heusinger wieder eine Wehrmacht aufstellen? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Welches Interesse kann Österreich daran haben, daß in Westdeutschland wieder die Ruhrkapitalisten, die Schacht und Papen an die Macht kommen? Die einzige vernünftige Antwort auf diese Frage kann nur sein: keines!

Aber die gesamte Politik der Regierungskoalition besteht in der Begrüßung und Förderung der westdeutschen Aufrüstung. Als das französische Volk die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft zunichte gemacht hat, gab es Heulen und Zähneklappern in der ganzen Regierungspresse, und was jetzt anläßlich der Londoner und Pariser Vereinbarungen geschrieben wird, könnte geradezu den Eindruck erwecken, daß die westdeutsche Aufrüstung eine Lebensfrage für Österreich sei.

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2071

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Während der österreichische Bundeskanzler sich beeilt hat, den Ruhrkapitalisten Wiedergutmachung zu versprechen, hat der westdeutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer trotz ausdrücklicher Aufforderung durch die österreichische Regierung noch kein Sterbenswörtchen darüber verloren, wie er zur Unabhängigkeit Österreichs steht. Dafür aber haben Mitglieder der Regierung Adenauers eine sehr deutliche Sprache in dieser Beziehung gesprochen. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen Kaiser hat öffentlich erklärt, daß seiner Meinung nach Österreich zu Deutschland gehört. Der Bonner Verkehrsminister Seeböhm, der wiederholt offizieller Gast der österreichischen Regierung war, hat im gleichen Sinn gesprochen und ebenso Hitlers Panzergeneral Guderian.

Alles das weiß unsere Regierung, und sie weiß ganz bestimmt noch mehr. Sie weiß aber auch, daß diese Äußerungen keineswegs zufällige unglückliche Formulierungen sind, sondern Ausdruck eines politischen Programms. Eine Regierung aber, die solchen Dingen nicht energisch entgegentritt, kann natürlich auch nur sehr schwer von der Verteidigung der Souveränität unseres Landes reden. Es gehört ja zum Programm der Koalitionsregierung, daß die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes nur dann in Betrachtung gezogen wird, wenn man glaubt, diese Frage in der Propaganda gegen die Sowjetunion ausnützen zu können.

Professor Gschnitzer, um nur einen der Wortführer der ÖVP zu nennen, und Dr. Koref als sein Gegenspieler in der SPÖ haben in langen Abhandlungen den Gedanken vertreten, daß die kleinen Länder heute auf ihre Souveränität oder auf einen Großteil ihrer Souveränität zugunsten übernationaler Gemeinschaften verzichten müssen. Diese ganze Propaganda der Eingliederung Österreichs in die westliche Gemeinschaft ist nichts anderes als eine schlecht getarnte Propaganda für den Anschluß an Deutschland, an das Westdeutschland der Militaristen, der Hitler-Generäle und der Krupp und Stinnes. (*Abg. Rosenberger: Das glaubst du selber nicht!*)

Die begeisterten Verfechter der westdeutschen Aufrüstung im Lager der Regierungskoalition finden es mit der westdeutschen Souveränität durchaus vereinbar, daß 50 Jahre lang amerikanische Besatzungstruppen in Westdeutschland verbleiben. Molotows Vorschlag aber, nach Abschluß des Staatsvertrages noch für eine kurze Zeit Sicherungstruppen ohne Besatzungsrecht in Österreich zu belassen, sehen sie als un-

annehmbar an, weil darin angeblich eine grobe Verletzung und Mißachtung unserer staatlichen Souveränität enthalten wäre. (*Abg. Horn: Ihr seid dafür, daß sie dableiben! Das wissen wir!*) Reden Sie nicht darüber! Wir könnten auch sagen: Ihr seid dafür, daß die Amerikaner dableiben! Ihr habt auch den Verbleib der Amerikaner in Deutschland für 50 Jahre begrüßt. (*Abg. Horn: Die brauchen wir auch nicht, alle vier nicht!*)

Wer aber ernstlich will, daß keine fremden Truppen im Lande verbleiben, der kann sich nicht zur westdeutschen Aufrüstung bekennen, denn sie allein ist jener Faktor der Unsicherheit, der die Forderung nach Belassung von Sicherungstruppen auch bei uns ausgelöst hat. Ein einiges, friedliebendes, demokratisches und fortschrittliches Deutschland, das keinem militaristischen oder Kriegsblock angehört, kann keine Bedrohung Österreichs sein und würde auch den Verbleib von Truppen in unserem Lande hinfällig und überflüssig machen. Die von der Regierungskoalition begeistert begrüßte westdeutsche Aufrüstung, die Remilitarisierung Westdeutschlands ist es aber, die auch die Gefahren für unser Österreich außerordentlich steigert. Ohne jede Rücksichtnahme auf die internationalen Gegebenheiten verfolgt die Koalitionsregierung weiter die Politik des Kalten Krieges, arbeitet sie nicht an der Verständigung zwischen den Völkern, sondern an der Vertiefung der Gegensätze.

Wie anders wäre es zu erklären, daß Innenminister Helmer keine Handhabe fand, um den Kriegsverbrecher Kesselring außer Landes zu weisen, aber einen französischen Gewerkschaftsfunktionär und Journalisten (*Abg. Dr. Migsch: Der ohne Paß eingereist ist!*), der noch dazu mit einem rechtsgültig ausgestellten Paß eingereist ist, in die Schubzelle setzen ließ, weil er dafür einen Gutpunkt bei den amerikanischen Propagandastellen bekommen kann. (*Zwischenrufe des Abg. Koplénig.*) Diese Politik der österreichischen Regierung entspricht nicht dem Friedenswillen des österreichischen Volkes, sie steigert nur den Appetit der westdeutschen Großkapitalisten und der Hitler-Generäle und ermutigt alle reaktionären Kräfte, die gegen die Unabhängigkeit Österreichs arbeiten.

Wenn es noch zu begreifen ist, daß die ÖVP in ihrer Außenpolitik den Weg Adenauers und Scelbas geht — und einer der prominentesten Vertreter dieser Politik ist der Herr Abg. Gorbach, der sich auch mit dem Kriegsverbrecher Kesselring ausgezeichnet unterhalten hat —, also den Weg ihrer Bruderparteien, die ebensowenig christlich und demokratisch sind wie die ÖVP, so muß

2072 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

man sich fragen, wie die SPÖ, die Sozialistische Partei, ihre Politik mit der Politik ihrer Bruderparteien in anderen Ländern in Einklang zu bringen vermag. (Abg. Dr. Migsch: Das überlaßt uns!)

Die englische Arbeiterpartei hat sich insbesondere durch die Reisen ihrer Führer in die Sowjetunion und nach China, wie auch durch zahlreiche Beschlüsse zu dem Standpunkt bekannt, daß das friedliche Nebeneinanderleben kapitalistischer und sozialistischer Länder erreicht werden kann und erreicht werden muß, wenn es nicht zu der furchterlichen Katastrophe eines dritten Weltkrieges kommen soll. (Abg. Dr. Gorbach: Was ist mit General Paulus?) Millionen Mitglieder der englischen Labour Party und der englischen Gewerkschaften haben sich gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung ausgesprochen. Das gleiche tut die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten des französischen Parlaments. In Westdeutschland hat der Gewerkschaftsbund klar und eindeutig gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung und gegen die Regierung Adenauer und ihre Politik Stellung genommen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, hat erklärt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege von Viermächteverhandlungen, nicht aber über neue Schlachtfelder gehen kann. Der Vorstand der SPD hat im September dieses Jahres ein außenpolitisches Programm angenommen, in dem es heißt, daß eine Politik, die nicht auf der Grundlage von Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands beruht, keine Sicherheit geben kann, weil die Spaltung Deutschlands und Europas eine der größten Gefahren für den Frieden darstellt. In diesem Sinne, im Sinne der internationalen Verständigung, im Sinne der Verhandlungen mit der Sowjetunion und der Ablehnung der westdeutschen Wiederaufrüstung, haben sich nicht nur Kommunisten, sondern auch die führenden Sozialdemokraten Westdeutschlands ausgesprochen.

Es wäre gut und richtig, wenn die österreichische Sozialistische Partei aus dieser Haltung ihrerseits Schlüsse zöge und nicht die Politik Adenauers, sondern die Politik der deutschen Gewerkschaften, der deutschen Arbeiter zur Richtschnur nähme. Denn wenn die Arbeiter in Westdeutschland die tödliche Gefahr der Zerreißung Deutschlands erkennen, um wieviel mehr muß man das oder sollte man das in Österreich tun, das ja das erste Opfer der Hitler-Agression war und in einer neuerlichen kriegerischen Auseinandersetzung auch wieder das erste totale Opfer einer solchen Auseinandersetzung wäre.

Das gemeinsame Programm ... (Zwischenrufe des Abg. Dr. Tschadek.) Daß Sie, Herr Abg. Dr. Tschadek, als ehemaliger Kriegserichtsrat der Hitler-Ära eine bestimmte Einstellung haben, weiß ich. Sie sollten lieber schweigen und nicht bei jeder Gelegenheit immer wieder demonstrieren, daß bei Ihnen noch starke Überreste der nazistischen Ideologie vorhanden sind!

Das gemeinsame Programm der beiden Koalitionsparteien, dessen Ausdruck das vom Finanzminister Dr. Kamitz eingebrachte Budget ist, trägt diesen von mir aufgezeigten Erfordernissen und Tatsachen keine Rechnung. Es ist ein Budget der ausschließlichen Verteidigung der Interessen der großen Kapitalisten, ein Budget der Hintansetzung der Interessen der arbeitenden Menschen, des arbeitenden Volkes unseres Landes. Es kann nur als Mittel dafür dienen, Österreich noch mehr als bisher zu einer Hochburg des profitgierigen Kapitals zu machen und die Lebensbedingungen unseres arbeitenden Volkes noch unerträglicher zu gestalten, als sie schon sind, und sie noch mehr zu erschweren.

Wir, die Abgeordneten der Volksopposition, behalten uns vor, im Verlauf der zweiten Lesung zu den einzelnen Kapiteln des Budgetvoranschlages noch konkrete Vorschläge einzubringen.

**Präsident:** Als Proredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dr. Koref. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Koref:** Hohes Haus! Das Budgetrecht der Volksvertretung gibt in der Generaldebatte nicht nur Anlaß und Möglichkeit, den vom Herrn Finanzminister heuer erfreulicherweise sehr zeitgerecht vorgelegten Haushaltsplan im allgemeinen kritisch zu beleuchten — vornehmlich wird das ja Angelegenheit der Spezialdebatte sein —, sondern auch zu den wichtigsten Fragen der Politik, der Wirtschaft und der Kultur vom Standpunkt der Partei, die sie mitzuverantworten hat, Stellung zu nehmen. Seine parlamentarische Beratung hebt das Hohe Haus gewissermaßen auf eine hohe Warte, von der aus Rückschau und Ausschau gehalten werden kann und gehalten werden soll.

Diesmal handelt es sich um das Bundesfinanzgesetz für das zehnte Jahr des Bestandes der Zweiten Republik Österreich, also um eine Art Jubiläumsbudget, sodaß Ton und Inhalt der Rede, die der Herr Finanzminister vorgestern von dieser Stelle aus gehalten hat, wahrscheinlich auch von dieser geschichtlichen Tatsache aus mitbestimmt waren. Wir haben dafür Verständnis. Warum sollten wir uns selbst und im be-

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2073

sonderen dem gesamten österreichischen Volk aus diesem Anlaß, da wir auf eine Budgetdekade zurückblicken, nicht die Wegstrecke in Erinnerung rufen, die wir gemeinsam zurückgelegt haben, und die gewaltigen Erfolge ins Bewußtsein rufen, die in diesem verhältnismäßig kleinen Zeitraum in schwierigster Zeit erzielt worden sind.

Es sei mir gestattet, mich in diesem Fall einmal selbst zu zitieren. Am 4. Dezember 1946 habe ich in der Generaldebatte zum Budget für das Jahr 1947 wörtlich erklärt:

„Der Hunger geht ... durch die Städte unserer Heimat. Tausende von Familien sehen mit banger Sorge dem Winter entgegen. Wir leiden unter einer drückenden Kohlennot. Eine Trockenheit, die seit dreiviertel Jahren herrscht, lähmt unsere Wasserkraftwerke und ... ist verhängnisvoll sowohl für unsere Landwirtschaft wie auch für die Stromversorgung.“ „Eine Stockung in der Produktion ist eingetreten. Die Inlandsversorgung, nach der das Volk lechzt, das durch den fünfeinhalbjährigen Krieg ohnehin restlos ausgeblutet und ausgepowert ist, ist auf das schwerste gefährdet. Unser Export, der die Devisen zur Bezahlung der Einfuhr bringen soll, ist dezimiert und daher auch der so notwendige Import zu einem guten Teil unmöglich gemacht. Die Zoneneinteilung besteht nach eineinhalb Jahren noch immer mit all ihren verheerenden Folgen.“ „Regierung und Parlament haben alles versucht, alle Wege unternommen, wiederholt Appelle an die breiteste Weltöffentlichkeit gerichtet, um diesen unsere Wirtschaft würgenden und lähmenden Zustand zu beseitigen.“

Und ich zitierte damals aus einer auch heute noch sehr lesenswerten Abhandlung „Die Wirtschaftssubstanz Österreich“ die folgenden Sätze:

„Auf dem Lande tauschten die besser-situierten Städter ihre Sachwerte in Lebensmittel um. Das allgemeine Tauschmittel Geld war zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Der Bauer gab für dieses keine Produkte ab, der Geschäftsmann hielt seine Waren zurück und in den Banken türmten sich die Banknoten zu wertlosen Bergen. Es gab praktisch keine Wirtschaft, es gab keine Autorität. Der Staatsapparat war gebunden, zum mindesten aber zu schwach, um Ordnung in die hungrigen Massen zu bringen. Es kam zur Inflation und damit zu einem Tiefpunkt, einer wirtschaftlichen Depression, die den Siegern und Besiegten die Lösung schwierigster Probleme anheimstellte.“

Hohes Haus! Ist diesen gegenüber der damaligen Wirklichkeit fast unzulänglich scheinenden Erinnerungsbildern noch viel hin-

zuzufügen? Der innere Funktionszusammenhang unserer Volkswirtschaft, soweit von einer solchen zunächst überhaupt noch geredet werden konnte, war durch die verheerenden Wirkungen des Bombenkrieges und die Beschlagnahmen von ganzen Anlagen oder wichtigsten Einrichtungsobjekten gestört. Zu den materiellen Substanzverlusten kam der Verlust von ungefähr 400.000 im besten Mannesalter stehenden Toten, mehreren hunderttausend Invaliden und noch nicht Heimgekehrten und die völlige Zerrüttung des Altersaufbaues des österreichischen Volkes und eine katastrophale Herabminderung des Leistungspotentials. Die landwirtschaftliche Produktion hatte im Jahre 1946 nur etwa 48 Prozent — also nicht einmal die Hälfte — des Jahres 1937 erreicht, der Rohstoff- und im besonderen der Kohlenmangel, der Zustand der Verkehrsanlagen, die verzweifelte Ernährungslage bewirkten, daß die gewerblich-industrielle Produktion nur rund ein Drittel der Vorkriegszeit betrug. Zu Beginn des Jahres 1946 standen noch ungefähr 700.000 Mann fremder Besatzungstruppen auf österreichischem Boden, und der Betrag, den unser gequältes Volk seit dem im Dezember 1945 erlassenen Schillinggesetz bis Ende 1946 — also im Ablauf eines einzigen Jahres! — an Besatzungskosten in der Höhe von 2792 Millionen Schilling bezahlen mußte, hätte ausgereicht, das gesamte österreichische Sozialprodukt des Jahres 1946 zu den offiziellen Preisen zu kaufen. Was aber der heimischen Wirtschaft durch Konfiskation ohne Bezahlung und durch Export ohne Gegenleistung entzogen wurde, ist dabei gar nicht inbegriffen. Unvorstellbares Leid und unsägliche Not lasteten in unmittelbarer und mittelbarer Auswirkung des verbrecherischen Krieges auf der Bevölkerung, und die unvermeidlichen monetären Maßnahmen stellten an ihre Einsicht und Disziplin die gewaltigsten Anforderungen.

Ich muß es mir versagen, Hohes Haus, die weiteren Stationen des Leides, Leidensstationen in des Wortes wörtlichster Bedeutung, zu schildern. Tatsache aber ist: Das österreichische Volk stand fest und ging mit jenen, die sich nicht scheuten, die sich türmenden Probleme anzugehen und die ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen. *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Nur der demokratische Weg ermöglichte es, den Millionen verzweifelten und verzweifelnden Menschen den unvermeidlichen Opfergang verständlich und tragbar zu machen, und von Wahl zu Wahl, von Mal zu Mal bestätigte das österreichische Volk in ansteigender Zahl seinen Willen, diese zwar dornige aber ziel-sichere Erfolgsroute zu gehen. Und wenn

der Herr Finanzminister gestern erklärte: „wir können aufrichtig stolz sein“, so will ich das bestätigen und, um der Wahrheit die volle Ehre zu geben, folgendes hinzufügen: Die arbeitenden Menschen in Stadt und Land haben dieses Wunder vollbracht! (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Wenn die Geschichte dieser drang- und leidvollen Zeit von objektiver Hand geschrieben werden wird — zum Teil ist dies sogar bereits geschehen —, dann wird dies immer wieder rühmend hervorgehoben und festgestellt werden müssen. Die arbeitenden Massen haben mit knurrendem Magen und mit zusammengebißenen Zähnen, mit verächtlichen Blicken auf die Geschäftemacher, Schwarzhändler und Hyänen des wirtschaftlichen Ruinenfeldes ihre Pflicht unter schwersten Umständen und Bedingungen erfüllt, allen, auch politischen Versuchungen Widerstand geleistet und der Heimat und der Demokratie die Treue gehalten. (*Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.*)

Und noch eine zweite Feststellung, Hohes Haus: Diese klare und zielführende Haltung wäre angesichts der Not und der mit ihr einherschreitenden Wirrnisse und Gefahren nicht denkbar gewesen ohne die unbeirrte und unbeirrbare geistig-politische Führung der Massen durch die Sozialistische Partei Österreichs und durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund! (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

In dieser Jubelstunde unseres Bundeshaushaltsplanes, der, wie Herr Minister Dr. Kamitz vorgestern hier sagte, seit 1929 zum erstenmal wieder als ausgeglichen zu bezeichnen ist, müßten Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, die Sie doch zum weitaus überwiegenden Teil die Teilhaber, ja vielfach sogar die unmittelbaren Nutznießer dieser einmaligen historischen Leistung als deren Mandatäre vertreten, dieser unleugbaren Tatsache eingedenk sein. Im übrigen konstatiere ich gerne, daß dies Bundeskanzler Ing. Raab bereits getan hat, der in einer seiner jüngsten Rundfunkreden erklärte: „Ich bin berufener Kronzeuge dafür, daß die österreichische Aufbauleistung niemals vollbracht worden wäre, wenn nicht die österreichische Arbeitnehmerschaft, oft unter Zurückstellung berechtigter materieller Standesinteressen, mit ganzem Idealismus an dieses große Werk herangegangen wäre.“

Sie wissen es nicht — ich mache Ihnen keinen Vorwurf, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses —, welche hingebungsvolle, weder Zeit noch Mühe

scheuende Arbeit die Vertrauenspersonen und Funktionäre der Sozialistischen Partei Österreichs und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes — der ja doch, was kein Geheimnis sein kann noch sein soll, unter der geistigen Führung seiner sozialistischen Fraktion steht, die die überwältigende Mehrheit darstellt — in diesen neunzehn Jahren geleistet haben (*Beifall bei der SPÖ*), um zu verhüten, daß die Menschen die Nerven verlieren. Ich verweise bloß — um nur ein einziges besonders markantes Beispiel hervorzuheben — auf die kritischen Oktobertage des Jahres 1950. Hier haben wir — ja, ich darf sagen: wir — ganzen Einsatz geleistet für das Ganze, und niemand soll das, was damals geschehen ist, unterschätzen. Es spricht von einer völligen Verkenntung der Dinge, ja es bedeutet ein gefährliches Spiel mit Worten, wenn ein sogenanntes „unabhängiges“ Blatt vor etlichen Tagen bei der Betrachtung der letzten Wahlergebnisse für die Landtage und Arbeiterkammern so obenhin leitartikelte wie folgt:

„Das Rot, dem der Arbeiter heute folgt, ist nicht mehr das Rot der Revolution eines aufstrebenden Standes oder, um in der marxistischen Terminologie zu bleiben, einer aufstrebenden Klasse, sondern es ist vielmehr das Kardinalsrot der politischen Macht. Wer dieses Rot heute wählt, wählt nicht mehr die Revolution eines Standes, sondern die Macht einer Managerschicht.“

Eine solche Schreibweise und Auffassung, Hohes Haus, ist ebenso billig wie oberflächlich, und der Leitartikler übersieht dabei, daß er dem, was er unter „kardinalsrot“ und „Managerschicht“ verstanden wissen will, die Freiheit seiner Feder und seiner ganzen werten Persönlichkeit verdankt! (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*) In Wahrheit ist es das von Generation zu Generation weitergegebene Ideengut der Arbeiterbewegung, ist es die unwandelbare Treue der arbeitenden Menschen zum demokratischen Sozialismus, der immer wieder die Massen in seinen Bann zieht, weil sie wissen, daß er seit etwa acht Jahrzehnten der Motor allen gesunden sozialen Fortschrittes und der Garant der Hebung ihres Lebensstandards war und noch immer ist!

Mir wurde erzählt, daß ein katholischer Ordenspriester vor kurzem im Vorarlberger Rundfunk erklärte: „Die Sozialisten haben in den letzten 80 Jahren mehr für das arbeitende Volk getan, als in 2000 Jahren vorher geschehen ist.“ (*Beifall bei der SPÖ.*) Der Inhalt dieses Satzes ist auf jeden Fall richtig, und das Bewußtsein um diesen Inhalt führt unsere Partei über alle Klippen zum Erfolg bergan.

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2075

Selbst die nüchternste Analyse der seit 1951 in Österreich abgeführten Wahlen muß zu dem Ergebnis kommen, daß sich die Sozialistische Partei Österreichs in einem soliden, kerngesunden Aufstiegsprozeß befindet, der auch in bisher parteifremde Schichten und ins Dorf vorstößt.

Auf diese Einsicht sind ja auch Aussprüche des Herrn Staatssekretärs Graf, Ihres Propagandachefs während der letzten Wahlkampagne, zurückzuführen, wie etwa, daß seine Partei in der Vergangenheit für die kleinen Selbständigen zuwenig getan habe — ein wahrhaft freimütiges, geradezu imponierendes Geständnis! Oder daß seine Partei alles tun müsse, um die offenbar sehr weit verbreitete Auffassung zu beseitigen, daß sozialer Fortschritt sozialistisch wählen heiße. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Graf hat es erkannt!*) Ich bin der letzte, der dem Herrn Staatssekretär wegen dieser vollkommenen Reue Vorwürfe machen möchte. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede von den stolzen Leistungen der allerletzten Jahre gesprochen hat, so stimmen wir ihm vollkommen bei, fügen aber mit Nachdruck hinzu: Die Vollbeschäftigung und Sicherung des Arbeitsplatzes, die Absicherung der arbeitenden Menschen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und die sonstigen Wechselfälle des Lebens, die mustergültigen sozialpolitischen Errungenschaften aller Art, die steuerlichen Entlastungen, die im Geiste sozialer Steuergerechtigkeit durchgeführt wurden und durchgeführt werden sollen, die tragbare Mieten ermöglichende großzüge Wohnbauförderung sowie den das Dach über dem Kopf erhaltenden Mieter- und Mietenschutz, das reichhaltige Investitionsprogramm und viele andere, das allgemeine Volkswohl fördernde Maßnahmen haben wir Sozialisten gefordert oder gefördert, und zwar mit starkem Einsatz und, Hohes Haus, sehr oft gegen erheblichen Widerstand auf der anderen Seite! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*) Wir haben uns das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten dieses Landes erworben und verdient. Das haben wir am 22. Februar vorigen Jahres, am 17. Oktober dieses Jahres und eine Woche später bei den Arbeiterkammerwahlen bestätigt erhalten und sind stolz darauf.

Nun sind wir so weit, daß der Finanzminister ein Budget vorlegen konnte, das von den beiden großen Parteien des Hohen Hauses getragen ist, wie auch die gewiß schwere Last der letzten Jahre im großen und ganzen gemeinsam getragen wurde. Wenn auch in diesem Budget zum ersten Male keine unmittelbaren Besatzungskosten ent-

halten sind, so ist es doch immer noch kein Budget im Zeichen der Freiheit und Souveränität Österreichs. Wir Sozialisten, die wir vom ersten Tage an den Ruf, ja ich darf sagen, den Schrei nach der Unabhängigkeit dieses Landes mutig in die weite Welt hinausgetragen haben, tun alles, was möglich ist, um die moralischen Kräfte des Volkes wach und lebendig zu erhalten. Es ist ein drastischer Zufall, daß morgen, am 30. Oktober, die sozialistischen Parteien Asiens die Völker des genannten Kontinents unter dem Motto „Gedenket der Völker in Ketten!“ auf ihr Recht auf Selbstbestimmung hinweisen und dieses als das Grundprinzip unserer Zeit bezeichnen. Und es heißt dort weiter: „Es muß in gleicher Weise wie für alle anderen Nationen auch für Kolonialvölker, abhängige Völker und Satellitenstaaten gelten.“ Und wir Österreicher sollten uns mit dem so unwürdigen Zustand abfinden müssen, gegen den heute die primitivsten Stämme des inneren Afrika sich leidenschaftlich aufbäumen!?

Das österreichische Parlament wird daher nicht verstummen, bis seine Stimme vor den Mächtigen dieser Erde Gehör gefunden hat, und erhebt auch heute wieder energischen Protest gegen die nur auf Macht und Gewalt, niemals aber auf Recht gegründete beschämende Tatsache, daß zehn Jahre nach Kriegsende der Alliierte Rat noch immer von der arrogierten Einspruchsmöglichkeit gegen verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetze Gebrauch macht. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und der WdU.*)

Hohes Haus! Gerade in diesen Tagen, da Westdeutschland seiner Souveränität wieder teilhaftig geworden ist, was wir unserem Nachbarlande aus vollem Herzen gönnen, empfinden wir es mit ganzer Härte, daß wir immer noch um den Staatsvertrag kämpfen müssen und trotz all des Notenwechsels kaum einen Lichtblick, kaum einen Hoffnungsschimmer haben. Sowjetrußland scheint nun einmal nicht davon Abstand nehmen zu wollen, unseren Staatsvertrag als Annex zu seiner Deutschlandpolitik zu betrachten.

Ist es nicht eine Schande, die unserem Volke angetan und zugemutet wird, daß wir uns noch immer die Übergriffe auswärtiger Militärpersonen bieten lassen müssen? Gerade in letzter Zeit bringt jeder Tag Meldungen über neue Übergriffe. Wir protestieren leidenschaftlich dagegen, ob es sich nun um einen alkoholisierten amerikanischen Hauptmann handelt, der nach Wildwestmanier auf dem Neubaugürtel drei Österreicher niederboxt, oder um einen betrunkenen russischen Jeepfahrer, der einen Ingenieur

2076 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

aus Mödling samt dessen Frau niederfährt und, nachdem er Nachschau gehalten hat, ob seinem Wagen etwas passiert ist, unbekümmert um die Verletzten davoneilt. Wir registrieren mit starrem Entsetzen, daß ein russischer Kommandant den Fahrer eines Rotkreuzwagens verhört und bedroht, der einen schwerverletzten Flüchtling in Erfüllung selbstverständlicher menschlicher Verpflichtung nach Wien zum Operationstisch führt.

Hohes Haus! Ich bin überzeugt, daß die Nation, die einen Tolstoi, einen Turgenjew und Gogol hervorgebracht hat, eine solche Handlungsweise niemals gutheißen würde (*lebhafter Beifall bei den Sozialisten*), wenn sie nicht durch einen undurchdringlichen Vorhang daran gehemmt wäre, Nachricht von solch tief bedauerlichen Vorkommnissen zu erhalten! Es steigt uns die Schamröte ins Gesicht, daß wir all das und vieles andere über uns ergehen lassen müssen. Fast auf den Tag genau vor elf Jahren hat man uns in der Moskauer Deklaration die Freiheit und Unabhängigkeit feierlichst versprochen.

Das österreichische Volk wird keinen Staatsvertrag annehmen oder anerkennen, der uns nicht auch endgültig und restlos von den fremdländischen Truppen befreit. (*Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.*) Wir erklären feierlich von dieser Stelle aus, daß es in dieser Hinsicht kein Feilschen und kein Handeln gibt und daß wir genau so wenig militärische Stützpunkte einzuräumen wie einem Militärpakt beizutreten gesonnen sind. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Die auswärtige Politik ist Sache des ganzen Volkes, von dem kleinen Häuflein unentwegter Moskau-Söldlinge abgesehen, und niemand wäre vom österreichischen Volk befugt, etwa einen anderen, konzessionsbereiten Standpunkt einzunehmen. Die Freiheit Österreichs ist und bleibt unteilbar! (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.*)

Die zehnjährigen Aufbauenerfolge, deren zahlenmäßige Untermuerung jedermann zugänglich ist, haben die in der Ersten Republik so oft und mit bewußt verhängnisvoller Tendenz angezweifelte Lebensfähigkeit Österreichs in geradezu solenner Weise bewiesen, und die Wahlen erhärteten mit kontinuierlich zunehmender Beweiskraft die Tatsache, daß es in Österreich keine ernst zu nehmenden Anschlußtendenzen gibt. Ich sehe dabei wieder von der KPÖ ab, die ja ihr „Ö“ nur als lästiges Anhängsel betrachtet. (*Dr. Pittermann: Filialfirma!*) Uns ist aber auch nicht bekannt, daß man auf deutscher Seite solchen Bestrebungen nachhängt und Vorschub leistet. Hingegen ist uns wohl bekannt, daß von österreichischer monarchistischer Seite Ideen einer Zusammenfassung von deutschen Ge-

bietsteilen und Ländern des Donauraumes propagiert werden. Wir können nur tief bedauern, daß solche Habsburger-Redereien nachgeschwätzt werden. Der von gewisser Seite patronisierte, als durchaus illegal zu bezeichnende Mißbrauch, der mit österreichischer Jugend für Huldigungsversuche jenseits der österreichisch-bayrischen Grenze betrieben wird, müßte aufs schärfste verurteilt werden (*starker Beifall bei den Sozialisten*), wenn er nicht eher als lächerlich empfunden würde. Das österreichische Volk will weder von der Fahne Adolf Hitlers, noch von der Ottos von Habsburg mehr etwas wissen. Ich darf in Erinnerung bringen, daß das Habsburger-Gesetz in diesem Hause einstimmig, also auch mit den Stimmen der seinerzeitigen Christlichsozialen Partei, und ohne jeden Vorbehalt angenommen wurde. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen meiner Partei kurz, aber verbindlich auch zur Frage des Deutschen Eigentums Stellung nehmen. Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, soll der Herr Bundeskanzler unlängst einem deutschen Journalisten ein Interview gegeben haben, in dem er der Auffassung Ausdruck verlieh, daß der von deutschen Staatsangehörigen vor 1938 redlich erworbene Privatbesitz, gleichgültig wie groß er sei, zurückgegeben werden müsse. Was das sogenannte Konzerneigentum angehe, sei er der Ansicht, daß die ehemaligen deutschen Aktionäre auf Grund des Entschädigungsgesetzes abgefunden werden könnten.

Ich weiß nicht, ob der Herr Bundeskanzler eine solche Äußerung tatsächlich abgegeben hat. Ich möchte jedoch feststellen, daß das österreichische Parlament noch niemals in der Frage des deutschen Vermögens in Österreich eine Stellungnahme bezogen hat, die den Herrn Bundeskanzler zu den vorerwähnten Äußerungen berechtigen würde. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Ich möchte ferner erklären, daß die Sozialistische Partei wohl der Auffassung ist, daß das sogenannte kleine deutsche Vermögen, wie zum Beispiel Hausrat, Siedlungshäuser, kleine, respektive mittlere Gewerbe- und landwirtschaftliche Betriebe, sofern diese Vermögensobjekte in eindeutig redlicher Weise erworben wurden, vom österreichischen Staate nicht beansprucht werden sollen, daß aber alle anderen Vermögensschaften, wie zum Beispiel die Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches und seiner Gebietskörperschaften sowie die durch die Verstaatlichungsgesetze betroffenen Vermögenswerte in Österreich und die unter der Verwaltung der USIA stehenden Vermögenswerte und dergleichen, einer wesentlich anderen Beurteilung unterliegen sollen.

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2077

Bei künftigen Verhandlungen über diese für das Wirtschaftsleben Österreichs so wesentliche Frage wären jedenfalls unsere legitimen Interessen mit größter Entschiedenheit wahrzunehmen und wäre insbesondere zu berücksichtigen, daß uns im Gefolge der Ereignisse des Jahres 1938 gewaltige Vermögenswerte entzogen wurden. Mit allem Nachdruck muß ich jetzt schon namens meiner Partei erklären, daß jeder Versuch, im Wege der Regelung des deutschen Vermögens in Österreich eine Durchlöcherung der Verstaatlichungsgesetze herbeizuführen, vergeblich wäre. Jeder derartige Versuch würde auf den leidenschaftlichen Widerstand der Sozialistischen Partei stoßen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Auf jeden Fall aber muß es die erste, die allervordringlichste Sorge der österreichischen Regierung sein, die Wiedergutmachung hinsichtlich jenes österreichischen Vermögens mit aller Energie zu betreiben, welches im Zuge der Anschlußtragödie verlorengegangen ist. (*Erneute Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Finanzminister Dr. Kamitz hat vorgestern auf Grund der in den Monatsberichten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung gegebenen statistischen Angaben ein sehr eindrucksvolles Bild von der derzeitigen Hochkonjunktur geboten. Er hat von der gegenüber 1937 verdoppelten Industrieproduktion, von dem außerordentlich günstig entwickelten Exportvolumen, der aktiven Handelsbilanz, von dem trotz des verhältnismäßig schlechten Wetters zunehmenden Fremdenverkehr, der starken Belebung des Binnenmarktes, der großen Liquidität des Geldmarktes, der überraschend günstigen Arbeitsmarktlage und sogar von einer Steigerung des Realeinkommens um 7 Prozent gesprochen, wobei er allerdings die hohe Zahl der Beschäftigten nicht einkalkuliert haben dürfte.

Herr Finanzminister! Wir haben lesen gelernt, wir lesen mit und haben die unangenehme Eigenschaft, auch zu kontrollieren. Sie haben da offenbar selbst eine nachträgliche Richtigstellung auf 4,6 Prozent veranlaßt, wobei wir auch noch an dieser Ziffer zweifeln zu dürfen glauben.

Nicht erwähnt hat der Herr Finanzminister die Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Vorjahr fast unverändert blieb, was zum überwiegenden Teil auf das kalte und regnerische Wetter im Frühjahr und die bedauerliche Hochwasserkatastrophe im Sommer zurückzuführen sein dürfte. Dafür ist die expansive Budgetpolitik der öffentlichen Körperschaften, die mit Hilfe von Krediten und Anleihen ein erheblich

größeres Investitionsvolumen finanzieren konnten, ein überaus wichtiger wirtschaftsfördernder Faktor geworden, was schon in unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm vom September 1953 gefordert worden war.

Im übrigen stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Bankenreform sowie kreditpolitische Erleichterungen zeitgemäß und unerlässlich sind. Es hat den Anschein, als ob sich nun auch schon in gewerblichen und industriellen Kreisen starke Unzufriedenheit in dieser Hinsicht bemerkbar machte. Dr. Wilhelm, ein Vorstandsmitglied des Industriellenverbandes, schrieb unlängst: „Es ist an der Zeit, daß auch die Kreditinstitute sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch sie durch die Liberalisierung zum Wettbewerb gezwungen werden.“ Ja, er droht sogar unverhüllt damit, daß man billigeres Geld vom Ausland hereinholen könne, indem er meint: „Niemand kann es dem Kreditwerber verargen, wenn er das Kapital dort nimmt, wo er es zu günstigeren Bedingungen bekommt.“ Sonach droht also langsam ein Bruderzwist im Hause des Kapitals auszubrechen! Uns hat man stets das Gespenst der Inflation vorgeführt, wenn wir ähnliche Forderungen gestellt haben.

Im abgelaufenen Jahr standen nur mehr bescheidene ERP-Mittel zur Verfügung. Nunmehr stehen wir ja völlig auf eigenen Beinen, und dem Vernehmen nach befindet sich das Büro der amerikanischen Wirtschaftsmission in Liquidation und hat seine Tore geschlossen. Der so überaus wirksame, den Aufbau unserer Wirtschaft mächtig fördernden Marshallplan-Hilfe soll bei dieser Gelegenheit dankbarst gedacht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Über die Zollpolitik, die die günstigen Folgen der Liberalisierung paralysieren könnte, wird noch viel zu sagen sein. Auf dem Wege eines den nackten Unternehmerinteressen dienenden Protektionismus werden wir keineswegs folgen. Es verdient übrigens vermerkt zu werden, daß das Sprachrohr der Katholischen Aktion, das „Offene Wort“, zur Senkung einiger Finanzzölle ein mehr als offenes Wort gesprochen hat, wenn es am 9. Oktober dieses Jahres schrieb: „Nichts gegen die ausländischen Autofirmen. Alles aber gegen die, die den ‚kleinen Mann‘ verhöhnen, indem sie ihm, der voll Besorgnis auf die ständig steigenden Lebenshaltungskosten starrt, einreden wollen, das Bundesministerium für Finanzen hätte ausgerechnet für ihn die Autozölle gesenkt.“ Das Blatt verweist dann noch darauf, daß der Staat für die Beamten kein Geld habe, dagegen aber seine Zolleinkünfte sinnlos vermindere, nur um denen entgegenzukommen, die meist ohnehin schon

ein Auto haben, aber ein noch schöneres, kostspieligeres haben wollen. Auf jeden Fall, Hohes Haus, war die Senkung der Autozölle ohne handelspolitische Konzessionen unseres Erachtens ein schwerer Fehler.

Wir werden noch mehr als bisher den protektionistischen Praktiken der Preis- und Kartellpolitik der Handelskammern unser Augenmerk zuwenden müssen und in der Frage der Preissenkungen nicht locker lassen. Wir glauben aus den Wahrnehmungen der jüngsten Zeit schließen zu dürfen, daß sich auf diesem Gebiet manches, vielleicht sogar vieles zur Erleichterung der Lebenslage der arbeitenden Menschen beitragen ließe. Die Hypertrophie des Handels, die Ausschreitungen in den Handelsspannen wirken würgend an unserer Wirtschaft.

Es gibt sonach noch sehr vieles, woran wir Kritik zu üben berechtigt sind, ohne uns am Geiste der Zusammenarbeit zu versündigen. Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, vertreten eben — seien Sie doch ehrlich — ein anderes Klasseninteresse als wir. Das muß betont werden, auch wenn Sie das Wort „Klasse“ nicht gerne hören. *(Abg. Krippner: Nicht kennen!)* Es darf Ihnen das Zeugnis nicht versagt werden, daß Sie den Klassenkampf ausgezeichnet zu führen verstehen, auch wenn Sie das Wort perhorreszieren. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Über den Wirtschaftssektor verstaatlichte Betriebe hat sich der Finanzminister ganz ausgeschwiegen. Dafür erlaube ich mir die seine Ausführungen ergänzende Bemerkung, daß aus dem viel zitierten, viel geschmähten „Reich Waldbrunner“ eine erstrangige wirtschaftliche Bastion Österreichs und zugleich der größte Devisenbringer geworden ist. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Wenn man den Produktionsindex für das Jahr 1949 mit 100 ansetzt, dann betrug er für den Monatsdurchschnitt in den ersten Halbjahren 1950 103, 1951 126, 1952 148, 1953 153 und 1954 165. Hohes Haus! Das sind achtungsgebietende Zahlen, an denen wir nicht — auch nicht der Herr Finanzminister — ohne tiefe Befriedigung und Stolz vorbeisehen sollen, zumal gerade die Belegschaft dieser Großbetriebe den Putschversuchen der KP im Oktober 1950 geradezu den entscheidenden Widerstand entgegensetzte.

Im übrigen freut es mich — das darf ich gleichsam in Parenthese sagen — als Bürgermeister der oberösterreichischen Landeshauptstadt besonders — dafür werden Sie Verständnis haben —, daß laut Äußerungen des Generaldirektors der VÖEST mit der Wahrscheinlichkeit des Anblasens eines vierten Hochofens im kommenden Frühjahr zu rechnen ist.

*(Beifall bei den Sozialisten.)* Die VÖEST erweisen sich trotz der ansteigenden Konkurrenz in der weiten Welt als wetterfest.

Bezüglich der Sozialversicherung hat Herr Minister Dr. Kamitz nur von dem hohen staatlichen Zuschußbedarf gesprochen, nichts von den ihn begründenden Ursachen und nichts von ihren gewaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, volkshygienischen und moralischen Erfolgen; denn sie schützen das hilfsbedürftige Individuum vor Verelendung und sichern so den sozialen Frieden.

Ich darf dem Herrn Finanzminister übrigens in Erinnerung rufen, daß der Zuschußbedarf der Sozialversicherung keine österreichische Spezialität, sondern in fast allen europäischen Ländern eine Tatsache ist und daß außerdem die öffentliche Hand auf der anderen Seite Aufwendungen erspart, die sie bei Fehlen der Sozialversicherung für den Staatsbürger unweigerlich tätigen müßte.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auf die Ausführungen des Herrn Abg. Honner ganz kurz Bezug nehmen. Er hat eine echt volksdemokratische, id est primitiv-demagogische Rede gehalten, auf die näher einzugehen kaum dafürsteht, auch wenn er mir persönlich die Ehre angetan hat, mich zweimal zu apostrophieren. Seine Revue der alten Schlager hat nur die Heiterkeit des Hohen Hauses hervorgerufen, die sie auch redlich verdiente. Wenn er von den Kapitalisten Österreichs verlangt, sie sollten für die Arbeitslosenversicherung aufkommen, so möchte ich ihm — wofern er das nicht wissen sollte — die Tatsache entgegenhalten, daß zum Beispiel der ungarische Staatskapitalismus überhaupt keine Unterstützung an die Arbeitslosen zahlt, obwohl deren Anzahl zugestandenermaßen, wie aus der Presse hervorgeht, groß und deren Notlage katastrophal ist. *(Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten. — Abg. Honner: Das ist eure Erfindung! — Abg. Dr. Pittermann: Das sind eure Arbeitslosen! — Abg. Koplenig: Korej, der Märchenerzähler! — Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Hohes Haus! Mit tiefer Verachtung gehen wir darüber hinweg, daß Abg. Honner die Gesinnungsakrobatik des Professors Dobretsberger mit einem Hinweis auf unseren Victor Adler rechtfertigen wollte. Das ist eine Unverschämtheit, die sich von selbst richtet. *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten. — Zwischenrufe bei der Volksopposition.)*

Die durch die Umstände und die 5 Prozent unserer Bevölkerung leider aufgezwungene Koexistenz mit dieser Partei, mit der KPÖ, wächst sich allerdings zu einer unerträglichen Belastung unserer fünf Sinne aus. *(Heiterkeit. — Abg. Koplenig: Das ist beim Korej nicht schwer!)*

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2079

Hohes Haus! Die Sozialisten sind entschlossen, dieses unser mustergültiges Sozialwerk, von dem ich gerade gesprochen habe, etappenweise auszubauen und mit der Volkspension nach nordischem Muster zu krönen. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Koplenig: Bis zu den nächsten Wahlen ist es noch weit!)* Eine gesunde Familienpolitik, die sich mit den Prinzipien des gerechten Lohnes vereinbaren läßt, findet unsere volle Unterstützung. Den Heimatvertriebenen, der bedauernswerten unglücklichen Diaspora des zweiten Weltkrieges, gilt auch weiterhin unsere Obsorge und unser aufrichtiges Wohlwollen.

Die inaugurierte Einkommen- und Lohnsteuersenkung soll dem Bedürfnis aller arbeitenden Bevölkerungsschichten Rechnung tragen. Wir begrüßen die Steuersenkung. Sie entspricht, sofern sie nach gerechten und gesunden Grundsätzen durchgeführt wird, unserem Programm. *(Abg. Dr. Hofeneder: Seit heuer erst!)* Nur müssen wir und werden wir darauf bestehen, daß sie in erster Linie in fühlbarer Weise jenen zugute kommt, für die die derzeitige Steuerlast am drückendsten ist, die aber ihrer Steuerpflicht am gewissenhaftesten nachkommen. Das sind, was Sie nicht anzweifeln werden, die Arbeiter und Angestellten dieses Landes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben auch bei der Entnivellierungsaktion für die öffentlichen Angestellten mit allem Nachdruck für einen sozialen und gerechten Maßstab gesorgt. Man kann uns hierin, auch wenn man sich noch so beeilen möchte, nicht übertreffen. Das weiß Freund und Feind, wenn diese Antithese, die nicht mißverstanden werden soll, erlaubt ist.

Und nun möchte ich mir noch einige Bemerkungen erlauben, die mit dem Bundesfinanzgesetz in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen. Bei Durchsicht des Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 1953 sind mir die geradezu erschütternd hohen Zahlungsrückstände bei den einzelnen Abgaben aufgefallen. Sie reichen bei der veranschlagten Einkommensteuer an die 50 Prozent heran. *(Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ)* und spielen auch bei der Körperschaft- und Vermögensteuer eine bedenklich große Rolle, dies umsomehr, als die Posten gegenüber dem Vorjahr noch zugenommen haben. Im großen Gegensatz hiezu stehen die mit nur zwei Prozent ausgewiesenen Zahlungsrückstände bei der Lohnsteuer. *(Abg. Dr. Pittermann: Die bleiben ja auch die Unternehmer schuldig und nicht die Arbeiter!)* Unwillkürlich drängt sich hier der bekannte Ausspruch unseres Victor Adler auf: Der ärmste Sohn des Vaterlandes ist auch sein treuester. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als Städtebundvertreter spreche ich den Wunsch aus, daß es auch den österreichischen Gemeinden — für die Länder zu sprechen erachte ich mich nicht berechtigt — endlich einmal vergönnt sein möge, von dem ursprünglich, Herr Finanzminister, zweifellos als „vorübergehend“ bezeichneten Notopfer befreit oder zumindest einer tragbaren Stabilisierung teilhaftig zu werden. Das jährlich wiederkehrende Attentat auf die Finanzen der Gemeinden gehört gewiß nicht zu den sympathischsten Erscheinungsformen unseres Innenlebens.

Zum Kapitel Steuermoral — ich will damit nicht sagen, daß dies etwa ein Sonderkapitel des Bundesvoranschlages wäre, so begrüßenswert es auch als Katechismus für Steuersäumige und Steuerhinterzieher wäre — sei folgende Äußerung gestattet: Wir Sozialisten werden strikt verlangen, Herr Finanzminister, daß in Hinkunft dem Parlament die Kontrolle über die sogenannten Steuernachlässe eingeräumt werden möge. *(Beifall bei der SPÖ)*, damit sich die damit befaßten korrekten Beamten der etwas anrühigen politischen Interventionen von gewisser Seite leichter zu erwehren vermögen. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hofeneder: Auch im Wohnungsamt!)*

Wir werden ferner auch darauf hinarbeiten, daß auch Ahndungen gegen steuerrechtliche Verstöße in die Kompetenz der ordentlichen Gerichte geraten, damit die bisher damit befaßten korrekten Beamten nicht gewissen Weisungen von oben ausgesetzt sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir glauben, damit der Beamtenschaft und dem Staate einen guten Dienst zu erweisen.

Wir vertreten ferner die Ansicht, daß die im Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes für 1955 vorgeschlagene Erweiterung des Schätzwertes von 1 Million Schilling auf 2 Millionen Schilling für Veräußerung oder Belastung von unbeweglichem Bundeseigentum unmittelbar durch das Finanzministerium, also ohne vorherige Einholung der Zustimmung des Parlaments, nicht gutgeheißen werden kann. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Es ist dies eine Einschränkung der Kompetenz der Volksvertretung, die durch nichts gerechtfertigt erscheint, da wir doch jetzt bei stabilen Verhältnissen angelangt sind.

Dieses so überaus begrüßenswerte Faktum der Stabilität nötigt mich, um der historischen Genauigkeit Genüge zu tun und Propaganda-irrtümern vorzubeugen, für die unser Herr Finanzminister selbst bestimmt nicht verantwortlich ist, noch zu einer Feststellung. Der österreichische Schilling war bereits stabilisiert, als Dr. Kamitz im Jänner 1952

in der Himmelpfortgasse Einzug hielt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ein kurzes Kolloquium, Herr Finanzminister, mit Ihrem Vorgänger und mit maßgeblichen Finanzleuten wird genügen, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen und falsche Glorioten zu beseitigen, deren Sie gewiß nicht bedürfen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun noch, Hohes Haus, ein allerletztes Wort zur wirtschaftlichen Situation. Die augenblickliche Konjunkturlage darf uns nicht blind machen gegen bevorstehende, zum Teil leider stark saisonbedingte Schwierigkeiten und kommende Gefahren. Ein plötzlicher Einbruch des Winterwetters soll uns nicht auf den Vorjahresstand hochanschwellender Arbeitslosigkeit zurückwerfen. Im Bewußtsein ihrer Aufgabe haben der Österreichische Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammertag eben jetzt der Regierung ein Memorandum überreicht, in dem rascheste budgetäre Maßnahmen gefordert werden. Die öffentlichen Aufträge sollen planmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden, um eine tunlichst weitgehende Kontinuität der Beschäftigungshöhe zu sichern, großen Schwankungen vorzubeugen und soziale Not und Unrast zu vermeiden. Bei gutem Willen werden auch wir, so wie dies in anderen Ländern schon der Fall ist, den richtigen Weg und die notwendige Methode hierfür finden. Das Trägheitsprinzip führt uns allzu gerne ausgetretene Pfade. Man muß den Mut haben, bisweilen neue Wege zu gehen. Raffen wir uns dazu gemeinsam auf!

Und weil ich vom Mut zu neuen Wegen spreche, möchte ich an die gesamte Bundesregierung die Bitte richten, der österreichischen Bevölkerung und ihrem Parlament zum zehnten Jahrestag der Republik das oft und lang verheißene Geschenk der oft und lang begehrten, dringendst notwendigen Verwaltungsreform oder wenigstens sichtbare und fühlbare Ansätze hiezu zu präsentieren. (*Beifall bei SPÖ und WdU.*)

Und an den neuen Herrn Unterrichtsminister des Herrn Bundeskanzlers (*Heiterkeit bei der SPÖ*) knüpfen wir die mehr als bescheidene Hoffnung, daß es ihm in absehbarer Zeit gelingen möge, dem Haus ein Gesetzeswerk vorzulegen, das dem Zustand ein Ende setzt, daß unser Schulwesen praeter legem verwaltet wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) Auch eine grundlegende Modernisierung unseres gesamten Schulwesens ist ein unaufschiebbares Gebot der Zeit. Auch das wäre ein sehr passendes Jubelgeschenk.

Nun, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus, erlauben Sie mir, abschließend zu sagen: Die Stabilisierung der österreichischen

Verhältnisse war ein hervorragendes Teamwork, wobei das Team das gesamte opferbereite österreichische Volk war. Und ich darf diese meine Betrachtungen nicht abschließen, ohne hiebei noch einmal der klugen und gleichfalls opferbereiten Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, genannt Koalition, zu gedenken. Die Teilnahme der Sozialistischen Partei Österreichs an der Regierung in der Zweiten Republik hat das gutgemacht, was ihr Hinauswurf aus der Regierung in der Ersten Republik verbrochen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Geschichte wird es uns allen danken, und kommende Generationen werden es, wenn sie in ihr richtig zu lesen verstehen werden, gerecht und dankbar würdigen.

Weil das vorgelegte Budget, Hohes Haus, weitgehend Geist von unserem Geiste und das Volk, dem es dienen soll, Fleisch von unserem Fleische ist, betrachten wir es als Pflicht und Verantwortung, dafür zu stimmen. (*Starker anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Böhm (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Kraus zum Wort.

Abg. Dr. Kraus: Hohes Haus! Der Finanzminister hat seine Budgetrede ganz unter den Aspekt der günstigen Wirtschaftsentwicklung gestellt. Wir sind mit ihm einer Meinung, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung auf zwei Ursachen zurückgeht: erstens auf die auf dem Weltmarkt eingetretene Konjunktur, die natürlich auch auf Österreich zurückgewirkt hat, und zweitens auf die neue Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche doch einige der schlimmsten Auswirkungen des vorhergehenden Systems beseitigen konnte.

Wir freuen uns, in diesem Zusammenhang feststellen zu können, daß die ständig wiederholten Forderungen auf Beendigung der Lohn- und Preisabkommen, auf die Beseitigung der gesetzlichen Behinderungen des Außenhandels und auf die Milderung des leistungshemmenden Steuersystems, die wir seit 1949 immer wieder vorgebracht haben, sich nun auch in der Regierung durchsetzen konnten. Es ist ohne allen Zweifel ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Wir begrüßen diesen Fortschritt genau so wie die Regierungsparteien. Ich bin jedoch mit meinem Vorredner einer Meinung, daß es ganz falsch wäre, wenn man den derzeitigen Zustand schon als die Lösung unseres wirtschaftlichen Lebensproblems betrachten und übersehen würde, was alles noch zu einer echten wirtschaftlichen Konjunktur fehlt.

Einen Vorteil hat die Belebung der Bauwirtschaft und der anderen Wirtschaftssparten zunächst nur für diejenigen gebracht, die

vorher arbeitslos waren und nun Beschäftigung gefunden haben. Doch die breite Masse der übrigen hat damit noch keine Erhöhung ihrer Kaufkraft oder eine sonstige Besserstellung erfahren. Eine echte Konjunktur müßte sich aber auf das ganze Volk und die gesamte Volkswirtschaft auswirken.

Ich möchte daher vor allem zwei Dinge vorbringen, auf die sich nun die ganze Aufmerksamkeit der kommenden Wirtschaftspolitik konzentrieren müßte. Das eine ist die Preisentwicklung und das andere die nominelle Einkommenshöhe derjenigen, deren Einkommen bisher noch weit zurückgeblieben sind.

Die Preisentwicklung ist trotz der Konjunktur ausgesprochen ungünstig. Österreich ist das einzige Land Europas, das in dieser Weltmarktkonjunktur keine fallende, sondern eine steigende Tendenz zeigt. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns die Berechnungen des Lebenshaltungskostenindex vom Wirtschaftsforschungsinstitut als gar nicht verläßlich scheinen. Erstens sind sie auf die Verbrauchsgewohnheiten der Ersten Republik aufgebaut, die den heutigen Verbrauchsgewohnheiten gegenüber wesentliche Verschiedenheiten aufweisen, und zweitens stehen sie auch in einem gewissen Widerspruch zu anderen Berechnungen, zum Beispiel zu Berechnungen des Auslandes. So stellt der Londoner „Economist“ fest, daß der Index der Großhandelspreise in Österreich seit März um 8 Prozent gestiegen sei, während bei uns immer nur von 4 oder 4½ Prozent gesprochen wird.

Daneben ist zu berücksichtigen, daß doch, wie letzthin festgestellt wurde, der Produktivitätsgrad der österreichischen Industrie wesentlich zugenommen hat. Man spricht von 17 Prozent. Das wäre ja die erforderliche Voraussetzung für die dringend benötigten Preissenkungen. Man scheint aber nur daran interessiert zu sein, sich durch Kartelle und Preisabsprachen höhere Gewinne zu verschaffen und den natürlichen Auswirkungen einer Hochkonjunktur entgegenzuwirken und nicht die Preise zu senken. Hier muß nun in Zukunft wirklich Wandel geschaffen werden. Gerade in einer solchen Situation ist es dringend geboten, die ganze Wirtschaftspolitik auf eine gesunde und natürliche Preissenkung abzustellen, sonst darf man sich nicht wundern, wenn dann Lohnforderungen kommen.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut selbst stellt in seinem Bericht fest, daß die Preise seit dem vergangenen Jahr um 4,4 Prozent höher geworden sind, während die Lohnnachziehungen nur 1,5 Prozent betragen. Es wird nicht genügen, den Wirtschaftskreisen gut zuzureden und den Grundsatz „höhere Umsätze

und kleinere Gewinne“ für das Einzelstück nur platonisch zu vertreten, man wird da auch schon zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen greifen müssen.

Eine davon ist die Bekämpfung der Preisabsprachen, Kartelle und Monopole, worin nach unserer Meinung noch viel zuwenig getan wurde. Wir haben uns sehr gewundert, als wir kürzlich auf eine unserer Anfragen vom Herrn Bundeskanzler die Antwort erhielten, daß die derzeitigen Bestimmungen nach der Ansicht der Bundesregierung völlig ausreichen, um einen Mißbrauch des Kartellwesens zu verhindern. Ich möchte da schon den zweiten Koalitionspartner fragen, ob er derselben Meinung ist, denn ich erinnere mich an so manche Kritiken des Abg. Dr. Migsch, der immer davon sprach, daß die österreichischen Unternehmer im Faulbett der Kartelle liegen.

Das zweite ist die Liberalisierung, die nach unserer Auffassung noch lange nicht ausreicht, um den notwendigen Preisdruck im Inlande herbeizuführen; denn was bisher zugestanden wurde, ist durch Zollerhöhungen wieder wettgemacht worden. Es wird jetzt ein neuer Zolltarif ausgearbeitet — er soll in Januar fertiggestellt sein —, ich fürchte nur, daß die Zollsätze, die dann herauskommen werden, in diesem Zeitpunkt schon wieder überholt sein werden, das heißt, sich im Sinne einer fortschrittlichen Preispolitik als zu hoch herausstellen werden.

In der westdeutschen Bundesrepublik werden gerade jetzt von der Gewerkschaft und der Industrie neue Zolltarife ausgearbeitet, die bei einem Drittel aller Zollpositionen eine Senkung um durchschnittlich 26 Prozent herbeiführen, denn man ist sich dort bewußt geworden, daß auch das freie Unternehmertum in der Treibhausluft eines durch hohe Zölle geschützten Marktes nicht richtig gedeihen kann. (*Zustimmung bei der WdU.*) Was wir brauchen, ist eine verstärkte Liberalisierung und eine echte Liberalisierung.

Die heutige Liberalisierung betrifft nur die OEEC-Staaten, während die Einfuhren aus dem Dollarraum nach wie vor einer recht bürokratisch gehandhabten Genehmigungspflicht unterliegen. Der geringe Liberalisierungsgrad ist auch der wesentliche Grund für die auffallend geringe Zunahme der Einfuhren gegenüber den starken Ausfuhrsteigerungen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die Hochkonjunktur im Bauwesen und in der übrigen Investitionsgüterindustrie auch selbst eine preistreibende Wirkung ausübt. Nehmen wir an, daß das zusätzliche Bauvolumen 5 Milliarden Schilling beträgt, dann werden die neu eingestellten Arbeiter mit ihrer zusätzlichen Kaufkraft

von etwa 4 Milliarden Schilling auf dem Inlandsmarkt auftreten und Konsumgüter verlangen, ohne daß die Konsumgütererzeugung entsprechend schnell nachkommen kann. Zu dieser Frage hat der Herr Finanzminister seine eigene Theorie von der Notwendigkeit einer gleichstarken Förderung der konsumnahen Produktion selber aufgegeben. Ich freue mich aber jedenfalls, feststellen zu können, daß der Finanzminister die Forderung nach dauerhaften Arbeitsplätzen, die wir immer wieder und besonders im heurigen Frühjahr bei der Erstellung der Investitionsvorhaben vorgebracht haben, nun auch besonders betont. Er hat nur nicht gesagt, wie er sich die Ausweitung der Produktionskapazität in dieser Hinsicht vorstellt. Wir wären ihm jedenfalls sehr dankbar, wenn er uns einmal ein diesbezügliches klares Programm vorlegen würde.

Eine Chance, auf die wir schon seit Jahren immer wieder hingewiesen haben, ist jedenfalls schon weitgehend versäumt worden, das ist der Einsatz der Heimatvertriebenen zur Aufnahme von neuen Produktionen, die ohnedies auf dem westeuropäischen Markt ausgefallen sind und daher ihren gesicherten Absatz finden würden.

Zur Frage der Preisentwicklung möchte ich noch auf die Erklärung des Finanzministers eingehen. Er sagt, daß die erste Senkung der Lohn- und Einkommensteuer schon zu einer entsprechenden Hebung der Kaufkraft geführt hat. Das ist jedenfalls für den heutigen Zeitpunkt nicht mehr richtig, denn der ganze Vorteil ist schon damals durch die Tarifierhöhungen bei Post und Eisenbahn, die Tabakpreis-Erhöhungen und später auch durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge aufgehoben worden. Wenn der Herr Finanzminister eine wirkliche Kaufkraftsteigerung und einen besseren Leistungsanreiz schaffen will, dann muß er schon größere Steuer-senkungen vornehmen; auch die jetzt angekündigte ist nur ein ganz kleiner Schritt auf das Ziel hin, das er selber als so wichtig bezeichnet.

Die vornehmste Aufgabe der kommenden Wirtschaftspolitik wird es sein, die Vorteile der derzeitigen Konjunktur auf das ganze Volk auszudehnen. Dazu gehört neben der Umkehr der Preisentwicklung die Notwendigkeit, für einige besonders benachteiligte Gruppen das Nominaleinkommen zu erhöhen. Dazu gehören vor allem diejenigen Rentner, die bei der letzten Erhöhung nicht zum Zug gekommen sind und in der niedrigsten Einkommensstufe Österreichs sind, das heißt jene Leute, die weniger als 500 S im Monat erhalten. Erst wenn man diese Viertelmillion Menschen zu vollwertigen Konsumenten ge-

macht und instandgesetzt hat, etwas mehr als Brot und Milch zu kaufen, kann man von einer Binnenkonjunktur sprechen. Wir verstehen daher nicht den Widerstand gegen die Gewährung der 150 Millionen Schilling, das sind nicht einmal 1 Prozent des Budgets, die diesen Rentnern eine erste spürbare Aufbesserung gegeben hätte. Neben den Rentnern gibt es aber noch andere Gruppen, die innerhalb einer Konjunkturentwicklung besser zum Zug kommen müßten. Das sind zum Beispiel die Kleingewerbetreibenden, von denen der Finanzminister selbst berichtet, daß sie in zunehmendem Maße ihre Betriebe aufgeben und in ein Dienstverhältnis treten, dann die Bergbauern, die alle Arbeit allein leisten müssen und keine Rentabilität mehr finden, und schließlich die große Gruppe der sogenannten Intelligenzberufe.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Kapitel des Budgets zu sprechen kommen, das der Herr Finanzminister besonders hervorgehoben hat. Es ist das das Kulturbudget. Die 28 neuen Lehrkanzeln sind zweifellos ein Fortschritt, trotzdem stehen wir ja doch wieder vor der Tatsache, daß das neue Kulturbudget keineswegs ausreicht, um die ins Ausland gegangenen Universitätsprofessoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Kapazitäten zurückzuholen, Assistenten und Dozenten vor einem unwürdigen Hungerdasein zu bewahren oder den Künstlern, denen die früheren Mäzene fehlen, so viele Aufträge zukommen zu lassen, daß sich wieder ein echtes Kunstleben in Österreich entfalten kann. Die 150 Millionen zusätzlicher Zuwendungen machen nicht einmal ein ganzes Prozent der Budgetsumme aus und betreffen ja zum großen Teil Ausgaben, die ohnehin, wie zum Beispiel wegen der Erhöhung der Schülerzahl, hätten gemacht werden müssen. Wenn Österreich wirklich ein Kulturstaat werden soll, dann muß schon ein ganz anderes Kulturbudget erstellt werden. (*Beifall bei der WdU.*) Die siebeneinhalb Promille des Gesamtbudgets tun es wahrhaftig nicht. Ich weiß nicht, was sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen gedacht haben, die im Vorjahr für die bewußte Resolution gestimmt haben. Wir haben uns jedenfalls etwas ganz anderes vorgestellt und betrachten den Wunsch des Parlaments durch diese Zuwendungen noch keinesfalls als erfüllt.

Eine ähnliche Enttäuschung hat uns der Herr Finanzminister in der Frage der Besatzungsschäden bereitet. Er erklärte, er könne für diese Aufwendungen keine Mittel reservieren, da die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht geschaffen sind. Ich möchte aber doch daran erinnern, daß im vergangenen

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2583

Jahr ebenfalls für später beschlossene Gesetze, die erst im Jänner in das Haus kamen, Reservierungen gemacht worden sind und daß das Besetzungsschädengesetz nun doch schon seit Jahren behandelt wird und ein Entwurf nach dem andern vorgelegt wurde. Die wirklich schwer betroffenen Besetzungsgeschädigten haben sich wegen des neuesten, allerdings verbesserten Gesetzentwurfes schon die größten Hoffnungen gemacht, und nun heißt es einfach, weil das Gesetz noch nicht beschlossen ist, können im Budget noch keine Aufwendungen berücksichtigt werden. Man wird dann wieder bei jeder Initiative für diese Sache die berechtigten Forderungen mit der Erklärung abtun: Ja, machen Sie einen entsprechenden Bedeckungsvorschlag! So geht das nun wirklich nicht. Wenn sich auch der Herr Finanzminister für die Zeit nach dem Budget jede weitere Anforderung verboten hat, in dieser Frage muß er auf jeden Fall eine Ausnahme machen, sonst hätte man nicht so konkrete Vorschläge und Gesetzentwürfe machen dürfen, wie sie eben erst vorgelegt wurden.

Über eine andere Gruppe von Kriegsgeschädigten, nämlich die Bombengeschädigten, hat der Herr Finanzminister überhaupt kein Wort verloren. Mit dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds allein ist es nicht getan, es bestehen noch große Erfordernisse für die Hausratshilfe, und man kann noch nicht absehen, wann und wie diese endlich befriedigt werden sollen.

Ebenso hat es uns enttäuscht, daß über die Heimatvertriebenen kein einziges Wort verloren wurde. In Westdeutschland hat man ein eigenes Vertriebenen-Ministerium errichtet. Wir in Österreich haben zwar nur 400.000 Flüchtlinge, aber auch für diese müßte ein sozialer Staat, der sich entschlossen hat, sie einzugliedern, in seinem Budget entsprechend vorsorgen. Wir denken dabei vor allem an staatsverbürgte Kredite zur Selbständigmachung, insbesondere für jene, die mit ihren wertvollen Erfahrungen unsere Wirtschaft wesentlich bereichern könnten, eine Maßnahme, mit der man in der westdeutschen Bundesrepublik die besten Erfahrungen gemacht hat. Wir denken an die Ansiedlung jener Heimatvertriebenen, die Bauern bleiben möchten, und an die vielen anderen kleinen Hilfen, für die ein klares Forderungsprogramm vorliegt. Diese Unterlassung des Finanzministeriums in seiner Budgetrede erinnert uns an die traurige Tatsache, daß zum großen Volksdeuschentag in Linz kein einziger Vertreter der Bundesregierung erschienen ist.

Ein anderes Problem, das bei jeder Budgetdebatte zu Kritik Anlaß gibt — und zwar, wie mein Vorredner gezeigt hat, nicht nur von

unserer Seite her —, ist die Frage der Verwaltungsreform. Der Finanzminister weist darauf hin, daß durch eine bessere Organisation zweifellos viele Arbeitskräfte eingespart werden könnten. Das ist aber nicht alles. Nach unserer Meinung müßte die Verwaltungsreform vor allem mit einer Vereinfachung der Gesetze eingeleitet werden. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Gesetzen anführen, die überhaupt schon längst beseitigt sein könnten. So gibt es zum Beispiel allein für die Durchführung der NS-Gesetze immer noch eine Unmenge von Ämtern, angefangen von den Registrierungsstellen bis zur Verwaltung der verfallenen Vermögen, die einige tausend Staatsbedienstete beschäftigen. Andererseits ist der Personalaufwand auch immer noch dadurch belastet, daß Beamte mit den besten Fachkenntnissen aus politischen Gründen vorzeitig pensioniert wurden, während an ihrer Stelle nun ein anderer, manchmal sogar zwei andere sitzen, sodaß man oft doppelt oder dreimal so viel zahlen muß, als wenn diese Enthebungen nicht durchgeführt worden wären. Unsere ständige Forderung lautet daher, daß auf die jeweils freiwerdenden Stellen wieder die eingearbeiteten Fachkräfte eingesetzt werden, die damals enthoben wurden, wodurch man sich zumindest deren Pensionen ersparen würde.

Wir verstehen natürlich unter Verwaltungsreform nicht, daß die entbehrlichen Staatsbediensteten einfach gekündigt und auf die Straße gesetzt oder pensioniert werden, sondern daß sie in die produktive Wirtschaft übergeführt werden. Wenn man früher auf unsere Forderungen eingewendet hat, daß solche Stellen in der Privatwirtschaft nicht zur Verfügung stünden, so ist doch jetzt bei der vielgerühmten Hochkonjunktur zweifellos die Möglichkeit dazu gegeben, zumindest bei denjenigen, welche ohnedies für den Staatsdienst nicht die nötigen Fachkenntnisse mitbringen, die damals in dem großen Ruck des Jahres 1945 hineingekommen sind und viel zweckmäßiger in der Privatwirtschaft eingesetzt würden. Hier müßte eine Konjunkturperiode auf jeden Fall ausgenützt werden.

Ein anderes Problem, für das wir die Konjunkturperiode nutzen müßten, ist die Facharbeiterfrage. Heute gibt es 60.000 Österreicher, die in Deutschland arbeiten, und 40.000 arbeiten in der Schweiz. Es sind zum großen Teil Facharbeiter, die in den vergangenen Jahren dort eine bessere Bezahlung gefunden haben als bei uns. Jetzt wäre die Gelegenheit gegeben, wenigstens einen Teil davon wieder zurückzugewinnen. Das allein wird aber nicht genügen. Eine wichtige Aufgabe, für die wir bisher viel zu geringe Anstrengungen gemacht

haben, ist die Ausbildung von Fachkräften. Nur der Staat, der die besten Facharbeiter hat, kann wirklich emporkommen.

Das alles sind Probleme, auf die man gerade heute, im Augenblick der ersten wirtschaftlichen Erholung, hinweisen muß. Denn man kann oft den Eindruck gewinnen, als ob sich die Regierung auf den Lorbeeren der derzeitigen Wirtschaftsbelebung ausruhen möchte. Wir sind der Meinung, daß Österreich damit erst einen ersten Schritt zur Wirtschaftsgesundung getan hat, daß es aber gerade jetzt darauf ankommt, soliden Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Noch immer fehlt ein wesentlicher Teil der angekündigten Kapitalmarktgesetze, und zwar fehlen vor allem diejenigen, welche unsere Kreditinstitute in die Lage versetzen würden, vom kurzfristigen Kredit auf den langfristigen überzugehen. Noch immer zeigen die Bundesbahnen ein ungeheures Defizit, und noch immer ist unsere Ausfuhr zu zwei Dritteln ein Export von Halbfabrikaten und Rohstoffen. Man darf sich durch die optischen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt allein nicht täuschen lassen. Wenn man kurz vor der Wahl alle verfügbaren privaten und staatlichen Gelder allein auf dem Bausektor einsetzt, so kann man damit wohl eine vorübergehende Belebung des Arbeitsmarktes, aber noch keine wirklich ausgeglichene Wirtschaftsstruktur schaffen. Man hat ja noch nicht einmal jetzt, Ende Oktober, die Verhandlungen über die Maßnahmen gegen die Winterarbeitslosigkeit aufgenommen.

Sowohl was diese Frage als auch die berühmten Kapitalmarktgesetze betrifft, überall sehen wir, daß die Dinge deshalb nicht vorwärts gehen, weil große Divergenzen zwischen den Koalitionsparteien bestehen und weil diese Regierung wohl für irgendwelche Augenblickslösungen, aber nicht für den grundsätzlichen Aufbau einer gesunden Leistungswirtschaft zu haben ist.

Sowohl aus diesen Gründen wie auch aus der grundsätzlichen Ablehnung der Regierungspolitik können wir dem Budget unsere Zustimmung nicht geben. (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

**Präsident Böhm:** Als nächster Redner kommt der Herr Abg. Prinke zum Wort.

**Abg. Prinke:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat dem Hohen Hause nun frist- und termingerecht mit Zustimmung des Ministerrates den Entwurf zum Staatsvoranschlag für 1955 vorgelegt. Dies allein ist schon ein großer Erfolg, besonders dann, wenn wir uns an die gleiche Zeit vor zwei Jahren erinnern, als die

Differenzen über die Grundsätze im Staatshaushalt zwischen den Regierungsparteien zu einer Krise und im späteren Verlauf zu Neuwahlen führten.

Heute sind auch erst wenige Tage verflossen, seit in vier Bundesländern mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung zu den Urnen ging, um ihren Landtag zu wählen. Der Ausgang dieser Wahlen ist zweifellos dafür mitentscheidend, daß wir heute und in den folgenden Wochen mit Ruhe, gebührender Sachlichkeit und Verantwortungsbewußtsein die Ziffern der Haushaltgebarung für das nächste Jahr prüfen können.

Bevor wir aber an diese ernste Arbeit gehen, sind sicherlich einige ergänzende Feststellungen notwendig. Die jährlichen Beratungen über das Budget gehen ja ihrem Sinne nach über die rein wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung weit hinaus und geben den Parteien am Ende eines jeden Jahres Gelegenheit zu einem Rückblick auf die geleistete Arbeit und zu einer Vorschau auf die noch zu lösenden Probleme.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Einbegleitungsrede zum Budget den wohl positivsten Leistungsbericht über die wirtschaftliche Lage vorgelegt, den sowohl in der Ersten als auch in der Zweiten Republik jemals ein Finanzminister der Volksvertretung überhaupt erstatten konnte. Ersparen Sie mir es, alle Ziffern anzuführen, die unbestechliche Beweise für die ständige, ja im einzelnen sogar stürmische Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft sind, und erlauben Sie mir, namens meiner Partei in der Hauptsache von den Grundsätzen der Politik der Österreichischen Volkspartei zu sprechen, die, seit 1945 mit der Hauptverantwortung im Staate betraut, so eindeutige Erfolge für sich buchen konnte.

Seit dem Tage, als eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung am 25. November 1945 der Volkspartei das Vertrauen aussprach, sind fast genau neun Jahre vergangen. Wir standen damals vor einem ideellen, einem finanziellen, einem wirtschaftlichen und einem politischen Trümmerhaufen, wie er in der Geschichte unseres Volkes noch nie festzustellen war. Wer von uns, meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause, hätte damals im Jahre Null der Zweiten Republik überhaupt geglaubt, daß nur ein paar Jahre vergehen werden, bis alle Schwierigkeiten beseitigt sind und unser Volk wieder auf einen so hohen Lebensstandard verweisen kann, wie er weder vor 1938, noch weniger aber vor 1945 bestand!

Wir wollen ehrlicherweise feststellen, daß diese Erfolge nur möglich waren, weil die beiden großen Parteien besonders nach 1945 das Trennende zurückgestellt und das Gemeinsame betont haben und es so zu einer konstruktiven Zusammenballung aller gutwilligen Kräfte kommen konnte. Dies gilt für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, wenn wir auch objektiverweise zugeben müssen, daß die wirtschaftliche Führung eindeutig bei der Österreichischen Volkspartei lag und es vieler Überredungskunst bedurfte, um den Koalitionspartner von unserer Auffassung wirtschaftlicher Grundsätze zu überzeugen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Dies soll kein Vorwurf, sondern lediglich eine Erinnerung sein, denn die Ideologie der Sozialistischen Partei liebt nun einmal den starren Schematismus im Wirtschaftsleben mehr als die freie Entwicklung und das freie Spiel der Kräfte, den Einsatz der Persönlichkeit und die individuelle, von behördlicher Lenkung unbehinderte initiative Entfaltungskraft. Wir wollen uns hier nur zum Beweis für das Gesagte etwa an die innerparteilichen Kämpfe um den schrittweisen Abbau der Bewirtschaftungseinrichtungen erinnern und unseren zähen Kampf um die Durchsetzung freiwirtschaftlicher Prinzipien unter Bedachtnahme auf die sozialen Notwendigkeiten unserer Zeit anführen.

Im Zuge der fortschreitenden Konsolidierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse trat und tritt — von außen gesehen — eine immer deutlicher fühlbar werdende Spannung zwischen den beiden Regierungsparteien ein. Jetzt, wo sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Voraussetzungen für bessere Lebensbedingungen geschaffen sind, könnte man sich doch mehr der bisherigen Erfolge freuen, anstatt den politischen Gegner, der aber gleichzeitig Partner in der Regierung ist, im Ansehen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Dieser Grundsatz sollte ganz besonders in Zeiten des Wahlkampfes seine Geltung haben. Ist es absolut notwendig, daß man, um die Stimmen der Wähler zu erringen, eine Lizitationspolitik, verbunden mit der Herabsetzung des Ansehens der anderen Koalitionspartei, betreibt? Sind die Leistungen der Koalition nicht so groß, daß das Hervorheben des Positiven allein genügen würde, um eine Anziehungskraft auf die Wähler auszuüben?

Nicht um anzuklagen, sondern um die Dinge richtig aufzuzeigen, soll nur darauf verwiesen werden, daß gerade der Finanzminister, der uns vorgestern einen erfreulichen Bericht über die günstige wirtschaftliche Lage erstattete, vielfach das Ziel gehässiger Angriffe war.

Als vor rund zwei Jahren die Vertretung der Österreichischen Volkspartei in der Bundesregierung daranging, die Voraussetzungen für eine stabile und ausgeglichene Wirtschaft zu schaffen, wurde von der gegnerischen Propaganda kein gutes Haar an ihr gelassen. Der „Rentenklaue“ wurde geboren und den hunderttausenden alten Leuten mit der Drohung Angst eingebläut, ein Wahlsieg der Volkspartei würde mit einer empfindlichen Kürzung ihrer Renten gleichbedeutend sein. Die Österreichische Volkspartei wurde als eine im Solde der Unternehmer stehende Partei bezeichnet, die ihre vornehmste Aufgabe nur darin sieht, den Arbeitern und Angestellten die wohlverdienten Anteile am Sozialprodukt vorzuenthalten. Der schwarze Rabe mit der umgehängten Arbeitslosenkarte sollte den Arbeitern und Angestellten Furcht vor der drohenden Arbeitslosigkeit einflößen, wenn die Österreichische Volkspartei zur stärksten Partei im Lande würde.

Heuer im Februar, als infolge des abnormal kalten Winters und, zugegeben, als Folge der im vollen Fluß befindlichen Umstellung der Grundsätze unserer Investitionspolitik eine vorübergehende, aber sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, feierte dieser schwarze Rabe fröhliche Urständ. Kurz nach der Verlautbarung der Arbeitslosenziffer mit Stand Ende Jänner 1954 durch das Sozialministerium veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ eine Reproduktion dieses Plakates im Wahlkampf 1953 und setzte als Überschrift die Worte: „Die Sozialisten haben gewarnt“. Obwohl die Sozialistische Partei gleich stark mit der Verantwortung belastet ist, wird doch versucht, in unfairer Weise die Volkspartei für diese vorübergehenden negativen Erscheinungen verantwortlich zu machen.

Einen Monat nach diesem unehrlichen Warnungsplakat der Sozialistischen Partei, nämlich Ende März dieses Jahres, fiel die Arbeitslosenziffer von 305.000 auf 241.000 und stieg die Zahl der Beschäftigten von 1.800.000 auf 1.870.000. Im April betrug die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen nur mehr 179.354, im Mai 142.481, im Juni 120.527, im Juli 109.874; sie sank weiter im August auf 98.502 und betrug Ende September nur mehr 91.792. Der Rabe mit der Arbeitslosenkarte ist fortgeflogen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kysela: Hoffentlich kommt er nicht wieder!*)

Ausgelöst aber durch eine Arbeit der sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft ist in den letzten Tagen eine Diskussion in der Öffentlichkeit darüber entstanden, ob diese

Arbeitslosenzahl als eine echte oder unechte anzusehen ist. Das vom genannten Institut ausgearbeitete Exposé enthält viele richtige Hinweise, wobei keineswegs übersehen werden darf, daß auch manche Fehlerquellen darin enthalten sind. Es wird Aufgabe des zuständigen Ministeriums, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, sein, die statistischen Angaben dieser wissenschaftlichen Arbeit zu überprüfen und der Öffentlichkeit den tatsächlichen Stand der wirklichen Arbeitslosigkeit bekanntzugeben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich habe schon im Vorjahr bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahl in Österreich auf verschiedene Mängel bei der Zählung der Arbeitslosen aufmerksam gemacht. Bisher hat das Sozialministerium jedoch unsere Meinung, daß Fehlerquellen bei der Erstellung der Ziffern der Arbeitslosen vorhanden sind, nicht entkräften können. Ich muß also mein Ersuchen vom Vorjahr wiederholen und fordere daher den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung auf, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit endlich über den genauen Stand der Arbeitslosen aufgeklärt wird. (*Ruf bei der ÖVP: Höchste Zeit!*)

Die Zahl der Beschäftigten Ende September dieses Jahres wird mit 2,062.129 als ein in den letzten dreißig Jahren noch nie dagewesener Rekord angegeben. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser gigantischen Aufwärtsentwicklung während dieses Jahres sind überall spürbar. Die Verkehrsmittel in unseren Städten und Industriezentren sind mit Menschen überfüllt. Die Post muß über 600 neue Briefträger einstellen, für deren Bezahlung in dem uns vorliegenden Gesetzesentwurf bereits Vorsorge getroffen ist. Die Post muß aber weiter ab nächstem Jahr einen täglich zweimaligen Zustelldienst einrichten, der besonders von der Wirtschaft als unumgänglich notwendig angesehen wird, weil sich der Geschäftsumfang gewaltig vergrößert hat. Alles das sind nicht zu übersehende Anzeichen einer — wie der Herr Finanzminister richtig sagte — wirtschaftlichen Hochkonjunktur nie dagewesenen Ausmaßes.

In dieser Situation wurden nun am 17. Oktober Landtagswahlen durchgeführt. Von ihrem Ausgang erwarteten sich viele eine Schwächung der Österreichischen Volkspartei, die Veranlassung für Neuwahlen des österreichischen Nationalrates geboten hätte. Auch bei diesen Wahlen gab es zahllose Beispiele unfairer Wahlpropaganda. Der „Rentenklau“ mußte wieder herhalten, der Arbeiter- und Angestelltenbund zum Beispiel wurde von der gegnerischen Propaganda zu einem Anhängsel der Unternehmer gestempelt,

und wir wurden als eine politische Partei bezeichnet, die den Sorgen des kleinen Mannes verständnislos gegenübersteht.

Trotz aller dieser Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen hat die österreichische Bevölkerung bei der Wahl zu den einzelnen Landtagen ein positives Bekenntnis zur Österreichischen Volkspartei abgelegt. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Man sieht also: Lügen haben kurze Beine! Denn das österreichische Volk weiß genau, wie es wirklich war.

Gerade im zu Ende gehenden Jahr hat die Volkspartei durch eine Reihe von Initiativanträgen im Parlament wohl den überzeugendsten Beweis ihrer sozialen Gesinnung geliefert. Es sei hier zunächst auf unseren Antrag vom 10. März 1954 verwiesen, mit dem wir im Rahmen einer Novelle zum Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz Vorschläge für eine konstruktive Wohnbauförderungspolitik und für eine Vergrößerung des finanziellen Volumens des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemacht haben. (*Abg. Frühwirth: Aus einem Saulus ist ein Paulus geworden!*) Kurz danach, Herr Kollege Frühwirth, nämlich am 14. Mai 1954, also zwei Monate später, legte die Sozialistische Partei den Entwurf zu einem sogenannten Wohnbaubeitragsgesetz vor, dem im wesentlichen gleiche Grundsätze eigen waren wie dem ÖVP-Vorschlag. (*Abg. Dr. Hofeneder: Verspätet!*) Das schließlich zustandegekommene Wohnbauförderungsgesetz stellt — obwohl die Priorität der Österreichischen Volkspartei gegeben war — einen Kompromiß zwischen den Anträgen beider Parteien dar. Die Novelle zum Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz aber mit der Erhöhung der Vorfinanzierung von bisher 200 auf 400 Millionen Schilling und die Auflegung einer Anleihe zur Behebung der Teilschäden in der Gesamthöhe von 800 Millionen Schilling bedeuten eindeutige Erfolge volksparteilichen Gedankengutes. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Die segensreichen Auswirkungen dieser Maßnahmen spüren wir allenthalben. Facharbeiter, Arbeiter und Hilfsarbeiter des Bau- und Baunebengewerbes sind heute bereits schwer erhältlich. Die Wiederaufbautätigkeit am zerstörten Wohnraum hat durch diese unsere Maßnahmen ein bisher niemals verzeichnetes Volumen erreicht.

Am 1. Mai machte der Herr Finanzminister erstmalig Mitteilung über ein langfristiges Investitionsprogramm des Bundes mit einem finanziellen Gesamterfordernis von über 10 Milliarden Schilling. Die für 1955 vorgesehenen Arbeiten im Rahmen dieses Investitionsprogramms liegen im außerordentlichen Haushaltsvoranschlag bereits vor. Das

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2087

Programm beinhaltet auch die Realisierung eines Projektes über die Autobahn, dessen Zweckmäßigkeit ebenfalls von der Sozialistischen Partei bestritten wurde. Daneben wird die Post 238 Millionen Schilling für den Ausbau des Post- und Telegraphennetzes, des Rundfunk- und Fernmeldewesens erhalten. Für die Elektrifizierung der Bundesbahnen sind 380 Millionen Schilling, für den Wiederaufbau und Neubau der Bahnhöfe 80 Millionen, für bauliche Anlagen 31 Millionen, für Streckenverbesserungen 88 Millionen und für die Erneuerung und Modernisierung des Fahrparkes der Bundesbahnen 105 Millionen Schilling vorgesehen, sodaß allein im Bereich der Post und Bahn 922 Millionen guter stabilierteter Schillinge zum Einsatz gelangen werden.

Meine Damen und Herren! Daß aber ein solcher Voranschlag beziehungsweise ein solches durch zehn Jahre hindurch wirksames Investitionsprogramm überhaupt möglich gewesen ist, verdanken wir einzig und allein jener Wirtschaftspolitik, die unter dem Namen „Raab-Kamitz-Kurs“ zu einem festen Begriff für die Führung der österreichischen Wirtschaftspolitik im In- und Ausland geworden ist. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Auch in der Frage der staatlichen Investitionstätigkeit, die entscheidend zum Auseinanderfallen der Regierung im Winter 1952/53 beigetragen hat, ist im Sinne der Volkspartei entschieden worden. Die von unserem Finanzminister Dr. Kamitz vertretene These, der Staat dürfe nicht mehr ausgeben, als er einnehmen kann, hat sich durchgesetzt. Die schrankenlose Ausgabenwirtschaft und die Flucht in die Erhöhung bestehender oder in die Dekretierung neuer Steuern immer dann, wenn im Staatshaushalt ein Loch auftauchte, ist heute überwunden und hat einer geordneten Verwaltung der Staatsfinanzen Platz gemacht. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)* Die Bürger dieses Staates haben wieder das Gefühl, daß mit ihren Steuergeldern zweckmäßig und sparsam gewirtschaftet wird und sie nicht überfallsartige Erhöhungen von Steuern und Abgaben befürchten müssen. Die Investitionsquellen des Staates sind heute nicht allein mehr die Steuern, sondern vielfach die Kredite und Anleihen. Große Projekte, besonders auf dem Energiesektor, werden mit Krediten der Weltbank finanziert. Die inländische Energieanleihe hat einen überraschenden Erfolg zu verzeichnen, und Hand in Hand damit ging und geht das steigende Vertrauen des Auslandes zu unserem finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs.

Der österreichische Außenhandel, dessen Entwicklung ein verlässlicher Seismograph für

die Stimmung des Auslandes ist, erlebte seine historische Wende im Jahre 1953, als wir im kommerziellen Handelsverkehr zum ersten Male seit 1918 eine aktive Bilanz in der Höhe von 835 Millionen Schilling erreichten. In den ersten acht Monaten des heurigen Jahres betrug dieser Überschuß weitere 526 Millionen, zusammen also 1300 Millionen Schilling, um die wir mehr Waren ins Ausland ausführten, als wir importiert haben. Dieser Erfolg ist deshalb besonders bemerkenswert, weil er in einer Zeit zustande gekommen ist, in der Österreich in einem Tempo wie kein anderes europäisches Land, nämlich innerhalb von neunzehn Monaten, seine Liberalisierung von null auf 75 Prozent brachte. In Zeiten strenger Reglementierung des Warenverkehrs war das Handelsbilanzpassivum eine chronische Erscheinung. Das fortwährende Ansteigen unserer Exporte war von einer analogen Vergrößerung der Importe im Zuge des ständig steigenden Lebensstandards begleitet. Im August erreichte die Gesamteinfuhr wertmäßig 1,36 Milliarden Schilling, die kommerzielle, ausschließlich der ERP-Lieferungen, 1,33 Milliarden. Die Ausfuhr betrug in diesem Monat 1,34 Milliarden Schilling. Das Außenhandelsvolumen hat mit 2,7 Milliarden Schilling den bisher absoluten Höchststand seit dem Bestehen der Zweiten Republik erreicht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein paar Worte über die Zollpolitik verlieren, die keinen anderen Sinn hat, als der heimischen Produktion gleiche Startbedingungen wie der ausländischen zu schaffen. Niemand denkt daran, nach weitgehender Beseitigung der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen nur durch Zölle den internationalen Wettbewerb auf dem Inlandsmarkt auszuschießen. Auch in unserer Zollpolitik kommt das soziale Verständnis, die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze klar zum Ausdruck. Wir sind für alle Maßnahmen zolltechnischer Art, die zum Schutz der heimischen Arbeitsplätze getroffen werden müssen. Dies und die Bedachtnahme auf die mögliche Stabilität der inländischen Preise sind die Pole, zwischen denen sich Außenhandels- und Zollpolitik auch weiterhin bewegen werden. Die generelle und abschließende Zolltarifreform steht noch aus, doch nähern sich die Arbeiten an ihr allmählich ihrer Vollendung. Gleichzeitig damit bereitet das Handelsministerium die nächste Liberalisierungsetappe vor, die zwischen sieben und acht Prozent betragen wird, sodaß der gesamte Liberalisierungssektor spätestens am 1. Dezember laufenden Jahres zwischen 82 und 83 Prozent ausmachen dürfte.

2088 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

Auch auf allen anderen Gebieten sind fühlbare Fortschritte während dieses Jahres festzustellen. Im Jahre 1953 waren zum Beispiel für den Ausbau und für die Instandhaltung des Bundesstraßennetzes 355 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Summe wurde im heurigen Jahr auf 435 Millionen im ordentlichen plus 60 Millionen im außerordentlichen Haushalt, zusammen also auf 495 Millionen Schilling erhöht. Für 1955 sind für diese Zwecke 570 Millionen Schilling vorgesehen. Die ständig bessere Dotierung des Straßenbaubudgets war in erster Linie durch die steigenden Einnahmen aus der Mineralölsteuer möglich. Der Bundeszuschlag zu dieser Steuer ist bekanntlich für den Ausbau der Bundesstraßen zweckgebunden. Die durch handels- und zollpolitische Maßnahmen geförderte Motorisierung trägt somit entscheidend zur besseren Dotierung des Kapitels Bundesstraßen bei.

Die Einnahmen bei der Mineralölsteuer lassen sowohl für heuer als auch für das kommende Jahr höhere Beträge erwarten. Für 1955 werden etwa 600 Millionen Schilling eingeht. Zum ersten Male in der Geschichte der Republik Österreich wird damit einschließlich der Autobahn die für den Ausbau der Bundesstraßen ausgeworfene jährliche Gesamtsumme die Milliardengrenze überschreiten und damit absolut die höchste jemals in Österreich für den genannten Zweck bereitgestellte Summe erreicht sein. Der spöttischerweise als Aprilscherz bezeichnete Plan des Baues einer Autobahn ist Wirklichkeit geworden. Auch hier zeigt sich, daß Beharrlichkeit zum Ziele führt und konsequente Arbeit nicht mit einem Scherz abgetan werden kann.

Der vom Handelsministerium verwaltete Wohnhaus-Wiederaufbaufonds hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1,1 Milliarden an Darlehen bewilligt. Damit wurden 15.073 kriegszerstörte oder kriegsbeschädigte Wohnungen im gesamten Bundesgebiet wiederaufgebaut, instandgesetzt oder gesichert. Aus dem Ertragnis der ersten Tranche der Wohnhaus-Wiederaufbauleihe sind bis zum selben Zeitpunkt 116 Millionen Schilling an Darlehen für die Behebung von Teilschäden an 3.237 Wohnungen bewilligt worden. Da die erste Tranche bekanntlich 400 Millionen umfaßt, sind noch heuer 248 Millionen aus dem Anleiherlös zur Teilschadensbehebung freizugeben. Dazu muß man sagen, daß die für den Wohnungsbau bereitgestellten Geldmittel für das nächste Jahr durch die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen mindestens ebenso hoch, wenn nicht höher sein werden als 1954.

Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die im nächsten Jahr wirksam werdende Wohnbau-

förderung werden zusammen ein jährliches Wohnungsbauvolumen von mindestens 30.000 erreichen, sodaß auch auf diesem Gebiet dank der initiativen Vorsorge der Volkspartei die wohl drückendste Geißel unserer Zeit, nämlich die Wohnungsnot, in wenigen Jahren zur Gänze beseitigt sein wird. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Einer Lösung harrt jedoch, einem Damoklesschwert über unseren Häuptern gleich, das Problem der Sanierung des Althausbestandes beziehungsweise der Ersetzung der unhygienischen und familienfeindlichen Kleinwohnungen in jahrzehntealten, vom Verfall bedrohten Häusern durch moderne Neubauten mit familiengerechten Wohnungen. Mit dieser Frage, die so ziemlich zu den schwersten zählt, die wir auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet zu lösen haben, wird sich das Hohe Haus im kommenden Jahr beschäftigen müssen. Zu der von allen Parteien anerkannten Notwendigkeit einer verstärkten Förderung der Familie gehören nun einmal auch gesunde und genügend große Wohnungen, in denen auch mehrköpfige Familien bequem leben können. Wir wollen daher von hier aus an alle, ob Gebietskörperschaften, gemeinnützige Vereinigungen oder Private, die dringende Aufforderung richten, bei der Verwirklichung ihrer Wohnbauprogramme auf diese Notwendigkeit nicht zu vergessen, und besonders die Gemeinde Wien daran erinnern, daß es asozial und unzumutbar ist, aus parteipolitischen Propagandagründen Kleinwohnungen zu errichten.

Die Volkspartei hat sich auch auf dem wichtigen Sektor der Wohnungspolitik von anderen Ansichten nicht beirren lassen und auch im Jahr 1954 ihren Weg konsequent und zielsicher mit der bisherigen Erbauung von rund 10.000 Eigentumswohnungen fortgesetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir vertreten die Auffassung, daß die Schaffung von Eigentum an Wohnraum den sozialsten Weg zur Lösung des Wohnungsproblems überhaupt darstellt.

Im Sinne der Verwirklichung ihrer Politik hat die Volkspartei weitere Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Familien eingeleitet. Am 10. März legten die Volkspartei-Abgeordneten Reich, Fink, Hofeneder und Genossen einen Initiativantrag für ein Bundesgesetz vor, welches einen Ausgleich für die Mehrbelastung von kinderreichen Familien bringen soll. Diesem Gesetzesantrag gingen innerhalb der Volkspartei mehrmonatige Beratungen voraus, um eine möglichst wirksame Form zu finden, wie dieser Familienlastenausgleich durchgeführt werden soll. Diese Besprechungen konnten naturgemäß der Öffentlichkeit

nicht verborgen bleiben, und so kam es, daß die Sozialisten am selben Tag, ebenfalls am 10. März, einen dem Sinn nach gleichen Entwurf für ein Gesetz über die Gewährung von Familienbeihilfen vorlegten. Über diese beiden Anträge wurde nun positiv verhandelt und eine Einigung erzielt, sodaß bald mit einer Verabschiedung dieses Gesetzes zu rechnen ist.

Das Typische an diesem Gesetz aber ist der neuerliche Versuch einer Lizitationspolitik unseres Koalitionspartners, der Gedanken und Vorschläge der Volkspartei aufnimmt und sie dann dem österreichischen Volk als eigene Politik präsentiert. Diese Politik, sehr geehrte Frauen und Männer, ist unehrlich, ebenso unehrlich wie etwa die Haltung, die der Steuerpolitik des Finanzministers entgegengebracht wurde.

Als der Finanzminister vor Jahresfrist eine Senkung der Einkommensteuer ankündigte, war dies für die Sozialistische Partei der Anlaß, zu erklären, daß zu einem Zeitpunkt steigenden Aufwandes für Investitionen Steuerermäßigungen nicht durchgeführt werden können. Nach langen Verhandlungen erst gelang es, unsere Ansicht von der Finanzierung der Investitionen durch Anleihen durchzusetzen. Als aber die Einkommensteuersenkung beschlossen war, wurde dies als eine Erfüllung der Forderungen der Sozialistischen Partei dargestellt.

Ein ähnliches Spiel scheint sich nun, da der Herr Finanzminister für das Jahr 1955 eine neuerliche generelle Senkung der Lohn- und Einkommensteuer angekündigt hat, anzubahnen. Im Verfolge einer loyalen Zusammenarbeit in der Koalition hat der Herr Finanzminister der Sozialistischen Partei von der Absicht einer neuerlichen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer für das Jahr 1955 Mitteilung gemacht. Die Reaktion darauf war ein Beschluß des Klubs der Sozialistischen Partei (*Heiterkeit bei der ÖVP*), vom Finanzminister eine Senkung der vorgenannten Steuern zu fordern, damit es nach außen den Anschein hat, als würde diese Steuersenkung lediglich über Verlangen der Sozialistischen Partei durchgeführt werden. Wie soll man also, meine Damen und Herren, eine solche Politik anders als unehrlich und unaufrichtig bezeichnen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese offenen Feststellungen sind notwendig, weil wir uns in den vergangenen Jahren redlich bemühten, die sozialistische Koalitionspartei zu einer ehrlicheren Politik als bisher zu bewegen. Wir wollen dieses bis jetzt von wenig Erfolg gekrönte Bemühen auch heute wieder fortsetzen und die Sozialistische Partei wieder auffordern, dieses unselige Doppelspiel als Regierungs- und Oppositionspartei endlich zu

beenden. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Alle propagandistischen Kunststücke werden es nicht verhindern können, daß die österreichische Bevölkerung in zunehmendem Maße die Wahrheit von der Zweckklüge unterscheiden lernt (*Beifall bei der ÖVP — lebhafter Beifall bei der SPÖ — Abg. Widmayer: Ihre ganze Wahlpropaganda hat nur aus Zweckklügen bestanden!*), und zu dieser Wahrheit gehört nun einmal die Tatsache, daß der Amtsantritt des Finanzministers Dr. Kamitz mit einer positiven Umkehr der gesamten Finanzpolitik verbunden ist. (*Neuerlicher lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialistische Partei hat in den vergangenen Jahren ständig neue Steuern gefordert; sie wollte nicht glauben, daß die fortgesetzte steuerliche Belastung der Bevölkerung nicht zu Mehreinnahmen an Steuern und Abgaben, sondern zu deren Verminderung führt. Der nunmehr eingeschlagene Kurs der Steuersenkung beziehungsweise der Vereinfachung des Steuerwesens brachte jedoch den erhofften Erfolg; denn erstens stellte er eine echte Erhöhung des Realeinkommens dar, und zweitens führte er zu einer Vergrößerung der Kaufkraft, was wiederum zu einer Ausweitung der Produktion und zu einer Senkung der Arbeitslosenziffer beitrug. Das ausgeweitete Produktionsvolumen vergrößerte aber die Steuereinnahmen nach den gesenkten Sätzen und bewirkte weiter eine Ersparung an den für die Arbeitslosenfürsorge bereitgestellten Geldmitteln. Daß diese Steuerpraxis keine Theorie, sondern reale Wirklichkeit ist, konnte im letzten Jahr deutlich bewiesen werden, da trotz der Steuersenkung mehr Einnahmen zu verzeichnen sind.

Wenn derzeit im Finanzministerium Beratungen, die auf eine Steuerreform abzielen, durchgeführt werden, so ist vom Standpunkt der Österreichischen Volkspartei ein solches Bemühen lebhaftest zu begrüßen, wobei sich die Österreichische Volkspartei vorstellt, daß bei der Neugestaltung des Einkommensteuertarifes durch eine Erhöhung der Kindertarife in der Steuergruppe III auch der Familie das Existenzminimum entsprechend gesichert wird. Ebenso wird die absolute Gerechtigkeit in bezug auf die Haushaltbesteuerung verlangt (*Beifall bei der ÖVP*), ebenso muß einer Steuergerechtigkeit für die freien Berufe durch eine Milderung der Steuerprogression für die mittleren Einkommen und für selbständige Arbeits-einkommen bei der künftigen Reform Rechnung getragen werden.

Vom Standpunkt der Hebung des Lebensstandards wäre auch eine Überprüfung der Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer für lebenswichtige Konsumgüter durchzuführen. Die Österreichische Volkspartei vertritt die

2090 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

Auffassung, daß bei gerechter Besteuerung der Leistungswille des einzelnen und die Steuermoral bedeutend gehoben werden könnten. Wir sagen aber auch dazu offen und klar, daß wir als Partei niemals eine Politik betreiben wollen — und es auch in der Vergangenheit nie getan haben —, die den Interessen irgendeiner Berufsgruppe in unserem Lande irgendwie abträglich wäre. Wir haben stets allen Maßnahmen zu einer Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen freudigst zugestimmt, darüber hinaus haben wir selber zahlreiche gesetzliche Regelungen vorgeschlagen, die direkt und indirekt zu einer Erhöhung des Lebensstandards beigetragen haben. Das gesamte Gebäude der Sozialgesetzgebung und des Arbeitnehmerschutzes, auf das wir alle gleich stolz sind, stünde heute nicht, wenn nicht seine Grundlagen zwischen 1945 und 1949 geschaffen worden wären. *(Beifall bei der ÖVP.)* Damals aber besaß die Österreichische Volkspartei in diesem Hohen Hause die absolute Majorität, und nichts, kein Gesetz, wäre zum Beschluß gekommen, wenn es die Volkspartei nicht selber bejaht und gewollt hätte. *(Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!)*

Allein dieser Hinweis zeigt sehr deutlich, daß die Dinge nicht so einfach liegen, wie es die Schwarzweißmalerei der Sozialistischen Partei dem Volk gerne vormachen möchte. Auf keinen Fall aber wird es auf die Dauer gelingen, den Wählern einzureden, die Volkspartei wäre eine Klassenpartei der Besitzenden. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Zu vieles wurde in den letzten Jahren seitens der Volkspartei an sozialen Maßnahmen gefordert und verwirklicht, als daß nicht auch die Arbeitnehmer in zunehmender Zahl die Richtigkeit unserer Politik erkennen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich verweise hier nur auf die Entnivellierung der Beamtenbezüge, die ja ebenfalls auf eine Forderung der Volkspartei zurückgeht und in wesentlich kürzeren Zeiträumen, als ursprünglich vorgesehen war, verwirklicht wird. Ein neues Gehaltsgesetz für die Beamten des Bundes ist in Ausarbeitung und wird für einzelne Gruppen weitere materielle Vorteile enthalten.

Die Schaffung von Besitz für den kleinen Mann im Wohnungseigentum ist angelaufen, und trotz massivem Widerstand macht diese modernste Form der Wohnbaupolitik rapide Fortschritte. Unsere Vorstellungen vom Besitztum des kleinen Mannes gehen aber viel weiter, denn wir sind der Meinung, daß nicht nur an der Wohnung, sondern auch an den Betriebsstätten der Arbeiter und Angestellten die Möglichkeit zum Erwerb eigenen Besitzes bestehen soll. Die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an verschiedenen Gewerbe- und

Industriebetrieben steht erst am Anfang ihrer Entwicklung. Auch hier liegt es auf der Linie der sozialen Politik der Volkspartei, allen Menschen die gleiche Chance für eine materielle Besserstellung und für eine Erhöhung ihres Lebensstandards zu geben. Der Einsatz der individuellen Persönlichkeit im Wirtschaftsleben unter möglichst gleichbleibenden Bedingungen wird dann eine Auslese im Positiven mit sich bringen. Jene werden in einer solchen Ordnung zu einem höheren Lebensstandard gelangen können, die ihn auf Grund einer überdurchschnittlichen Leistung auch wirklich verdienen. Die Österreichische Volkspartei vertritt überhaupt die Auffassung, daß der derzeit erarbeitete erhöhte Lebensstandard auf die Dauer nur dann gehalten werden kann, wenn auf allen Gebieten der ernste Wille zu erhöhten Leistungen vorhanden ist. Erhöhte Leistungen schaffen die Grundlagen für den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung und eine Hebung des Lebensstandards. Wir erwarten gerade in dieser Frage die ehrliche Mitarbeit der Sozialistischen Partei.

Die Österreichische Volkspartei, die keine Klassenpartei, sondern eine politische Bewegung ist, die jedem ehrlich arbeitenden Menschen in Österreich zu seinem verdienten Anteil am Volkseinkommen verhelfen will, ist stolz darauf, daß der geregelte Wiederaufbau so rasch durchgeführt werden konnte. Wir können heute — neun Jahre, nachdem wir die Hauptverantwortung in diesem Staate übernommen haben — ohne Überheblichkeit, aber immerhin mit Befriedigung sagen, daß alle unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge, die wir sehr oft nicht mit, sondern gegen den anderen Teil der Koalition durchkämpfen mußten, zum Erfolg geführt haben. Wir haben nach 1945 das Schwergewicht unserer Politik auf die Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse legen müssen, um den Arbeitern und Angestellten Brot und Arbeit geben zu können. Die Landtagswahlen am 17. Oktober haben sehr deutlich gezeigt, daß eine Propaganda, die die Sozialistische Partei einfach als Arbeitnehmerpartei und die Österreichische Volkspartei als Unternehmerpartei bezeichnet, heute auch bei den Arbeitern und Angestellten nicht mehr verfängt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gerade in Industriegemeinden und Großstädten hat am 17. Oktober eine umgekehrte Entwicklung eingesetzt. Der Stimmenzuwachs der Volkspartei in diesen Gegenden zeigt deutlich ein langsam, aber ständig zunehmendes Vertrauen zur Sozialpolitik unserer Partei. Wir können heute, an der Schwelle eines neuen Arbeitsjahres, allen jenen, die uns durch ihre Stimme ihr Vertrauen bekundet haben, die Versicherung geben, daß wir sie nicht enttäuschen werden.

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2091

Die Aufzählung der von der Volkspartei angeregten Sozialgesetze wäre nicht vollständig, würden wir nicht auch auf unsere Initiative bei der Erhöhung der Renten verweisen. Der „Rentenklaus“ der Wahlpropaganda des Jahres 1953 hat in seinem Sack nicht gekürzte Renten fortgetragen, sondern höhere Renten gebracht. Die gesamte Verbesserung der Renten, einschließlich der Gewährung einer 13. Monatsrente, hat ihren Ausgang von einem Initiativantrag der ÖVP-Abgeordneten Köck, Altenburger, Dr. Hofeneder, Reich und Genossen genommen, die am 24. Februar 1954 einen Antrag auf Erhöhung der Angestelltenrenten einbrachten. Die Sozialistische Partei brachte am gleichen Tag einen Entwurf für ein Renten-neubemessungsgesetz ein. Zum dritten Mal also die Zufälligkeit des gleichen Datums bei wichtigen sozialen Gesetzen! Die Rentenfrage scheint nun, begünstigt und ermöglicht durch eine kluge, weitschauende Finanzpolitik, gefördert und unterstützt, ja angeregt und verwirklicht von den Abgeordneten der Volkspartei, einer vorläufigen Lösung nahe zu sein.

Post festum wollen wir noch zu dem „Rentenklaus“-Märchen 1953 und 1954 feststellen, daß es niemals unsere Absicht war, die kargen Bezüge unserer alt gewordenen Mitbürger zu schmälern, sondern daß wir im Gegenteil alles unternahmen, um die Währung zu stabilisieren und dadurch den Wert der Renten zu sichern. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir nun auch die Leistungssteigerung und die Fortschritte auf dem agrarischen Sektor erwähnen, so rundet sich das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung des vergangenen Jahres zu einem Erfolgsbericht, auf den wir wahrlich mit Zufriedenheit verweisen dürfen. Wir wollen aber nicht in den Fehler eines selbstgefälligen Lobes verfallen und sagen, daß etwa alle einst gesteckten Ziele auf allen Gebieten erreicht sind. Vieles bleibt noch zu tun, und manche Probleme, von denen ich hier nur einige am Rande erwähnen konnte, sind noch zu lösen.

Die Volkspartei geht in das neue Arbeitsjahr mit ungebrochener Kraft und wirklichem Vertrauen zu allen positiven Kräften in unserem Lande. Unsere Partei ist nicht Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Vertretung der berechtigten Anliegen des gesamten österreichischen Volkes.

Wenn wir von unseren zukünftigen Aufgaben sprechen wollen, so wollen wir auch auf kulturpolitischem Gebiet die noch immer ausständige Lösung des Ehe- und Schulproblems erwähnen. Die hundertfachen Erklärungen der Politiker unserer Partei, daß man religiös gebundene Menschen, die den Bund fürs Leben vor dem Priester schließen und ihre Kinder in konfessionellen Schulen erziehen lassen möchten,

nicht unter Druck setzen kann, stießen beim Koalitionspartner bisher auf taube Ohren. Das ändert aber nichts daran, daß man dieses Problem nicht immer wieder vertagen kann. Es liegt der Österreichischen Volkspartei vollständig ferne, einen Kulturkampf entfachen zu wollen, doch müssen wir mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam machen, daß der bisherige Zustand auf dem Gebiete der Ehe und der Schule baldigst sein Ende finden muß. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Konfessionell gebundenen Menschen muß die Möglichkeit gegeben sein, im Sinne ihrer Weltanschauung eine Ehe einzugehen, ohne daß die standesamtliche Trauung vorher vorgenommen werden muß. Ebenso ist es unerträglich, daß es bisher nicht möglich war, ein gerechtes und fachlich gutes Schul- und Erziehungsgesetz zu schaffen.

Unsere Forderungen auf diesen Gebieten sind: Unantastbarkeit des Gewissens der Eltern und Schüler in den bestehenden Staatschulen, Religionsunterricht als Pflichtgegenstand in allen Schularten mit Einschluß der berufsbildenden Schulen, Trennung der Geschlechter im Unterricht, wo immer möglich; nach wie vor: Einbau des neunten Schuljahres als fünfte Schulstufe, Erhaltung der Hauptschule und einheitlicher Ausbau der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten zu sechsjährigen Akademien im Sinne einer ganzheitlichen Lehrerbildung, Pflicht zur Erhaltung der katholischen Privatschulen durch Staat, Länder und Gemeinden im Verhältnis zur Schülerzahl, schließlich überhaupt eine Entwicklung des öffentlichen Schulwesens, die den Eltern die Wahl der Schule ihrer Weltanschauung ermöglicht.

Auch diese Fragen werden also im nächsten Jahr gelöst werden müssen. Diese Fragen wären aber schon gelöst, wenn dies bisher nicht am Widerstand der Sozialistischen Partei gescheitert wäre, die verlangt, daß die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung dazu gibt, daß die katholischen Lehrerbildungsanstalten geopfert werden. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Wollen Sie ein für allemal zur Kenntnis nehmen, daß die Österreichische Volkspartei einer solchen Zumutung niemals zustimmen wird! *(Starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zechner: In dem Punkt sind wir schon weiter als Sie!)* Das sollte mich freuen! *(Ruf bei den Sozialisten: Das ist zum Fenster hinausgesprochen!)* Ich komme auf das Fenster noch zu sprechen, Herr Kollege! Ich komme noch darauf, nur Geduld! *(Anhaltende Unruhe.)* Ich habe Zeit.

Weiter will ich einer stärkeren Verantwortung in der Demokratie das Wort reden. Mir scheint es an der Zeit zu sein, für eine

Sanierung der politischen Methoden in Österreich einzutreten. Unsere 1945 aus den Trümmern eines alles zerstörenden Krieges neu aufgebaute Demokratie soll und darf nicht durch politische Verleumdungen und Verdrehungen zu Schaden kommen. Viel zuviel mußte unser Volk und unser Land in der Vergangenheit erdulden, weil sachliche Arbeit durch Demagogie erschlagen wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir richten daher an alle Gutesinnigen, besonders aber an unseren Koalitionspartner, die Aufforderung, eine Form für die Zusammenarbeit zu wählen, die der Würde unseres demokratischen Staatswesens entspricht.

In diesem Zusammenhang, Hohes Haus, ist vielleicht auch einiges aus dieser bisherigen Debatte selber zu sagen. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

**Präsident Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

**Abg. Prinke** (*fortsetzend*): Mir schien es heute einige Male so, als ob ich mich in einem fremden Parlament befände. Schon bei den Ausführungen des Herrn Abg. Honner, mit denen ich mich nicht übermäßig beschäftigen will, kam es zutage, daß er anscheinend die letzten neun Jahre nicht in Österreich, sondern auf dem Mond verlebt hat, so vollständig fremd steht er all den Ereignissen gegenüber, die sich in dieser Zeit in Österreich vollzogen haben. Er kann natürlich durch seine rote Brille außer den Angehörigen der kommunistischen Partei nichts anderes als Kapitalisten sehen. In seinem Wortschatz kamen die Worte „Kapitalistengruppe“, „Kapitalistenpartei“ und „ein Budget des Kapitalismus“ mindestens hundertmal vor. Er vergaß nur zu sagen, daß der Kapitalismus in Österreich vom Finanzminister ausreichend besteuert wird, weiters hat er vergessen zu sagen, daß es neben dem österreichischen Kapitalismus noch einen Kapitalismus in Österreich gibt (*Ruf bei der ÖVP: USIA-Kapitalismus!*), der keine Steuern bezahlt oder dem österreichischen Volk diese Steuern vielfach schuldig geblieben ist, den USIA-Kapitalismus. Diesen kommunistischen Kapitalismus aufzuzeigen, hat der Herr Abg. Honner vergessen.

Der Herr Abg. Honner hat in bezug auf die NS-Gesetzgebung des Jahres 1946 der Meinung Ausdruck verliehen, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei die Verschärfungen bei den Illegalen im Gesetz verlangt haben. Ich darf ihn vielleicht ergebnis darauf aufmerksam machen, daß seine Kollegen Altmann und Fischer an den seinerzeitigen Verhandlungen teilgenommen haben, er möge sie bitten, ihm die Unterlagen aus jener Zeit,

wenn sie sie noch besitzen, vorzulegen, damit er sich ein Bild über diese Verhandlungen machen kann. (*Abg. Koplenig: Ihr wart immer die Heuchler- und Schwindelpartei! — Abg. E. Fischer: In der Frage der Illegalen wart ihr für Verschärfung!*) Ich erinnere daran, daß die ursprünglichen Bestimmungen wesentlich milder waren und erst über Intervention des russischen Besatzungselements diese Verschärfung erfahren haben. Das ist die Wahrheit! (*Heftige Zwischenrufe der Abg. Koplenig und E. Fischer.*) Ihr Herr Altmann und Ihr Herr Fischer hätten die Möglichkeit gehabt, bei Ihren Beschützern entsprechend darauf hinzuwirken, daß ein österreichisches Gesetz und nicht ein ausländisches Gesetz gemacht wird! Wir von der Österreichischen Volkspartei haben als erste schon im Jahre 1946 auf diese Schmach und dieses Unrecht, das hier geschaffen wurde, aufmerksam gemacht, als Sie sich noch feige verkrochen haben, statt die Gerechtigkeit auf diesem Gebiet zu vertreten. (*Zwischenruf des Abg. Koplenig. — Abg. Altenburger: Kommandatura!*)

Ebenso ist es eine Infamie, wenn Sie es wagen, hier heraufzukommen und zu sagen, daß die Regierungskoalition bisher ... (*Andauernde Zwischenrufe des Abg. Altenburger. — Abg. Koplenig: Postenschacher, sonst nichts!*)

**Präsident Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ich bitte, die Ruhe zu bewahren! (*Abg. Altenburger: Rama-tama! — Abg. Koplenig: Posten geschachert und Geld eingesackelt! — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Ich bitte den Herrn Abg. Altenburger, die Ruhe zu bewahren. Wir kommen nicht vorwärts, wenn alle schreien. Lassen wir den Redner sprechen!

**Abg. Prinke** (*fortsetzend*): Ebenso bedeutet es eine Infamie ... (*Abg. Koplenig: Die Schwindelpartei! Die Partei der Heuchler! Ihr seid die Heuchler! — Abg. Altenburger: Kommandatura-Partei! — Zwischenruf bei der ÖVP: Hochverräter! — Abg. Koplenig: „Hochverräter!“ werden wir euch noch geben! Zweimal habt ihr Österreich zugrunde gerichtet, ihr Heuchler und Schwindler!*)

**Präsident Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte alle Zwischenrufer, sich zu mäßigen! (*Abg. Altenburger: Österreichisch lernen! — Abg. Koplenig: Schwarzbraune Zwillingbrüder!*) Herr Abg. Prinke, ich bitte fortzusetzen, sonst wird es überhaupt nicht ruhig.

**Abg. Prinke** (*fortsetzend*): Ebenso bedeutet es aber auch eine Infamie, wenn der Herr Abg. Honner es wagt, hier von der öffentlichen Tribüne des Parlaments aus zu sagen, die Regierungskoalition sei daran schuld, daß

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2093

bisher eine Verständigung unter den Völkern nicht herbeigeführt werden konnte. Das österreichische Volk hat mehr als genug Opfer dafür gebracht, daß die Verständigung in der Welt herbeigeführt wird, und diese Opfer klagen die Völker an, die uns bisher die Freiheit vorenthalten haben. Sie, Herr Honner, und Ihre Partei haben viel dazu beigetragen, daß diese schlechte Stimmung unter den Völkern erzeugt wurde. *(Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.)* Sie haben als eine Partei, die vom Ausland ausgehalten ist, überhaupt kein Recht, in diesem Hause von österreichischen Interessen zu sprechen. *(Abg. Honner: Sie sollen nicht vom Ausland sprechen! — Zwischenruf des Abg. E. Fischer.)* Das schien mir notwendig, Ihnen zu sagen.

Ich muß mich leider aber auch mit den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Koref beschäftigen. Auch er hat heute hier eine Rede gehalten, bei der ich anfangs meinen Ohren nicht traute *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, ja bei der ich der Meinung war, wie ich bereits erwähnte, mich in einem fremden Parlament zu befinden.

Die Worte, die der Herr Abg. Koref gebraucht, haben mich in der Meinung bestärkt, daß sich doch eine Wandlung innerhalb der Sozialistischen Partei vollzogen hat. Im Wahlkampf, als der zerzauste Rabe mit der Arbeitslosenkarte zu sehen war und der hübsche Rentenklau, den Sie aus Zeiten unseligen Angedenkens ausgegraben haben, eine besondere Rolle spielte, wollten Sie zum Ausdruck bringen, daß der Kurs der Regierung Raab-Kamitz verhängnisvoll für das österreichische Volk sei. Als ich gestern die „Arbeiter-Zeitung“ las, habe ich dem Bericht über die Einbringung des Budgets staunend entnehmen müssen, daß für die Politik, die in Österreich gemacht wird, die Regierung Raab-Schärf verantwortlich ist. Bisher, meine sehr geehrten Frauen und Männer, war es immer so, daß Sie Oppositions- und Regierungspartei zugleich gespielt haben, daß Sie also sehr wohl die Sitze in der Regierung eingenommen, aber auf der anderen Seite über die österreichische Volkspartei geschimpft haben. *(Ruf bei der SPÖ: Und was macht ihr?)* Jetzt auf einmal hat alles Positive die Sozialistische Partei gemacht. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.)* Jetzt kommt es natürlich noch so weit, wie Ihr Redner, der Herr Abg. Koref, heute ausgeführt hat, daß die Erfolge der Arbeit der geistigen Führung der Sozialistischen Partei, wie er sagte, zu verdanken sind. Er sprach auch von der starken geistigen Führung der sozialistischen Fraktion im Gewerkschaftsbund. Der Herr Abg. Koref hat nur vergessen, eines dazu zu sagen: daß

neben der sozialistischen Fraktion im Gewerkschaftsbund auch eine christliche Fraktion ihre Arbeit verrichtet! *(Abg. Frühwirth: Die ist so klein, daß man sie gar nicht sieht!)* Er hat vergessen zu sagen, daß der einheitliche Gewerkschaftsbund in Österreich gar nicht bestünde, wenn nicht die christliche Fraktion unter Aufgabe ihrer eigenen Bewegung das Opfer auf sich genommen hätte, ihre Arbeit im Österreichischen Gewerkschaftsbund mit Ihnen gemeinsam zu verrichten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Herr Abg. Dr. Koref hat vergessen zu sagen, daß hingebungsvolle Arbeit im Gewerkschaftsbund nicht nur vom sozialistischen Vertrauensmann geleistet wird, sondern ebenso auch vom Vertrauensmann der christlichen Fraktion im Österreichischen Gewerkschaftsbund, die mindestens die gleichen Leistungen an Hingabe und Opfern gebracht hat wie die sozialistische Fraktion. *(Neuerlicher Beifall bei der Volkspartei.)* Und wenn der Abg. Koref zu sagen beliebt, daß vieles in unserer Sozialgesetzgebung und vieles, was zur Hebung des Lebensstandards im österreichischen Parlament beschlossen wurde — dessen Vollzugsorgan ja die österreichische Regierung ist —, gegen den Widerstand der Österreichischen Volkspartei durchgesetzt werden mußte, so darf ich ihn daran erinnern, daß nicht die Österreichische Volkspartei im Dezember 1952 die Regierung gesprengt hat, als wir darangegangen sind, das neue Finanzprogramm im Budget für das Jahr 1953 zu verwirklichen, sondern die Sozialistische Partei Österreichs. *(Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident Böhm *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Herren! Wir kommen nicht vorwärts, wenn fortwährend Zwischenrufe gemacht werden.

Abg. Prinke *(fortsetzend)*: Ebenso unrichtig ist es, Herr Abg. Koref, wenn Sie meinen, daß sich der Finanzminister mit einem falschen Glorienschein umgibt, weil die Sanierung schon vor seiner Zeit vollzogen worden sei. Darf ich ergebenst daran erinnern, worum der Streit zu Weihnachten 1952 denn eigentlich gegangen ist? In erster Linie darum ... *(Abg. Dr. Migsch: Lesen Sie nach!)* Ich war ja bei der Verhandlung dabei. *(Abg. Dr. Migsch: 500 Millionen!)* Die Streitfrage war, ob ein gewisser Betrag für Investitionen im ordentlichen Budget bedeckt werden sollte oder ob dafür Kredite und Anleihen in Anspruch zu nehmen wären. Ich erinnere Sie daran, daß im Voranschlag 1952 nur für ein halbes Jahr Preisstützungen vorgesehen waren, weil man damit gerechnet hat, daß im zweiten Halbjahr ein 6. Lohn-Preis-Abkommen abgeschlossen werden muß. *(Abg. Dr. Migsch:*

*Sie vielleicht!)* Nein, der Österreichische Gewerkschaftsbund hat diese These vertreten, und gerade der Kurs, der von Raab und Kamitz eingeschlagen wurde, war es, der dann die Änderung in unserem wirtschaftlichen Leben herbeigeführt hat. *(Starker Beifall bei der Volkspartei. — Abg. Horn: Was hat der Rechnungsabschluß von 1952 ergeben? Das muß der Herr Finanzminister wissen!)* Er liegt ja auf, in die Rechnungsabschlüsse kann doch Einblick genommen werden! *(Abg. Dr. Koref: Ein 6. Lohn-Preis-Abkommen hat es ja gar nicht gegeben!)* Eben, das habe ich gerade gesagt. Es ist dadurch verhindert worden, daß jetzt die Investitionen durch Anleihen gedeckt werden. *(Widerspruch bei den Sozialisten. — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)*

Darf ich vielleicht noch ein Wort anbringen. Der Abg. Dr. Koref hat gerügt, daß der Herr Finanzminister und seine Budgetrede die verstaatlichten Betriebe nicht erwähnt hat. Er hat auf den Minister Waldbrunner Rücksicht genommen, sonst wäre dem nichts zu sagen übrig geblieben. *(Abg. Dr. Zechner: Die Wahlen sind vorbei!)* Ja, ich habe Sie vorhin gebeten, nach demokratischen Spielregeln an die sachliche Arbeit zu gehen. Sie sahen sich aber bisher immer nur bemüßigt, unsere Politik, die Politik der ÖVP, im Ansehen der Öffentlichkeit herabzusetzen, und schreiben auf, wenn Sie Wahrheit zur Kenntnis nehmen müssen. *(Abg. Horn: Sie haben Ihren Heimwehrhut noch daheim einnaphthalisiert!)*

Präsident **Böhm** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abg. Horn! Ich erinnere Sie daran, daß Ordner Ordnung halten sollen! *(Abg. Horn: Ich habe nur eine Tatsache festgestellt!)*

Abg. **Prinke** *(fortsetzend)*: Wir haben besonders freudig zur Kenntnis genommen, daß die Sozialistische Partei für dieses Budget stimmen wird, weil dieses Budget angeblich von ihrem Geist erfüllt ist, obwohl es von einem ÖVP-Minister erstellt wurde. Wir freuen uns, daß nun auch die Sozialistische Partei, so wie wir es schon immer getan haben, den Leistungen der Regierung Raab-Kamitz auch die entsprechende öffentliche Anerkennung zollt. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Es schien mir notwendig, diese paar Bemerkungen noch zu machen, bevor ich zum Schluß meiner Ausführungen komme.

Es gehört leider schon zur traurigen Tradition dieses Hauses, daß jede Debatte über lebenswichtige Anliegen unseres Volkes mit einem Hinweis auf die Unwürdigkeit der militärischen Besetzung abgeschlossen wird. Wir wollen aber nicht den Eindruck erwecken, unser Ruf nach uneingeschränkter Freiheit

und Souveränität wäre nur mehr Routine und wir selbst hätten uns an diesen traurigen Zustand fast schon gewöhnt. Auf außenpolitischem Gebiet muß auch im nächsten Jahr das Streben der Regierung auf Nützung jeder, auch der geringsten Chance zum Abschluß eines Staatsvertrages gerichtet sein. Ich weiß mich über alle Parteiunterschiede hinweg mit 95 Prozent aller ehrlichen Österreicher eins, wenn ich als *Conditio sine qua non* allen Großmächten, die über Österreichs Schicksal zu entscheiden haben, eindringlich vor Augen führe, daß der Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich mit der gleichzeitigen Räumung von den Truppen aller vier Großmächte verbunden sein muß. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Begriff Freiheit ist für Österreichs Volk und seine Regierung unteilbar. Man kann einem Land, das man seit Jahren gegen jedes Völkerrecht, gegen jedes moralische und geschriebene Gesetz, nur kraft der Stärke seiner militärischen Autorität besetzt hält, nicht den Vorschlag machen, es möge einen Vertrag unterschreiben, der fremden militärischen Truppen den Aufenthalt im eigenen Land auf unbestimmte Zeit gestattet. Wir wissen, daß auch hier der Tag kommen wird, an dem sich unser Recht durchsetzen wird, und erst dann werden wir wirklich von einem erfolgreichen und positiven Abschluß der ersten Nachkriegsperiode sprechen können.

Die Österreichische Volkspartei freut sich, daß es dem Herrn Finanzminister gelungen ist, den Haushaltsplan für ein geordnetes Staatswesen des Jahres 1955 rechtzeitig vorzulegen, und die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei werden für diesen Voranschlag 1955 stimmen. Im nächsten Jahr erwarten uns viele und große Aufgaben. Möge uns Gott die Kraft zu ihrer gerechten und richtigen Lösung verleihen und möge er auch weiterhin seine segnende Hand über unser österreichisches Volk halten! *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Steiner.

Abg. **Steiner**: Hohes Haus! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich dem Gedächtnis des Herrn Abg. Prinke ein klein wenig nachhelfen, damit es ihm möglich ist, sich späterhin die Folge der Plakatererscheinungen vielleicht deutlicher vor Augen zu halten.

Der Herr Abg. Prinke hat sich darüber beschwert, daß auf den Plakaten anlässlich der Wahlkampagne der schwarze Rabe erschienen ist. Er hat wahrscheinlich vergessen, daß dem schwarzen Raben eine rote Katze vorhergegangen ist, eine rote

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2095

Katze und ein Plakat, das Fegefeuer oder die Hölle darstellend. (*Abg. Altenburger: Das war ein Kater und keine Katze! — Abg. Prinke: Der hat sich nur versteckt!*) Die beiden Plakate waren dazu angetan, nicht nur den Menschen vor den Sozialisten, sagen wir, zu „schützen“, weil die Sozialisten den Menschen auf dieser Erde Böses wollen, sondern mit dem Plakat der Hölle hat man schon viel weiter gerechnet. Man hat zwar nicht mit den denkenden und mit den informierten Menschen gerechnet, aber mit denjenigen, die tief in ihrer Religion stehen, man hat vor allem mit Leuten gerechnet, die sich vor der Hölle fürchten und lieber auf dieser Erde hungern, bevor sie in die Hölle kommen. Der Gedanke dieses Plakates war, die Menschen zu schützen vor denjenigen, die diesen Ärmsten helfen wollen.

Zur Frage der Klassenpartei: Ich weiß nicht, wieso man jetzt mit allen Mitteln versucht, diesen Zustand, der ja in Wirklichkeit besteht, irgendwie zu verwischen. Mich wundert es nicht, wenn der Herr Staatssekretär Graf, der es sich schon zu einer Übung gemacht hat, immer vor einer Wahl davon zu reden, daß man viel zuwenig für die kleinen Leute tut, verspricht, daß man sich in Zukunft nur mehr für sie einsetzen wird. Er spricht das so aus innerer Überzeugung heraus, daß es die Menschen glauben. Wenn das der Herr Staatssekretär Graf in der eigenen Fraktion, auf dem eigenen Parteitag, bei eigenen Veranstaltungen feststellt, dann muß es doch stimmen, denn bis jetzt ist die Änderung ja nicht vor sich gegangen, bis jetzt war es ja eine Klassenpartei. Der Herr Staatssekretär hat das ja festgestellt. Ob eine Änderung vor sich gehen wird, das weiß man nicht, aber wenn es sein wird, wird man es ja spüren. Ich glaube, daß dann noch Zeit genug ist, zu behaupten, die Österreichische Volkspartei sei keine Klassenpartei.

Und noch ein Wort möchte ich dazu sagen: Der Herr Abg. Prinke hat gesagt, es ist ihm vorgekommen, als ob er sich in einem falschen Parlament befinde. Herr Abgeordneter, mir ist genau dasselbe vorgekommen. (*Heiterkeit. — Abg. E. Fischer: Dann seid ihr alle im falschen Parlament! — Abg. Prinke zum Abg. Fischer: Ihr seid bestimmt in einem falschen! — Abg. E. Fischer: Aber heute kommt ihr euch alle so vor! — Abg. Horn: Ihr seid auf jeden Fall im falschen!*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abg. **Steiner** (*fortsetzend*): Mir ist es deshalb so vorgekommen, weil ich weiß, daß es in diesem Parlament keine Regierung Raab-Kamitz, sondern eine Regierung Raab-Schärf

gibt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Prinke: Erst seit es uns besser geht! Früher war es anders!*)

Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1955 als Regierungsvorlage im Hause eingebracht. In seinem Bericht hat er mit Stolz und Nachdruck darauf hingewiesen, daß die finanzielle Lage des Bundes so ist, daß wir ohne besondere Sorge in das neue Wirtschaftsjahr eintreten können. Noch nie hatten wir in Österreich so viele Beschäftigte wie jetzt, noch nie war die Handelsbilanz so aktiv wie jetzt. Die Einnahmen des Bundes haben die Erwartungen übertroffen. Wir können uns glücklich preisen: Wir leben in einer Konjunktur. Der Konsum ist gesättigt und wendet sich nun weniger lebensnotwendigen Produkten zu.

Hohes Haus! Wenn der für die Finanzwirtschaft verantwortliche Minister mit so viel Zuversicht über die Gegenwart und die Zukunft spricht, muß man annehmen, daß Österreich einen Wohlstand erreicht hat, welcher es den Abgeordneten zur Pflicht macht, darüber nachzudenken, ob es nicht noch Staatsbürger gibt, welche übersehen wurden und vom Segen des allgemeinen Wohlstandes ausgeschlossen sind. Ich denke an die große Schar der Klein- und Mittelbauern, ich denke vor allem an die Bergbauern. Ich richte daher an den Herrn Finanzminister die Bitte, bei der Frage der Lawinverbauung, der Wildbach- und Flußregulierungen sein Herz nicht gar zu eng zu verschließen, um hier ein Unglück zu verhüten, was oft mit kleinen Mitteln möglich ist, während ein eingetretener Schaden später mit größeren Mitteln behoben werden müßte.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Bericht auch die Mitteilung gemacht, daß der Bezug von landwirtschaftlichen Maschinen im Sommer dieses Jahres um 40 Prozent gestiegen ist. So erfreulich diese Tatsache für die Wirtschaft und für die glücklichen Maschinenbesitzer ist, so gefährlich ist sie für den Bestand der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften, welche infolge der finanziellen Lage nie Besitzer eines Maschinenparks sein können und mit den mechanisierten Betrieben nie konkurrieren werden. Hohes Haus! Wenn wir vermeiden wollen, daß aus den Maschinenparks der reichen, gutsituierten besseren Wirtschaften Friedhöfe für die Kleinbauern, für die wirtschaftlich Schwachen werden, dann muß die öffentliche Hand eingreifen. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*)

Der Bund, die Länder und die Gemeinden müssen Maschinenhöfe errichten, um auch den wirtschaftlich Schwachen die Möglichkeit zu geben, die Produktion zu steigern und

die Produktionskosten zu senken. Bei Stundenbenützungsgebühren von 50 bis 60 S für eine Pflugstunde kann von einer Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen nicht gesprochen werden. Ich bin sogar davon überzeugt, daß bei dieser Art von Maschinenverleih der Benützer und der Verleiher auf längere Sicht nicht bestehen können. Der kleine Landwirt als Benützer der Maschine kann die hohen Beträge nicht bezahlen. Dadurch fehlt auch dem Verleiher der Einsatz der Maschine und somit die Grundlage zur Existenz.

Als besonders schweres Unrecht wird von den Bauern empfunden, daß sie nicht das Recht haben sollen, mit den Traktoren dieselbe Arbeit zu leisten wie mit den Pferden. Das Transportgewerbe kämpft in diesem Fall um ein Recht, welches es nie besessen hat. Wenn der Bauer mit seinem Pferd dem Nachbarn eine Fuhre Holz oder Sand führt, wird ihm niemand etwas sagen. Tut er dasselbe mit dem Traktor, so wird er bestraft. Wenn der Bauer, den Empfehlungen der landwirtschaftlichen Körperschaften folgend, die Pferde verkauft und sich einen Traktor einstellt, darf er Nachbarschaftshilfe in Form von Fuhrleistungen nicht mehr machen. Es ist daher höchste Zeit, daß der Traktor im Besitz des Bauern zum landesüblichen Fahrzeug erklärt und das betreffende Gesetz in diesem Sinne geändert wird.

Hohes Haus! Der Ausdruck des tatsächlich aufblühenden Wohlstandes ist die neuzeitliche schönere Wiederherstellung der traditionellen Kulturstätten, der Bundestheater, von der der Herr Finanzminister in seinem Bericht das Haus vorgestern in Kenntnis setzte. Möge das Hohe Haus Vorsorge treffen, daß in diesen altehrwürdigen Kunststätten nicht die Tragödien vom absterbenden Zwerg- und Kleinbauernstand und von den in Not geratenen, dahinsiechenden Altbauern und -bäuerinnen als österreichische Charakterstücke gespielt werden müssen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Im vorliegenden Entwurf des Bundesfinanzgesetzes hat der Herr Finanzminister in keiner Weise Vorsorge getroffen, jene minimalen Beträge schon im Jahre 1955 bereitzustellen, welche zur Vermeidung der angedeuteten gefährlichen Entwicklung im Dorfe nötig wären.

Arbeiter und Angestellte wie auch Gewerbetreibende haben nach einem arbeitsreichen Leben in unserem Staate einen gesicherten Lebensabend. Für sie ist das Altwerden kein Schrecken mehr, sondern der Beginn des wohlverdienten Feierabends. Wie ganz anders ist das bei den alt gewordenen Bauersleuten. In einem an schwerer Arbeit reichen Leben hat der Bauer den Boden bebaut, dem

Volke die Ernährung und seiner Familie die Lebensgrundlage geschaffen. Seine Kräfte sind verbraucht. Er muß abtreten, ob er will oder nicht, denn die Erde muß bearbeitet werden, wenn sie Frucht bringen soll. Auch der tüchtigste alte Bauer muß sich dem Schicksal beugen, das von ihm verlangt, mit der Arbeit auch Haus und Hof zu übergeben. Übrig bleibt ihm und seiner Bäuerin nur mehr das restliche Leben, um dessen Gestaltung sich wie vor alten Zeiten auch heute niemand kümmert.

Hohes Haus! In Österreich wurden am 1. Juli 1951 6,934.000 Menschen gezählt. Von diesen waren 311.526 Personen selbstständig in der Landwirtschaft tätig. Diese selbstständigen Bauern bearbeiten mit Hilfe ihrer Familienangehörigen und mit den noch vorhandenen fremden Arbeitskräften eine landwirtschaftliche Nutzungsfläche von rund 4 Millionen Hektar, die sich auf 427.000 Betriebe verteilen. Die Hälfte der österreichischen Betriebe sind Zwerg- und Kleinbauernbetriebe.

In den letzten vierzig Jahren ist der österreichische landwirtschaftliche Bevölkerungsstand um 27 Prozent, das ist um 1,5 Millionen Menschen, gesunken. Nach der letzten österreichischen Volkszählung waren 48.855 Bauern über 65 Jahre alt, die noch selbstständig tätig sind, und davon waren 24.357 über 70 Jahre alt, das sind rund 50 Prozent der Alten über 65 Jahre. Demgegenüber sind insgesamt nur 42.446 Personen im Alter von 70 Jahren überhaupt noch selbstständig tätig. Die Zahl der im Ausgedinge lebenden Bauern wurde mit 129.000 festgestellt.

Aus diesen Zahlen und den angeführten Tatsachen ergibt sich der zwingende Schluß, daß die alten Bauern und Bäuerinnen sowie die landwirtschaftlichen Pächter irgendwie in die soziale Ordnung einbezogen werden müssen. Der Österreichische Arbeitsbauernbund hat daher im Jänner dieses Jahres diese Frage in einem Memorandum an den Herrn Sozialminister herangetragen, und die sozialistischen Abgeordneten des Hohen Hauses haben am 24. Feber laufenden Jahres den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Gewährung einer Zusatzrente für Altbauern und Altbäuerinnen und Pächter, im Parlament eingebracht.

Hohes Haus! In der inzwischen verflossenen Zeit hat sich die Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern mit dieser Frage befaßt. Leider, leider hat sie sich nicht entschließen können, der Einführung der Alterspension für Landwirte zuzustimmen. Als Begründung der Ablehnung dieser notwendigen Einrichtung wurde, so

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2097

wie immer, der Vorwand gebraucht, daß kein Geld für die alten Leute vorhanden ist. Der Bericht des Herrn Finanzministers am vorgestrigen Tage von dieser Stelle aus hat diese fadenscheinige Erklärung gründlich widerlegt.

Meine Damen und Herren! Wenn man bedenkt, daß rund 50.000 Altbauern im Alter von mehr als 65 Jahren ihre Wirtschaft nicht übergeben, weil sie am Beispiel ihrer im Auszug lebenden Altersgefährten die Not fürchten und wissen, daß 129.000 Altbauern und -bäuerinnen ihr Eigentum zum Teil gegen Not und Sorgen eingetauscht haben und in drückenden Verhältnissen leben, dann kann man dieser Frage nicht mehr ablehnend gegenüberstehen.

Geben wir uns alle zusammen einen Ruck, nicht nach links, nicht nach rechts, sondern geradeaus, vorwärts, um durch gemeinsame Arbeit den derzeitigen Wohlstand zu festigen und zu vermehren, für das Alter vorzusorgen und unseren Vätern und Müttern eine Freude zu bereiten, indem der Hohe Nationalrat in Kürze ein Gesetz beschließt, mit dessen Ausführung die noch bestehende soziale Lücke der Alterspension für selbständige Landwirte und Pächter geschlossen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Sozialistische Partei und der Arbeitsbauernbund werden nicht ruhen, bis auch im Dorf die Not gebannt und das Leben der Menschen glücklich werden wird. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Hartleb** (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Ing. Hartmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. **Hartmann**: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Wenn man die bisherigen oder wenigstens die meisten der bisherigen Ausführungen einigermaßen aufmerksam verfolgte, dann konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß manches heute hier offenbar nur deshalb gesagt wurde, weil Teile der Ansprachen der Herren Redner im Rundfunk übertragen werden.

Das trifft auch zu für den Herrn Abg. Honner, der sich unter anderem mit den Wahlergebnissen befaßte (*Abg. E. Fischer: Für Prinke, für Korej!*) und der zum Beispiel sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch der Sozialistischen Partei beweisen wollte, daß sie bei den Landtagswahlen schwer verloren hätten. Nur über die Ergebnisse, die die Kommunistische Partei bei den Landtagswahlen vom 17. Oktober erzielte, hat der Herr Abg. Honner sonderbarerweise nicht gesprochen. (*Abg. E. Fischer: Also sprechen Sie!*) Das Ergebnis ist viel zu bedeutungslos, als daß ich auch nur ein Wort dazu zu ver-

lieren hätte. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Sie haben ja gerade davon geredet!*)

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte aber dennoch dem Herrn Abg. Honner noch etwas sagen und ihn auf etwas aufmerksam machen: Es gibt nun einmal in Österreich die Einrichtung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, welches monatlich Berichte herausgibt, auf die man sich verlassen und stützen kann. Auch der Herr Finanzminister hat in seiner vorgestrigen Rede etliche Ziffern aus den Berichten des Instituts für Wirtschaftsforschung gebracht. Nun hat der Herr Abg. Honner die von ihm unbewiesene Behauptung aufgestellt, daß diese Berichte frisiert seien. (*Abg. E. Fischer: Sagt die Arbeiterkammer!*) Bitte, das habe ich dann überhört. Sollte die Arbeiterkammer diese Behauptung aufgestellt haben, dann müßte ich mit noch größerem Nachdruck darauf hinweisen, daß der Vizepräsident des besagten Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung der Herr Staatssekretär a. D. Karl Mantler, Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, ist und daß dem Vorstand auch angehören der Herr Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Johann Böhm, weiters der Herr Staatssekretär a. D. Andreas Korp. Dem Kuratorium gehören an der Herr Vizebürgermeister Honay, ein gewisser Dr. Karl Kölliker, der den Herren von der Sozialistischen Partei nicht unbekannt sein dürfte, dann der Herr Minister a. D. Nationalrat Dr. Alfred Migsch, der Herr Nationalrat Olah, der Herr Nationalrat und Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes Anton Proksch, der Kammervizepräsident von Kärnten Truppe, der wirtschaftspolitische Referent der Arbeiterkammer Stefan Wirlandner und der Herr Verkehrsminister Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner.

Ich stehe auf dem Standpunkt: Diese Berichte sind nicht frisiert, denn würden sie zuungunsten der Arbeitnehmer frisiert sein, dann würden sich die besagten Herren im Kuratorium und im Vorstand zur Wehr setzen, und würden sie etwa zuungunsten der Wirtschaft oder der Landwirtschaft frisiert sein, dann würden sich die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer selbstverständlich entsprechend dagegen zur Wehr setzen. Ich sage daher: Diese Berichte sind eine sehr brauchbare Unterlage. Ich glaube — ich bin vielleicht sogar der erste, der in diesem Hohen Hause die Behauptung aufstellt —, wir müßten dem Institut für Wirtschaftsforschung für seine wirklich sehr eingehende und intensive Forschung und statistische Arbeit sehr danken.

Oder sagen Sie mir etwas Besseres, was man zur Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse heranziehen könnte!

Der Herr Abg. Dr. Koref hat unter anderem auch hervorgehoben — wir freuen uns darüber sehr —, daß sich der Produktionsindex der verstaatlichten Betriebe seit dem Jahre 1949 maßgebend gehoben habe. Er hat dadurch eine Anerkennung für den Herrn Minister Ing. Waldbrunner zum Ausdruck gebracht oder zumindest bringen wollen. Ich möchte nur der Klarheit halber sagen, daß der Produktionsindex der verstaatlichten Betriebe um ein ganz schönes Stück hinter dem allgemeinen Produktionsindex der Industrie nachhinkt. Wir werden in dem Zeitpunkt, in dem die Produktionsindices auf gleicher Höhe angelangt sein werden, alle die Leistungen gern anerkennen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Steiner aus Kärnten ist der Obmann des Österreichischen Arbeitsbauernbundes, also einer sozialistischen Bauernorganisation. Er hat eingangs seiner Rede von der roten Katze beziehungsweise dem roten Kater gesprochen. Ich würde es denn doch gewünscht haben, daß er als Bauer den Unterschied zwischen einer Katze und einem Kater schon gelernt hat. (*Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Wenn man behaupten wollte, daß die Österreichische Volkspartei eine Klassenpartei sei — ich habe nicht genau verstanden, was er eigentlich sagen wollte —, so stimmt das nicht. Nehmen Sie zur Kenntnis, wenn Sie das noch nicht gelernt haben: Die Österreichische Volkspartei ist keine Klassenpartei (*Abg. E. Fischer: Sondern eine Kassenpartei!*) zum Unterschied von der Sozialistischen Partei, denn in der Österreichischen Volkspartei sind freundlich und freundschaftlich alle Berufsstände vereint, die es in Österreich gibt. Sie werden das nicht leugnen können. (*Zwischenrufe.*)

Aber eine neue Erkenntnis habe ich heute schöpfen können. Man lernt wirklich nie aus! Der Abg. Steiner hat heute gesagt, es gebe also in Österreich eine Regierung Raab-Schärf. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das hat er doch gesagt! (*Zwischenruf der Abg. Marianne Pollak.*) Gnädige Frau Nationalrätin Pollak, ich lese so häufig in der „Arbeiter-Zeitung“ — und ich glaube, der Herr Chefredakteur Pollak ist dafür verantwortlich — von einer Regierung Raab-Kamitz. Wie oft ist das denn dort schon zu lesen gewesen? Immer wieder liest man von der Regierung Raab-Kamitz, wenn dem hochgeehrten Koalitionspartner etwas nicht paßt. (*Abg. Rosa Jochmann: Schlecht gelesen!*) Wenn etwas schlecht

ausgegangen ist, dann heißt die Regierung Raab-Kamitz. Wenn eine Sache aber in Ordnung ist, dann war es stets die Regierung Raab-Schärf. Wir müssen uns also schon auf den Terminus einigen. Ich würde vorschlagen, daß wir vielleicht einen Ausschuß, einen Unterausschuß oder gar einen Sub-Unterausschuß einsetzen, der damit beauftragt wird, diese schwierige Frage zu klären (*Heiterkeit*), falls es überhaupt dafür steht, daß man sich so viele Mühe gibt. Ich glaube aber, wir werden uns in dieser Sache nie ganz einigen können.

Nun gestatten Sie aber noch etwas. Der Abg. Steiner hat — ich persönlich kann ihm das nicht übelnehmen und vielleicht auch sonst niemand, wir haben es schon oft gehört und gelesen — hier neuerlich für seine Kärntner Maschinenhöfe Propaganda gemacht. Verehrte Damen und Herren! Das ist eine ganz ernste Angelegenheit. Der Herr Abg. Steiner hat aber nicht auch darauf hingewiesen, daß die Kärntner Maschinenhöfe eine sehr defizitäre Unternehmung sind, die das Land Kärnten jährlich, wie man liest und hört und weiß, eine ganz schöne Stange Geld kostet. Wir wollen die in öffentlicher Hand befindlichen defizitären Unternehmungen nicht vermehren. Das wäre eine ziemliche Gefahr, denn wir haben ohnedies eine Reihe solcher. Ich brauche sie nicht aufzuzählen, Sie kennen sie ja ohnedies. Wir haben in Niederösterreich im letzten Jahre auf Initiative der Landwirtschaftskammer ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es ist interessant! Ich werde möglicherweise auf diesen Zwischenruf bezüglich des Milchausgleichsfonds zurückkommen, es freut mich, daß Sie mir diese Anregung gegeben haben. Wir haben in Niederösterreich 41 nicht etwa Maschinenhöfe nach dem Kärntner System, aber Maschinenstationen auf privatrechtlicher Grundlage — ich spreche dieses ominöse Wort hier aus — errichtet. Für diese Maschinenstationen sind Tarife erstellt worden, auch sogenannte Höchsttarife. Das System der Höchstpreise ist uns ja allen geläufig. Aber wie figura zeigt und wie die Erfahrungen lehren, werden diese Höchsttarife in der Regel nicht angewendet, weil der Inhaber dieser niederösterreichischen Maschinenstationen nicht acht Stunden nach dem Kollektivvertrag arbeitet, sondern auf Grund freier Initiative von frühmorgens bis spät abends, solange es eben notwendig ist, zur Verfügung steht. Und die Erfahrungen lehren weiter, daß diese niederösterreichischen Maschinenstationen, die kontrolliert und geprüft werden, mit Ausnahme von kleinen Kinderkrankheiten, die es ja bei Neueinrichtungen immer gibt, im großen und ganzen gut funktionieren und ihren Zweck erfüllen.

Die Bemerkung jedoch, daß für die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe nichts oder zuwenig geschehe, ist mir schwer auf die Hühneraugen gegangen; Gott sei Dank habe ich keine. Fast genau die Hälfte aller in Österreich bestehenden Bauernwirtschaften sind Kleinbetriebe bis 5 ha, weitere 35 Prozent umfassen höchstens 5 bis 20 ha, und nur 15 Prozent im Durchschnitt für ganz Österreich haben mehr als 20 ha Gesamtbetriebsfläche. Es wäre daher geradezu ein Wahnsinn, wollte die Agrarpolitik gerade auf die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe nicht Rücksicht nehmen. Ich möchte das in ein paar Beispielen anführen, manches wird Ihnen recht unangenehm sein.

Zum Beispiel ist im Finanzausgleichsgesetz der jährliche Höchstsatz für die Grundsteuer festgelegt. Dieser Höchstsatz der Grundsteuer, der nicht überschritten werden darf, beträgt für die Gebiete außerhalb der Bergbauerngebieten 400 Prozent des Grundsteuermeßbetrages und 300 Prozent für die Bergbauerngebiete. Ich bitte, erkundigen Sie sich selber im Städtebund bei Ihren eigenen Parteifreunden — also nicht bei unseren, denen würden Sie ja doch nicht glauben —, wie oft diese angeblich so veraltete Grundsteuer schon Gegenstand schwerster Kritik von Vertretern des Städtebundes war. Man hat erklärt: Ja, wie lange wird denn die Grundsteuer noch ein Musealstück sein! Man muß sie valorisieren, man muß den Hebesatz dem allgemeinen Lohn- und Preisniveau angleichen, also auf etwa 750 bis 800 Prozent des Grundsteuermeßbetrages erhöhen!

Wir wissen ganz genau, daß es in Österreich nach 1918 Zeiten gegeben hat, in denen bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe durch die Unmöglichkeit der Bezahlung der Grundsteuer — die ja für jeden Betrieb eine maßgebliche Belastung darstellt — an den Rand des Abgrunds oder unter den Hammer geraten sind. Wir werden daher zum Schutz der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe unsere Grundsteuerpolitik fortsetzen.

Es ist für die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe, ganz ungeachtet ihrer Verkehrs- oder Marktlage, zweifellos ein Erfolg der Agrarpolitik in den letzten Jahren, daß wir in Österreich nun einen einheitlichen Milchpreis und einen einheitlichen Getreidepreis haben (*lebhafter Beifall bei der Volkspartei*), also unabhängig von dem Umstand, ob der Milch produzierende Bauer seinen Hof unmittelbar neben der Molkereigenossenschaft hat oder 50 km davon entfernt ist — von Differenzen um wenige Groschen abgesehen, die je nach der Molkereigenossenschaft auftreten können. Wir alle wissen auch, daß es

ein ungeheurer Erfolg der österreichischen Agrarpolitik ist, daß wir nun einen einheitlichen Brotgetreidepreis haben, einen Produzentenpreis, bei dem es also gleichgültig ist, ob der Bauer seine Gründe unmittelbar neben der Mühle hat oder nicht, sodaß jeder den gleichen Preis bekommt, gleichgültig, ob er sich in einer guten oder in einer schlechten Verkehrs- und Marktlage befindet. Hunderte und Tausende bäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe in schlechter Verkehrslage wären in den letzten Jahren zugrunde gegangen, wenn wir nicht diesen einheitlichen Preis für diese Produkte durchgesetzt hätten.

Mich wundert es nicht, daß wir verschiedenes, was wir bis in die letzten Tage herein in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen haben, heute hier nicht gehört haben. Vielleicht war dies deshalb der Fall, weil die Reden, zum Teil wenigstens, im Radio übertragen werden, und da hütet man sich eben, etwas Unfreundliches gegen die Bauern zu sagen. Zwei Drittel von Österreich sind ja Bergbauerngebiete. Die Bergbauern arbeiten unter besonders erschwerten Verhältnissen, und gar mancher Bergbauer hat als seine einzige Bareinnahme den Erlös von einem, zwei oder drei Stück Vieh. Aber welchen Angriffen waren wir ausgesetzt, als der Viehpreistiefstand des Jahres 1953 Gott sei Dank überwunden wurde, denn wenn der Tiefstand der Viehpreise des Jahres 1953 andauert hätte, dann wären Hunderte, ja Tausende viehzüchtender Bergbauern zugrunde gegangen.

Auf dem Gebiete der Förderung der Güterwege, der Seilbahnen, der Förderungsaktionen für Gebirgsmaschinen, zum Beispiel der Motormäher, auf dem Gebiete der Besitzfestigung, im Siedlungswesen ist gerade in den Bergbauerngebieten — der Herr Landwirtschaftsminister ist Zeuge dafür — in den letzten Jahren bei Gott nicht wenig, sondern sogar sehr viel geschehen.

Nun gestatten Sie mir, daß ich etwas zur Altersrente sage. Es ist richtig, daß im Februar 1954 von den Herren Abgeordneten der Sozialistischen Partei ein Antrag auf Einführung einer Altersrente für die Altbesitzer und Altpächter von bäuerlichen, von landwirtschaftlichen Betrieben im Parlament eingebracht wurde. Der Herr Abg. Steiner hätte uns diesen Gesetzentwurf hier ein wenig besser erklären müssen. Natürlich haben wir uns den Entwurf ganz genau angeschaut, das können Sie uns doch glauben. In dem Gesetzentwurf steht, um es in groben und in runden Worten zu sagen, folgendes:

Nach Erreichung des 65. Lebensjahres bei Männern und des 60. Lebensjahres bei Frauen — also bei den Bauern und bei den Bäuerinnen — wird eine Monatsrente von 100 S

2100 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

je Person gezahlt. 25 Prozent, also 25 S von diesen 100 S, hätte nach diesem Gesetzentwurf der Staat zu zahlen, und 75 Prozent seien durch einen Zuschlag zum Grundsteuermeßbetrag aufzubringen. Wie hoch dieser Zuschlag ist, steht allerdings nicht im Gesetzentwurf, auch nicht in den Erläuternden Bemerkungen zu diesem Gesetzentwurf, das kann man sich aber leicht an Hand der Ziffern ausrechnen, die der Herr Abg. Steiner heute hier gesagt hat. Dieser Zuschlag müßte zwischen 300 und 400 Prozent zum Grundsteuermeßbetrag betragen, wenn man für die Personenzahl, die der Herr Abg. Steiner hier angeführt hat, eine monatliche Rente von 100 S bezahlen wollte. (*Abg. Steiner: 20 S pro Hektar im Jahr!*) Ich bitte, rechnen Sie das nach, was ich gesagt habe. Ich bin gerne bereit, Ihnen mit einer Auskunft zur Verfügung zu stehen. Gerade im Zusammenhang mit dem, was ich früher bezüglich unserer vorsichtigen Politik bei der Grundsteuer gesagt habe, frage ich Sie, verehrte Damen und Herren: Könnte man gerade in den Gebieten der unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeitenden Bergbauern einen Zuschlag von 300 oder 400 Prozent auf den Grundsteuermeßbetrag rechtfertigen, wenn dort der höchste Prozentsatz der Grundsteuer, der überhaupt eingehoben werden kann, nur 300 Prozent ausmacht, sodaß eine glatte Verdoppelung erfolgen müßte?

Wir sind gerne bereit, über dieses Kapitel mit Ihnen zu sprechen, wenn zwei Voraussetzungen dabei erfüllt werden können, nämlich die eine Voraussetzung, daß die bäuerlichen Betriebe die Belastung, die daraus entsteht, auch ertragen können, und zweitens, daß man — das sage ich aber nur ganz leise und bestimmt nicht für das Radio; sollte ein Teil meiner Rede übertragen werden, dann schneide ich diesen Teil heraus — über die Höhe der 100 S reden kann, denn Bauern und Bäuerinnen rackern sich fürwahr nicht bloß in einem achtstündigen Arbeitstag jahrzehntelang ab, um dann schließlich etwa 100 S im Monat zu bekommen. (*Ruf bei der SPÖ: Dies sind ja für 100 S dankbar!*) Verehrte Frauen und Herren! Das sind so schwierige Fragen, daß man sich die Dinge zuerst genau überlegen muß.

Unsere Auffassung ist, nebenbei bemerkt, folgende. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Österreich besitzt den traurigen Ruhm (*weitere Zwischenrufe bei der SPÖ*) — Sie müssen etwas lauter reden, damit ich Sie verstehe, die Akustik ist sehr schlecht —, Österreich besitzt den traurigen Ruhm, eines der geburtenärmsten Länder Europas zu sein. Noch finden wir, allerdings nicht mehr überall, in den bäuerlichen Familien relativ die meisten Kinder. Davon hat der Abg. Steiner nichts gesagt,

daß wir genau im Oktober des vergangenen Jahres im Rahmen des von Ihnen so oft als Herren-, Großgrundbesitzer- und Großbauernorganisation zitierten Bauernbundes den Beschluß gefaßt haben, man möge die Kinderbeihilfe auch auf die selbständig Erwerbstätigen ausdehnen. Erfreulicherweise sind die Verhandlungen so weit gediehen, daß man mit Recht annehmen kann, daß am 1. Jänner des nächsten Jahres auch die Gewährung der Kinderbeihilfe an die selbständig Erwerbstätigen in Kraft treten kann. (*Abg. Stendebach: Hoffentlich vom ersten Kind an!*) Bitte, das ist eine Frage der Detailverhandlungen. Wahrscheinlich wird das noch nicht gehen, Herr Abg. Stendebach, weil auch Geld dazu gehört. Wir denken real und sind vernünftig genug, nur solche Anträge zu stellen und zu vertreten — dann allerdings mit Nachdruck —, deren Finanzierung vernünftig und ordnungsgemäß gesichert ist (*Beifall bei der ÖVP*), und das ist derzeit für die Kinderbeihilfe vom ersten Kind an leider noch nicht der Fall. Wir werden aber nach der Methode Pius Fink wahrscheinlich auch dazu kommen, aber noch nicht im Jahre 1955. Wir versprechen nichts, was man nicht halten kann.

Weil wir gerade in diesem bedrohlichen Geburtenchwund in Österreich den Rentenklau schlechthin erblicken und weil wir nicht haben wollen, daß nach Ablauf von weiteren 20 Jahren der Aufbau der österreichischen Bevölkerung noch schlechter ist als heute, weil wir nicht haben wollen, daß sich die Zahl der Menschen immer verringert, die während eines leistungsfähigen Alters imstande sind, Rentenbeiträge zu zahlen, gerade deshalb, weil wir darin den einzigen Rentenklau erblicken, haben wir getrachtet, vor der Frage der Altersvorsorge die Angelegenheit der Kinderbeihilfe für die selbständig Erwerbstätigen durchzubringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Verehrte Damen und Herren! Wir werden bei der Spezialdebatte, insbesondere auch im Finanz- und Budgetausschuß, noch reichlich Gelegenheit haben, uns mit verschiedenen Detailfragen über das Budget zu befassen. Wir wollen uns heute freuen — und das ist verschiedentlich schon zum Ausdruck gekommen, auch von Rednern der Koalitionspartei, trotz mancher oppositioneller Zwischenklänge —, daß es trotz bereits gesenkter Steuern und trotz weiterhin beabsichtigter Steuersenkungen möglich war, ein in seinem Volumen sogar ausgedehntes Budget zu erstellen, über das wir noch zu beraten und zu beschließen haben werden. Wir wollen uns darüber freuen, daß es möglich gewesen ist, auf der Grundlage eines stabilisierten Schillings und einer konsolidierten Wirtschaft durch den Bundesvoranschlag 1955 die Voraussetzungen

## 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954 2101

auch für eine gedeihliche Sozialpolitik und für die Fortsetzung der Währungsstabilität zu schaffen. Wenn wir weiterhin entsprechend zusammenarbeiten, können wir dieses erreichte Ziel nicht nur ausbauen, sondern auch für die künftigen Jahre fortführen. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)*

Präsident **Hartleb**: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Proksch zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Proksch**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vor allem der Meinung Ausdruck geben, daß die Ausführungen des Herrn Abg. Hartmann bezüglich der Produktionssteigerung in der verstaatlichten Industrie nicht den Tatsachen entsprechen. Ich möchte mich aber damit nicht weiter beschäftigen, sondern nur sagen, daß wir uns darüber in der nächsten Zeit in aller Öffentlichkeit unterhalten werden, und zwar unter Anführung des Tatsachenmaterials und des Zahlenmaterials.

Ich möchte darüber hinaus dem Herrn Abg. Prinke in Erinnerung rufen, wie sich die Dinge zugetragen haben, als es dann doch zur Stabilisierung des Schillings gekommen ist, denn meiner Meinung nach — und ich glaube, Sie werden mir das bestätigen, ich hoffe, auch der Herr Finanzminister — hat sich das zeitlich in einer Weise abgespielt, die wesentlich dem widerspricht, was wir heute hier gehört haben.

Ich darf daran erinnern, daß das 5. Lohn-Preisabkommen im Juli 1951 abgeschlossen wurde und in Wirksamkeit getreten ist. Im Laufe des August und September machten sich aber bereits wieder Anzeichen bemerkbar, daß die Preise steigen. Im Zusammenhang damit haben Anfang Oktober Beratungen zwischen Gewerkschaftsbund, Wirtschaft und Industrie stattgefunden, wie es möglich wäre, diese Entwicklung aufzuhalten, die Preise stabil zu halten und nicht weiterklettern zu lassen. Ich erinnere daran, daß an der ersten Beratung zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen auf Seiten der Gewerkschaften Präsident Böhm und Minister Maisel teilgenommen haben, auf der anderen Seite Herr Präsident Urban und einige Herren der Industrie, im weiteren Verlauf hat sich auch der Herr Präsident Mautner Markhof eingeschaltet. Im Zusammenhang mit den Beratungen wurde letzten Endes die sogenannte Preissenkungsaktion gestartet. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* — Einen Moment nur, einen kleinen Moment, meine Herren! — Und diese vielgeschmähte Preissenkungsaktion ... *(Abg. Krippner: Von euch geschmäht!)* — Aber, Herr Abg. Krippner, mach' es mir nicht so schwer!

Das Ergebnis der Preissenkungsaktion und der weiteren Maßnahmen war, daß es im

Jahre 1951 nicht zu dem Preisauftrieb zu Weihnachten gekommen ist, der all die Jahre vorher bemerkbar war. Ich glaube, daß man daher anerkennen muß, daß diese von Gewerkschaftsbund und Wirtschaft gemeinsam angekurbelte Aktion der Ausgangspunkt der Stabilisierung gewesen ist. Denn hätte man im Jahre 1951 die Dinge weitertreiben lassen, dann wäre natürlich im Jahre 1952 *(Abg. Krippner: So sprechen Sie heute, Proksch!)* — Moment, Herr Abg. Krippner! —, vielleicht schon zu Beginn des Jahres 1952, wieder ein allgemeines Lohn-Preisabkommen fällig gewesen.

Ich darf daher behaupten, daß es leider nicht möglich ist, dieses goldene Blatt aus dem Lorbeerkranz dem Herrn Finanzminister zu belassen, sondern ich muß sagen, daß sich dieses Lorbeerblatt Gewerkschaft und Wirtschaft teilen. Ich bitte den Herrn Finanzminister daher, freiwillig darauf zu verzichten. *(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

Präsident **Hartleb**: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Damit ist die erste Lesung beendet.

Ich weise nunmehr die Regierungsvorlage 385 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung: **Bericht des Immunitätsausschusses** über das Begehren des Bezirksgerichtes St. Johann im Pongau um Auslieferung des Mitgliedes des Nationalrates Josef Voithofer (389 d. B.).

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg. Appel, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter **Appel**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vom Bezirksgericht St. Johann im Pongau ist eine Zuschrift an das Präsidium des Nationalrates vom 13. September 1954 eingelangt, worin das Gericht mitteilt, daß von den Privatanklägern Wilhelm Gallent und Johann Stöckl gegen den Abg. Josef Voithofer eine Privatanklage wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre eingebracht wurde. In der Privatanklage wird ausgeführt, daß der Abg. Voithofer in dem von ihm verfaßten Artikel „Störenfriede in Bockstein“, der im „Demokratischen Volksblatt“ in der Ausgabe vom 2. August 1954 erschien, eine Reihe von ehrenrührigen Behauptungen gegen die Privatankläger aufgestellt hat.

Der Immunitätsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 27. Oktober mit dem gegenständlichen Auslieferungsbegehren befaßt und ist zur Erkenntnis gekommen, daß der inkriminierte Artikel, wie aus seinem Inhalt eindeutig hervorgeht, von dem Abg. Voithofer im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als politischer

2102 47. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 29. Oktober 1954

Mandatar verfaßt wurde. Es konnte daher der Immunitätsausschuß von seiner Praxis nicht abweichen und mußte beantragen, das Auslieferungsbegehren abzulehnen, obwohl der Abg. Voithofer selbst seine Auslieferung verlangte.

Ich habe Ihnen somit namens des Immunitätsausschusses den Antrag vorzulegen, daß dem Ersuchen des Bezirksgerichtes St. Johann im Pongau, Abteilung 2, vom 13. September 1954, U 954/54, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Mitgliedes des Nationalrates Josef Voithofer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattgegeben wird, und bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

**Präsident Hartleb:** Zum Wort ist niemand gemeldet. Es entfällt daher auch ein Schlußwort des Herrn Berichterstatters. Wir kommen zur Abstimmung.

*Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.*

**Präsident Hartleb:** Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung: **Berichte des Immunitätsausschusses** über zwei Begehren des Strafbezirksgerichtes Wien um Auslieferung des Mitgliedes des Nationalrates Fritz Polcar (390 und 391 d. B.).

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg. Dr. Withalm, seine beiden Berichte zu erstatten.

**Berichterstatter Dr. Withalm:** Hohes Haus! Gegen das Mitglied des Nationalrates Fritz Polcar liegen zwei Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien vor. (*Abg. Horn: Es kommen noch ein paar dazu!*)

Das eine Begehren betrifft einen Artikel, der im „Kleinen Volksblatt“ erschienen ist. Es handelt sich um eine Privatanklage wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, und zwar angestrengt vom Landesgerichtsrat Dr. Czaharnicki. Da die Staatsanwaltschaft Wien in einer Stelle der Ausführungen des Abg. Polcar den Verdacht einer Übertretung im Sinne der §§ 488 und 495 des Strafgesetzes erblickte, stellte sie mit Zustimmung des Landesgerichtsrates Dr. Czaharnicki den Antrag auf Verfolgung des Abg. Polcar. Das Strafbezirksgericht Wien ersucht nunmehr mit Schreiben vom 17. September 1954 um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Polcar.

Obwohl der Abg. Polcar selbst beantragt hat, daß seiner Auslieferung stattgegeben werde, hat der Immunitätsausschuß, einer alten Praxis folgend, beschlossen, zu beantragen,

daß das Hohe Haus dem Antrag auf Auslieferung des Abgeordneten Polcar an das Strafbezirksgericht Wien nicht stattgeben wolle.

Das zweite Auslieferungsbegehren betrifft gleichfalls einen Artikel im „Kleinen Volksblatt“. Wegen Stellen, die dieser Artikel enthält, hat Staatssekretär a. D. Franz Winterer eine Privatanklage wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre eingebracht. Auch hier hat der Immunitätsausschuß im Sinne seiner bisher geübten Praxis, daß dann einem Auslieferungsbegehren nicht stattgegeben wird, wenn es sich um eine mit der Ausübung eines politischen Mandates im Zusammenhang stehende Tätigkeit handelt, beschlossen, dem Hohen Hause den Antrag zu übermitteln, es wolle auch diesem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Mitgliedes des Nationalrates Fritz Polcar wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattgegeben werden.

**Präsident Hartleb:** Zum Wort ist niemand gemeldet. Es entfällt also ein Schlußwort des Berichterstatters. Wir kommen zur Abstimmung. Falls sich kein Widerspruch erhebt, lasse ich über die beiden gleichlautenden Anträge des Herrn Berichterstatters unter einem abstimmen.

*Die beiden Anträge des Immunitätsausschusses werden einstimmig angenommen.*

**Präsident Hartleb:** Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 3. November 1954, 10 Uhr, ein mit nachstehender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend das Garantieabkommen (Reißeck-Kreuzeck Projekt) zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung (372 d. B.),

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend das Österreichisch-Schweizerische Übereinkommen über die Bereinigung von auf Schweizerfranken lautenden österreichischen Auslandstiteln (380 d. B.),

3. Ergänzungsbericht des Rechnungshofes für die Verwaltungsjahre 1952/53 (386 d. B.),

4. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (383 d. B.): Bundesgesetz über exekutionsrechtliche Bestimmungen zum Schutz des Verpflichteten bei der Räumungsexekution (RäumungsschutzG.) (396 d. B.).

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 14 Uhr 50 Minuten**

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 13.347 54